

KONZERN

LANDKREIS

LIMBURG-WEILBURG



BETEILIGUNGSBERICHT

2016

Guten Tag,

mit der 13. Auflage des Beteiligungsberichts bieten wir auch im Jahr 2016 in bekannter Weise einen umfassenden Überblick über die wesentlichen Beteiligungen des Landkreises Limburg-Weilburg.

Grundlage des Beteiligungsberichts bilden die geprüften Jahresabschlüsse der Beteiligungen für das Geschäftsjahr 2015. Die Angabe zu den Organen und deren Besetzung entsprechen dem Berichtsstand (31. Dezember 2015).



Der Bericht enthält die Angaben zu den Beteiligungsverhältnissen und der Zusammensetzung der Organe der Gesellschaften. Zudem werden die Bilanzen und Gewinn- und Verlustrechnungen dargestellt. Auszüge aus den Lageberichten sollen einen Eindruck von der wirtschaftlichen Situation und der Zukunftsprognose geben.

Der Landkreis Limburg-Weilburg erfüllt einen Teil seiner kommunalen Aufgaben außerhalb der Kernverwaltung in wirtschaftlich geführten Unternehmen (Beteiligungen und Eigenbetriebe). Die transparente Darstellung und leicht verständliche Aufbereitung des „Konzerns Landkreis Limburg-Weilburg“ bleibt auch mit diesem Beteiligungsbericht die oberste Zielsetzung.

Ein besonderer Dank gilt allen Geschäftsführern, Mitgliedern sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Beteiligungsunternehmen für ihre engagierte Arbeit.

Der Beteiligungsbericht ist nicht nur als Druckwerk, sondern darüber hinaus auch im Internet unter www.landkreis-limburg-weilburg.de erhältlich.

Wir freuen uns, Ihnen diese Broschüre präsentieren zu können!

Limburg, im Dezember 2016

A handwritten signature in blue ink, which appears to read 'Manfred Michel'. The signature is fluid and cursive, written over a white background.

Manfred Michel
- Landrat -

Inhaltsverzeichnis

1	Grundsätzliche Informationen.....	1
1.1	Beteiligungsbegriff in diesem Bericht	1
1.2	Gesetzliche Voraussetzungen zur Führung wirtschaftlicher Unternehmen bzw. zur wirtschaftlichen Betätigung	2
1.3	Erläuterung der Rechts- und Organisationsformen.....	3
1.4	Erklärungen zur Rechnungslegung.....	4
1.5	Übersicht der Beteiligungen	7
2	Beteiligungen (Anteil des Landkreises Limburg-Weilburg am Stammkapital von mehr als 20%) und Eigenbetriebe.....	9
2.1	Abfallwirtschaftsbetrieb Limburg-Weilburg	11
2.2	Abwasserverband Christianshütte.....	25
2.3	Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft Landkreis Limburg-Weilburg.....	27
2.4	Gesellschaft für Ausbildung und Beschäftigung mbH.....	31
2.5	KIG – Kreisimmobiliengesellschaft Limburg-Weilburg mbH & Co. KG – Pullach i. L.....	39
2.6	KIG II – Kreisimmobiliengesellschaft Limburg-Weilburg mbH & Co. KG – Pullach	43
2.7	Kreishallenbad Weilburg GmbH.....	47
2.8	Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH	53
2.9	Verkehrsgesellschaft Lahn-Dill-Weil mbH.....	61
3	Sparkassen.....	67
3.1	Kreissparkasse Limburg.....	69
3.2	Kreissparkasse Weilburg	73
3.3	Nassauische Sparkasse.....	75
4	Sonstige Finanzanlagen (Anteil des Landkreises Limburg-Weilburg am Stammkapital von weniger als 20 %)	79
4.1	Gesellschaft Hochtaunusstrasse GbR	81
4.2	Nassauische Heimstätte.....	83
4.3	Regionalmanagement Mittelhessen GmbH.....	87
4.4	Rhein-Main Verkehrsverbund GmbH.....	93
4.5	Spar- und Bauverein Wetzlar-Weilburg eG.....	101
4.6	Vereinigte Volksbank Limburg eG.....	101
4.7	Frankfurter Volksbank eG	101

4.8	Wirtschaftsförderung Limburg-Weilburg-Diez GmbH	103
4.9	ZVN Finanz GmbH	111
5	Zweckverbände.....	115
5.1	Tierkörperbeseitigung in Rheinland Pfalz, im Saarland, im Rheingau-Taunus-Kreis und im Landkreis Limburg-Weilburg i. L.	117
5.2	Zweckverband Naturpark Taunus.....	121
5.3	Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Hessen-Süd	123
6	Jobcenter	125
6.1	Jobcenter Limburg-Weilburg	127
7	Mittelbare Beteiligungen	131
7.1	Bildungs- und Beschäftigungsgesellschaft mbH	133
7.2	clinicpartner eG.....	139
7.3	Hallenbad Diez-Limburg GmbH.....	141
7.4	Klinikverbund Hessen e. V.....	147
7.5	KSB - Klinik-Service-Betriebe GmbH.....	153
7.6	Profil Limburg-Weilburg Beschäftigungsförderungs GmbH	157
8	Mitgliedschaften, Verbände und Vereine	161
8.1	Übersicht der Mitgliedsbeiträge 2015	163
8.2	Ferienland Westerwald-Lahn-Taunus e.V.....	167
8.3	Kreisvolkshochschule Limburg-Weilburg e.V.....	169

1 Grundsätzliche Informationen

1.1 Beteiligungsbegriff in diesem Bericht

1.1.1 Allgemeines

Mit dem Gesetz zur Änderung der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) und anderer Gesetze vom 31. Januar 2005 (GVBl. I S. 54) hat der Hessische Landtag eine wichtige Neuregelung beschlossen:

Es besteht nach § 123 a HGO ab 2005 die **Verpflichtung der Kommune**, zur Information der Gemeindevertretung / des Kreistages und der Öffentlichkeit, jährlich einen Bericht über ihre Beteiligungen an Unternehmen in einer Rechtsform des Privatrechts zu erstellen. In dem Bericht sind alle Unternehmen aufzuführen, bei denen die Kommune **mindestens über 20% der Anteile** verfügt.

Die Mindestanforderungen an den Informationswert des Beteiligungsberichtes sind in § 123a Abs. 2 HGO definiert. Zu nennen sind insbesondere:

1. Gegenstand des Unternehmens, die Beteiligungsverhältnisse, die Besetzung der Organe und die Beteiligungen des Unternehmens
2. Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen
3. die Grundzüge des Geschäftsverlaufs, die Ertragslage des Unternehmens, die Kapitalzuführungen und -entnahmen durch die Gemeinde / den Kreis und die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft, die Kreditaufnahmen, die von der Gemeinde / dem Kreis gewährten Sicherheiten.

Wir haben außerdem der Vorgabe entsprochen, die Bezüge der Mitglieder des geschäftsführenden Organs in den vom Kreis dominierten Beteiligungsunternehmen darzustellen.

Eine Beschränkung des Beteiligungsberichtes auf Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts, bei denen der Landkreis Limburg-Weilburg mindestens über 20% der Anteile verfügt, oder auch nur auf den Bereich der wirtschaftlichen Betätigung, hätte die Dimension des möglichen Steuerungs- und Handlungseinflusses des Landkreises Limburg-Weilburg nur unzureichend dokumentiert.

In diesen Bericht werden deshalb über die gesetzliche Verpflichtung hinausgehend - analog der ursprünglich auf freiwilliger Basis erstellten Beteiligungsberichte - alle Beteiligungen im weitesten Sinne (Unternehmen, Verbände und Vereine sowie die Eigenbetriebe) aufgenommen, die außerhalb der Kernverwaltung und des Haushaltes des Landkreises Limburg-Weilburg geführt werden.

§ 123 a Abs. 3 HGO sieht auch vor, dass der Beteiligungsbericht in öffentlicher Sitzung des Kreistages zu erörtern ist. Weiter muss der Kreis darüber informieren, dass der Beteiligungsbericht vorliegt und von allen Einwohnern eingesehen werden kann.

1.1.2 Inhalt

Die in diesem Beteiligungsbericht dargestellten Beteiligungen mit den jeweiligen Abschlussergebnissen beziehen sich auf die Geschäfts-/Haushaltsjahre 2013 bis 2015.

Änderungen, die erst im Jahr 2015 erfolgten bzw. zu einem späteren Zeitpunkt finanzielle Auswirkungen haben werden, werden erst in dem nachfolgenden Beteiligungsbericht ihren Niederschlag finden.

1.2 Gesetzliche Voraussetzungen zur Führung wirtschaftlicher Unternehmen bzw. zur wirtschaftlichen Betätigung

Das Grundgesetz sichert den Gemeinden und Gemeindeverbänden das Recht zu, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung, also durch Selbstverwaltung, zu regeln (Artikel 28 Abs. 2 GG). Diese verfassungsrechtlich normierte Garantie der kommunalen Selbstverwaltung räumt den Kommunen neben der Personalhoheit, der Finanz- und Vermögenshoheit insbesondere auch die Organisationshoheit ein. Damit haben die Kommunen das Recht zu entscheiden, auf welche Art und Weise sie die Erfüllung der Aufgaben sicherstellen wollen.

§ 121 Abs. 1 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) in Verbindung mit § 52 Abs. 1 der Hessischen Landkreisordnung (HKO) in der z. Zt. gültigen Fassung eröffnen den Kommunen die Möglichkeit der wirtschaftlichen Betätigung, wenn

- der öffentliche Zweck die Betätigung rechtfertigt,
- die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Gemeinde respektive des Landkreises und zum voraussichtlichen Bedarf steht, und
- der Zweck nicht ebenso gut und wirtschaftlich durch einen privaten Dritten erfüllt wird oder erfüllt werden kann.

In § 121 Abs. 2 HGO sind die Tätigkeiten genannt, die kraft ausdrücklicher Regelung nicht als wirtschaftliche Betätigung anzusehen sind. Es handelt sich um Tätigkeiten

- zu denen die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist,
- auf den Gebieten des Bildungs-, Gesundheits- und Sozialwesens, der Kultur, des Sports, der Erholung, der Abfall- und Abwasserbeseitigung sowie
- zur Deckung des Eigenbedarfs.

Die HGO normiert die grundsätzliche Zulässigkeit der wirtschaftlichen Betätigung der Kommune, setzt ihr gleichzeitig aber auch bestimmte Grenzen.

Mit der Modifikation der HGO vom 31. Januar 2005 wurde auch im Land Hessen eine Subsidiaritätsregelung hinsichtlich der wirtschaftlichen Betätigungen eingeführt. Anders als im bisherigen Recht wird nicht mehr nur auf die Errichtung, Übernahme oder wesentliche Erweiterung eines wirtschaftlichen Unternehmens abgestellt.

Die Beschränkungen der HGO beziehen sich in einem umfassenden Sinn nunmehr auf die wirtschaftlichen Betätigungen der Kommune. Eine Legaldefinition des Begriffs fehlt gänzlich. Es ist jedoch davon auszugehen, dass es sich bei einer wirtschaftlichen Betätigung (bzw. einem wirtschaftlichen Unternehmen) um eine solche handelt, die auch von einem Privatunternehmen mit der Absicht der Gewinnerzielung betrieben werden könnte.

Das Abgrenzungskriterium sollte daher der vom Gesetzgeber in § 121 Abs. 2 HGO festgelegte Negativkatalog sein, d. h., nur Tätigkeiten, die nicht unter den Ausnahmetatbestand des § 121 Abs. 2 HGO fallen (traditionelle Kernbereiche der kommunalen Daseinsvorsorge, die in besonderer Weise den Schutz des Art. 28 Abs. 2 GG genießen), sind als wirtschaftliche Betätigung anzusehen. Nur diese Tätigkeiten unterliegen dem Subsidiaritätsvorbehalt gem. § 121 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 HGO.

Gemäß § 121 Abs. 1 Satz 1 HGO gilt der Subsidiaritätsvorbehalt nicht, soweit Tätigkeiten vor dem 1. April 2004 ausgeübt wurden (sog. Bestandsschutz). Die Beschränkungen für die wirtschaftlichen Betätigungen der Kommunen sollen nur auf nach dem Stichtag begonnene und erweiterte Betätigungen angewandt werden. Der Bestandsschutz erstreckt sich weiterhin auf nach dem Stichtag vorgenommene oder von der allgemeinen Entwicklung am Markt vorgegebene Erweiterung der Betätigung in den gesetzlich liberalisierten Bereichen der Daseinsvorsorge (Stromversorgung, Gasversorgung, Öffentlicher Personennahverkehr).

Daraus ist zu folgern, dass künftig in die wirtschaftlichen Betätigungen der Kommune von staatlicher Seite reglementierend nur eingegriffen werden kann, wenn es sich um die Errichtung oder Übernahme sonstiger - erwerbswirtschaftlich orientierter - Unternehmen handelt.

Die Voraussetzungen des § 121 Abs. 1 HGO sind erfüllt. Es gibt im Berichtsjahr keinen Anlass, die bisherigen rechtlichen Beurteilungen zu ändern.

Nach Vorgabe des § 121 Abs. 7 HGO haben die Kommunen mindestens einmal in jeder Wahlzeit zu prüfen, inwieweit ihre wirtschaftlichen Betätigungen noch die Voraussetzungen des Abs. 1 erfüllen und inwieweit die Tätigkeiten privater Dritten übertragen werden können.

1.3 Erläuterung der Rechts- und Organisationsformen

Im Folgenden geben wir einen kurzen Überblick über die verschiedenen Organisationsformen, auf die im Rahmen dieses Berichts eingegangen wird.

1.3.1 Eigenbetriebe

Eigenbetriebe sind wirtschaftliche Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit auf der Grundlage des Eigenbetriebsgesetzes. Hinsichtlich der Organisation und Wirtschaftsführung sind diese Unternehmen verselbständigt, d. h., von der übrigen (Kreis-)Verwaltung getrennt. Organe der Eigenbetriebe sind Betriebsleitung und Betriebskommission. Finanzwirtschaftlich sind sie aus dem Gesamtvermögen des Kreises herausgenommen. Die Gemeindevertretung / der Kreistag entscheidet über die Grundsätze, nach denen der Eigenbetrieb gestaltet und wirtschaftlich geleitet werden soll. Ihr/Ihm obliegt vor allem die Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan und die Feststellung des Jahresabschlusses (§ 5 Eigenbetriebsgesetz).

1.3.2 Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Die GmbH ist eine juristische Person mit einem Stammkapital, das der Summe der Stammeinlagen der Mitglieder (Gesellschafter) entspricht. Das Privatvermögen der Gesellschafter haftet nicht für die Verbindlichkeiten der GmbH, es besteht eine auf das Geschäft „beschränkte Haftung“. Die GmbH kennt nur zwei notwendige Organe:

die Gesamtheit der Gesellschafter (Gesellschafterversammlung) und die Geschäftsführung. Ein Aufsichtsrat ist für die GmbH nicht allgemein vorgeschrieben; seine Einrichtung ergibt sich jedoch in der Regel aus § 122 Abs. 1 Nr. 3 HGO (Sicherung der Einflussnahme).

1.3.3 Rechtlich selbständige Anstalten (Anstalten des öffentlichen Rechts)

Rechtlich selbständige Anstalten können von Kommunen nur auf der Grundlage eines besonderen Gesetzes gebildet werden. Auf kommunaler Ebene hervorzuheben sind die Sparkassen, für die neben dem Kreditwesengesetz eine Reihe von Sonderbestimmungen gilt. Organe sind der Vorstand, der die laufenden Geschäfte führt und der Verwaltungsrat als Kontrollorgan, dessen Vorsitzender regelmäßig der Spitzenbeamte der kommunalen Gebietskörperschaft (Gemeinde, Landkreis) ist. Die Sparkasse haftet für ihre Verbindlichkeiten mit ihrem gesamten Vermögen. Der Träger der Sparkasse haftet nicht für ihre Verbindlichkeiten (§ 3 Sparkassengesetz).

1.3.4 Zweckverbände

Die Zweckverbände sind Zusammenschlüsse von Gemeinden und Gemeindeverbänden zur gemeinsamen Erfüllung bestimmter Aufgaben, zu deren Durchführung sie berechtigt oder verpflichtet sind. Sie sind Körperschaften des öffentlichen Rechts und verwalten ihre Angelegenheiten in eigener Verantwortung auf der Basis des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit. Organe sind der Vorstand und die Versammlung.

1.3.5 Wasser- und Bodenverbände

Wasser- und Bodenverbände sind den Zweckverbänden ähnliche Körperschaften des öffentlichen Rechts auf spezialgesetzlicher Grundlage. Während bei den Zweckverbänden nur Gebietskörperschaften Mitglieder sind, können bei den Wasser- und Bodenverbänden auch natürliche oder juristische Personen des privaten Rechts dazugehören.

1.3.6 Eingetragene Vereine (e.V.)

Vereine sind auf gewisse Dauer bestehende freiwillige Zusammenschlüsse von mindestens sieben Personen zur Erreichung eines gemeinsamen Zwecks, wobei der Bestand vom Wechsel der Mitglieder unabhängig ist. Organe sind der Vorstand und die Mitgliederversammlung. Die Rechtsfähigkeit kann der Verein durch Eintragung in das Vereinsregister („e.V.“) beim zuständigen Amtsgericht erlangen.

1.4 Erklärungen zur Rechnungslegung

Mit dem Gesetz zur Änderung der HGO und anderer Gesetze vom 31.01.2005 (GVBl. I. S. 54) sind auch die Vorschriften über die gemeindliche Haushaltswirtschaft geändert worden. Im Sechsten Teil der HGO finden sich zum einen die Vorschriften für die Haushaltswirtschaft nach den Grundsätzen der Verwaltungsbuchführung und zum anderen die Vorschriften für die Haushaltswirtschaft nach den Grundsätzen der doppelten Buchführung „Doppik“, also für die doppelte Buchführung in Konten. Die Vorschriften der GemHVO 1974 waren letztmals auf das Haushaltsjahr 2008 anzuwenden. Spätestens ab dem Haushaltsjahr 2009 war auch für Zweckverbände nach dem KGG, Wasser- und Bodenverbände, den Landeswohlfahrtsverband Hessen etc. das kommunale Haushaltsrecht umzustellen. Mit dieser Umstellung verbunden ist

auch die Erstellung einer Eröffnungsbilanz. Darin sind die zum Stichtag der Aufstellung vorhandenen Vermögensgegenstände und Schulden anzusetzen. Somit wird der Ressourcenverbrauch der Körperschaft künftig auch in einer Bilanz dargestellt. Die Eigenbetriebe, Gesellschaften und Sparkassen bedienen sich der kaufmännischen Buchführung (doppelte Buchführung) und erstellen ihren Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung nach den Vorgaben des Handelsgesetzbuches (HGB). Durch die Erfolgs- und Bestandsermittlung soll damit ein Einblick in die wirtschaftliche Lage und vor allem in die Vermögensverhältnisse eines Unternehmens gegeben werden. Nachfolgend werden einige damit zusammenhängende Begriffe erklärt:

1.4.1 Bilanz

Die Bilanz ist die Gegenüberstellung von Vermögen (Aktiva) und Kapital (Passiva). Sie ist zum Schluss des Geschäftsjahres zu erstellen und ist neben der Gewinn- und Verlustrechnung Teil des Jahresabschlusses. Die Bilanz hat eine Gegenüberstellung der aktiven und der passiven Vermögensgegenstände zu liefern. Aktiva sind danach die der Leistungserstellung dienenden Wirtschaftsgüter („Wofür wurden die Mittel verwendet?“), Passiva sind die hierfür verwendeten Finanzmittel („Woher kamen die Mittel?“).

In dem vorliegenden Beteiligungsbericht ist die Bilanz auf die wichtigsten Bilanzpositionen reduziert. Auf der Aktivseite – Mittelverwendung - befinden sich das Anlage- und Umlaufvermögen sowie die Rechnungsabgrenzungsposten. Das Anlagevermögen stellt die Vermögensgegenstände eines Unternehmens dar, die diesem langfristig dienen sollen wie beispielsweise Gebäude, Fuhrpark usw. Zum Umlaufvermögen zählen alle Vermögensposten, die nur kurzfristig im Unternehmen verbleiben, weil sie ständig umgesetzt werden, wie z. B. Bargeld, Postgiro- und Bankguthaben etc. Die Rechnungsabgrenzungsposten auf der Aktivseite stellen praktisch eine Leistungsforderung dar, d.h., eine Leistung, wie beispielsweise Beiträge für Versicherungen, wurde bereits in diesem Geschäftsjahr bezahlt, die Leistungserfüllung erfolgt aber erst im Folgejahr.

Auf der Passivseite – Mittelherkunft – werden die Bilanzpositionen Eigenkapital, Rückstellungen, Verbindlichkeiten sowie Rechnungsabgrenzungsposten dargestellt. Unter der Position Eigenkapital sind alle eigenen Mittel eines Unternehmens zusammengefasst wie z. B. das eingebrachte Kapital der Eigentümer bzw. Gesellschafter einer Unternehmung oder der Jahresgewinn oder –verlust des Vorjahres. Rückstellungen sind Verbindlichkeiten für Aufwendungen, die am Bilanzstichtag zwar ihrem Grunde nach feststehen, aber nicht in ihrer Höhe und dem Zeitpunkt der Fälligkeit, z. B. Prozesskosten, Pensionsrückstellungen. Sie dienen der periodengerechten Ermittlung des Jahresergebnisses. Unter dem eigentlichen Begriff der Verbindlichkeiten werden alle bestehenden Zahlungsverpflichtungen zusammengefasst, deren Grund, Höhe und Fälligkeit bereits bekannt ist, beispielsweise Zahlungsverpflichtungen gegenüber Kreditinstituten aus Darlehen, aus Lieferungen und Leistungen etc.

Zu den Rechnungsabgrenzungsposten auf der Passivseite gehören Erträge, die im abzuschließenden Geschäftsjahr bereits vereinnahmt wurden, wirtschaftlich aber erst dem neuen Jahr zuzurechnen sind, z. B. im Voraus erhaltene Miete; sie stellen also Leistungsverbindlichkeiten dar.

1.4.2 Gewinn- und Verlustrechnung (GuV)

Die Gewinn- und Verlustrechnung (GuV) ermittelt den Unternehmenserfolg. Aus ihr sind alle Aufwendungen und Erträge, die aus der Buchführung gewonnen werden, und damit Ursachen und Zusammensetzung des Erfolgs ersichtlich. Während bei der Bilanz der vollständige Vermögens-, besonders der Schuldennachweis im Vordergrund steht, stellt der Ausweis des Periodenerfolgs und dessen Zustandekommen das Hauptmotiv der GuV – auch Erfolgsrechnung oder Ergebnisrechnung genannt – dar.

Das Betriebsergebnis liefert eine Gegenüberstellung der Kosten und Erlöse und gibt somit an, ob das Unternehmen auf seinem Leistungsgebiet erfolgreich war oder nicht. Im Finanzergebnis sind die Salden der Beteiligungs-, Zins- oder sonstigen Finanzanlagevermögen eines Unternehmens erfasst. Das gewöhnliche Geschäftsergebnis ergibt sich aus dem Betriebs- und Finanzergebnis, während das außerordentliche Ergebnis den Saldo von außerordentlichen Erträgen und außerordentlichen Aufwendungen darstellt. Diese stehen zwar im Zusammenhang mit dem Betriebszweck, dürfen aber bei der Betriebsergebnisermittlung nicht berücksichtigt werden, da sie zufällig, einmalig und i. d. R. ungewöhnlich hoch sind, wie z. B. Schadensfälle durch Hochwasser, Verluste und Gewinne aus dem Verkauf von Anlagen. Das Jahresergebnis – Jahresüberschuss oder -fehlbetrag – ergibt sich aus dem Saldo des gewöhnlichen Geschäftsergebnisses und dem außerordentlichen Ergebnis nach Berücksichtigung von Steuern.

1.5 Übersicht der Beteiligungen

1.5.1 Beteiligungen in alphabetischer Reihenfolge

S

Beteiligungen	Anteil	Gesellschafter / Träger / Mitglied	Seite
Abfallwirtschaftsbetrieb Limburg-Weilburg	100,000 %	Landkreis Limburg-Weilburg	11
Abwasserverband Christianshütte	54,000 %	Landkreis Limburg-Weilburg	25
Bildungs- und Beschäftigungsgesellschaft mbH	100,000 %	Gesellschaft für Ausbildung und Beschäftigung mbH	133
clinicpartner eG	-	Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH	139
Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft	100,000 %	Landkreis Limburg-Weilburg	27
Ferienland Westerwald-Lahn-Taunus e.V.	-	Landkreis Limburg-Weilburg	167
Frankfurter Volksbank eG	-	Landkreis Limburg-Weilburg	101
Gesellschaft für Ausbildung und Beschäftigung mbH (GAB)	100,000 %	Landkreis Limburg-Weilburg	31
Gesellschaft Hochtaunusstrasse GbR	-	Landkreis Limburg-Weilburg	81
Hallenbad Diez-Limburg GmbH	25,000 %	Kreishallenbad Weilburg	141
Jobcenter Limburg	-		127
KIG Kreisimmobiliengesellschaft Limburg-Weilburg mbH & Co. KG	100,000 %	Landkreis Limburg-Weilburg	39
KIG II Kreisimmobiliengesellschaft Limburg-Weilburg mbH & Co. KG	100,000 %	Landkreis Limburg-Weilburg	43
Klinikverbund Hessen GmbH	4,762 %	Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH	147
Kreishallenbad Weilburg GmbH	100,000 %	Landkreis Limburg-Weilburg	47
Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH	100,000 %	Landkreis Limburg-Weilburg	53
Kreissparkasse Limburg	100,000 %	Landkreis Limburg-Weilburg	69
Kreissparkasse Weilburg	100,000 %	Landkreis Limburg-Weilburg	73
Kreisvolkshochschule Limburg-Weilburg e.V.	-	Landkreis Limburg-Weilburg	169
KSB Klinik-Service-Betriebe GmbH	100,000 %	Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH	153
Mitgliedschaften, Verbände und Vereine		Landkreis Limburg-Weilburg	163
Nassauische Heimstätte Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH	0,009 %	Landkreis Limburg-Weilburg	83
Nassauische Sparkasse	7,000 %	Landkreis Limburg-Weilburg	75
Profil Limburg-Weilburg BeschäftigungsförderungsGmbH	25,000 %	Gesellschaft für Ausbildung und Beschäftigung mbH	157
Regionalmanagement Mittelhessen	5,405 %	Landkreis Limburg-Weilburg	87
RMV - Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH	3,704 %	Landkreis Limburg-Weilburg	93
Spar- und Bauverein Wetzlar-Weilburg eG	0,293 %	Landkreis Limburg-Weilburg	101
Tierkörperbeseitigung in Rheinland-Pfalz, im Saarland, im Rheingau-Taunus-Kreis und im Landkreis Limburg-Weilburg	4,292 %	Landkreis Limburg-Weilburg	117
Vereinigte Volksbank Limburg eG	-	Landkreis Limburg-Weilburg	101
Verkehrsgesellschaft Lahn-Dill-Weil mbH	9,615 %	Landkreis Limburg-Weilburg	61
Wirtschaftsförderung Limburg-Weilburg-Diez GmbH (WFG)	15,000 %	Landkreis Limburg-Weilburg	103
ZVN Finanz GmbH	11,400 %	Landkreis Limburg-Weilburg	111
Zweckverband „Naturpark Taunus“	6,110 %	Landkreis Limburg-Weilburg	121
Zweckverband Tierkörperbeseitigung Hessen-Süd	3,330 %	Landkreis Limburg-Weilburg	123

1.5.2 Beteiligungen nach Bereichen und in alphabetischer Reihenfolge

Beteiligung	Anteil	Gesellschafter/Träger/Mitglied	Seite
Banken und Sparkassen			
Frankfurter Volksbank eG	-	Landkreis Limburg-Weilburg	101
Kreissparkasse Limburg	100,000 %	Landkreis Limburg-Weilburg	69
Kreissparkasse Weilburg	100,000 %	Landkreis Limburg-Weilburg	73
Nassauische Sparkasse	7,000 %	Landkreis Limburg-Weilburg	75
Spar- und Bauverein Wetzlar-Weilburg eG	0,293 %	Landkreis Limburg-Weilburg	101
Vereinigte Volksbank Limburg eG	-	Landkreis Limburg-Weilburg	101
ZVN Finanz GmbH	11,400 %	Landkreis Limburg-Weilburg	111
Bildung und Beschäftigung			
Bildungs- und Beschäftigungsgesellschaft mbH	100,000 %	Gesellschaft für Ausbildung und Beschäftigung mbH	133
Gesellschaft für Ausbildung und Beschäftigung mbH (GAB)	100,000 %	Landkreis Limburg-Weilburg	31
Kreisvolkshochschule Limburg-Weilburg e.V.	-	Landkreis Limburg-Weilburg	169
Profil Limburg-Weilburg BeschäftigungsförderungsGmbH	25,000 %	Gesellschaft für Ausbildung und Beschäftigung mbH	157
Entsorgung und Versorgung			
Abfallwirtschaftsbetrieb Limburg-Weilburg	100,000 %	Landkreis Limburg-Weilburg	11
Abwasserverband Christianshütte	54,000 %	Landkreis Limburg-Weilburg	25
Tierkörperbeseitigung in Rheinland-Pfalz, im Saarland, im Rheingau-Taunus-Kreis und im Landkreis Limburg-Weilburg	4,292 %	Landkreis Limburg-Weilburg	117
Zweckverband Tierkörperbeseitigung Hessen-Süd	3,330 %	Landkreis Limburg-Weilburg	123
Gesundheit			
clinicpartner eG	-	Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH	139
Klinikverbund Hessen GmbH	4,762 %	Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH	147
Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH	100,000 %	Landkreis Limburg-Weilburg	53
KSB Klinik-Service-Betriebe GmbH	100,000 %	Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH	153
Immobilien, Dienstleistungen			
Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft	100,000 %	Landkreis Limburg-Weilburg	27
KIG II Kreissimmobilien-gesellschaft Limburg-Weilburg mbH & Co. KG	100,000 %	Landkreis Limburg-Weilburg	39
KIG II Kreissimmobilien-gesellschaft Limburg-Weilburg mbH & Co. KG	100,000 %	Landkreis Limburg-Weilburg	43
Regionalmanagement Mittelhessen	5,405 %	Landkreis Limburg-Weilburg	87
Wirtschaftsförderung Limburg-Weilburg-Diez GmbH (WFG)	15,000 %	Landkreis Limburg-Weilburg	103
Jobcenter Limburg			127
Verkehr			
RMV - Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH	3,704 %	Landkreis Limburg-Weilburg	93
Verkehrsgesellschaft Lahn-Dill-Weil mbH	9,615 %	Landkreis Limburg-Weilburg	61
Wirtschaft, Kultur und Freizeit			
Ferienland Westerwald-Lahn-Taunus e.V.	-	Landkreis Limburg-Weilburg	167
Gesellschaft Hochtaunusstrasse GbR	-	Landkreis Limburg-Weilburg	81
Hallenbad Diez-Limburg GmbH	25,000 %	Kreishallenbad Weilburg	141
Kreishallenbad Weilburg GmbH	100,000 %	Landkreis Limburg-Weilburg	47
Nassauische Heimstätte Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH	0,009 %	Landkreis Limburg-Weilburg	83
Zweckverband „Naturpark Taunus“	6,110 %	Landkreis Limburg-Weilburg	121

**2 Beteiligungen
(Anteil des Landkreises Limburg-Weilburg
am Stammkapital von mehr als 20%)
und Eigenbetriebe**

2.1 Abfallwirtschaftsbetrieb Limburg-Weilburg



Unternehmensportrait

Adresse:	Niederstein Süd, 65614 Beselich-Obertiefenbach
Homepage:	www.awb-lm.de
Rechtsform:	Der Abfallwirtschaftsbetrieb als Eigenbetrieb des Landkreises wird nach den Vorschriften des Eigenbetriebsgesetzes, den Bestimmungen der Betriebssatzung und der Abfall- und Gebührensatzung als Eigenbetrieb geführt
Gesellschafter:	Landkreis Limburg-Weilburg 100 %
Stammkapital:	971.454,58 Euro
Gründungsjahr:	15.12.1995
Betriebssatzung:	beschlossen vom Kreistag am 15. Juni 2001

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung

Gegenstand und Zweck des Unternehmens:

Der Abfallwirtschaftsbetrieb Limburg-Weilburg (AWB) stellt die geordnete Abfallbewirtschaftung im Kreisgebiet nach den geltenden Gesetzen und Vorschriften sowie der Abfall- und Gebührensatzung sicher. Hierzu gehören folgende Aufgaben:

- a) die Erfassung, Verwertung und Entsorgung von gewerblichen und häuslichen Abfällen,
- b) die Errichtung, der Ausbau und Betrieb von Deponien, Abfallbehandlungs-, Bauschuttverwertungs- und Kompostierungsanlagen,
- c) die planerische und technische Konzeption der Abfallwirtschaft (Abfallwirtschaftskonzept, Abfallsatzung, Verfahren der Abfalltechnik),
- d) die Abfallberatung,
- e) die Erbringung der für die vorgenannten Aufgabenbereiche erforderlichen technischen und kaufmännischen Dienstleistungen.

Organe des Unternehmens

Betriebsleitung	Bernd Caliarì	
Betriebskommission:	Helmut Jung, Erster Kreisbeigeordneter	Vorsitzender
	Ruprecht Keller	
	Doris Reifenberg	
	Rüdiger Brühl	
	Reinhold Ketter	
	Dr. Ralf Bletz	
	Armin Müller	
	Jürgen Dumeier	
	Oliver Jung	
	Michael Franz	
	Horst Kaiser	
	Valentin Bleul	
	Michael Ott	
	Carmen Steger	

Bezüge

Die Sitzungsgelder der Betriebskommission betragen im Geschäftsjahr 1.929,75 Euro. In Ausübung des Wahlrechts nach § 286 Abs. 4 HGB wird auf die Angaben über die Geschäftsbezüge der Betriebsleitung verzichtet.

Unternehmensdaten

Bilanz			
Aktiva	2015 in €	2014 in €	2013 in €
Anlagevermögen	9.721.031,89	10.302.907,70	11.117.229,60
Immaterielle Vermögensgegenstände	2.155,00	4.483,00	9.369,00
Vorräte	29.688,86	29.688,86	29.688,86
Forderungen	8.579.735,46	8.513.500,20	8.613.071,24
Wertpapiere	40.000.000,00	36.000.000,00	34.000.000,00
Kassenbestand	1.826.356,57	1.854.031,50	2.334.336,91
Rechnungsabgrenzungsposten	21.426,39	21.750,53	6.207,27
Summe Aktiva	60.180.394,17	56.726.363,79	56.109.902,88
Passiva	2015 in €	2014 in €	2013 in €
Stammkapital	971.454,58	971.454,58	971.454,58
Zweckgebundene Rücklagen	897.919,99	2.181.622,54	3.214.386,37
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	357.087,27	-1.283.702,55	-1.032.763,83
Sonderposten mit Rücklageanteil	77.638,96	88.199,95	84.188,94
Rückstellungen	52.248.482,00	48.720.569,89	46.695.114,66
Verbindlichkeiten	5.627.811,37	6.048.219,38	6.177.522,16
Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00	0,00
Summe Passiva	60.180.394,17	56.726.363,79	56.109.902,88

Gewinn- und Verlustrechnung	2015 in €	2014 in €	2013 in €
Umsatzerlöse	19.493.485,98	19.345.857,08	19.416.707,34
+ sonstige betriebliche Erträge	114.142,43	115.184,08	118.926,78
- Materialaufwand	11.564.392,84	12.797.985,80	12.660.861,33
- Personalaufwand	1.392.981,38	1.387.144,18	1.321.972,43
- Abschreibungen	972.967,07	961.251,36	948.859,50
- sonstige betriebliche Aufwendungen	6.253.575,80	6.662.530,44	6.633.224,80
+ Erträge aus Wertpapieren	1.208.488,06	1.279.654,23	1.221.292,89
+ Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	24.219,59	50.579,46	44.572,61
- Zinsen und ähnliche Aufwendungen	263.055,24	248.558,64	261.104,95
Außerordentliche Aufwendungen	0,00	0,00	0,00
- Sonstige Steuern	16.676,46	17.506,98	8.240,44
Jahresgewinn/-fehlbetrag	376.687,27	-1.283.702,55	-1.032.763,83

Geschäftsverlauf / Situationsbericht

1. Allgemeines

Gemäß Beschluss des Kreistages vom 15.12.1995 wurden die dem Landkreis obliegenden abfallwirtschaftlichen Aufgaben auf den mit Wirkung zum 01.01.1996 geschaffenen Abfallwirtschaftsbetrieb (AWB) des Landkreises Limburg-Weilburg übertragen.

Der AWB wird finanzwirtschaftlich als Sondervermögen des Landkreises geführt.

2. Einrichtungen

Der AWB betreibt zur Entsorgung von Abfällen aus Haushalten und hausmüll-ähnlichen Gewerbeabfällen die Kreisabfalldeponie Beselich. Seit dem Inkrafttreten der Ablagerungsverordnung zum 1. Juni 2005 dürfen keine unbehandelten Abfälle mehr abgelagert werden.

Mit dem Verbot der Ablagerung für nicht behandelte Abfälle musste auch eine Möglichkeit zur Annahme und Umladung solcher Abfälle geschaffen werden, die von Bürgern, Gewerbetreibenden und Kommunen des Landkreises angeliefert werden. Hierzu wurde der bestehende Wertstoffhof erweitert und mehrere Anlieferungsboxen errichtet. In diese Boxen werden die Abfälle der einzelnen Kunden getrennt nach ihrer Art abgeladen. Anschließend wird der Abfall in größere Transporteinheiten verladen und zu den Verwertungs- und Behandlungsanlagen gefahren. Auf dem Wertstoffhof können haushaltsübliche Mengen an Hausmüll, Sperrmüll, Bauschutt, Erde, Asbestabfälle, Bitumenabfälle, Mineralfaserabfälle, Altholz, Metall, Papier und Pappe, Altreifen, Korken, Batterien, Kunststoffe, Flachglas, Autobatterien, CDs, DVDs, Druckerpatronen, PU-Schaumdosen, Schuhe, Textilien, Solarmodule sowie Verpackungen aus Glas (Flaschen, Gläser) und Leichtverpackungen in gelben Wertstoffsäcken angeliefert werden.

Auf dem erweiterten Gelände des Wertstoffhofes befindet sich auch die Annahme- und Übergabestelle für Elektroaltgeräte, die seit dem Inkrafttreten des Elektro- und Elektronikgerätegesetzes vorgehalten werden muss. Hier können Elektroaltgeräte, Leuchtstoffröhren, Nachtspeicheröfen und Energiesparlampen auch direkt von den Bürgerinnen und Bürgern abgegeben werden.

Die Reinigung des Deponiesickerwassers wird seit dem Jahr 2008 vollständig in Eigenregie des AWB durchgeführt. Im Herbst 2007 wurde die Sickerwasserreinigungsanlage ertüchtigt, in dem das Sickerwasser zusätzlich mittels Aktivkohle gereinigt wird.

Auch die Entgasung der Deponie wird in Eigenregie des AWB durchgeführt.

Die Verwertung des Deponiegases wird in Form eines Betreibermodells durchgeführt. Vertragspartner des AWB ist seit dem 1. März 2015 die Pro2 Anlagenservice GmbH, die aus dem Insolvenzverfahren der Pro2 Anlagentechnik GmbH als Nachfolgeunternehmen hervorgegangen ist und die Verwertung des Deponiegases bis zur Inbetriebnahme einer AWB-eigenen Anlage durchführt.

Für die Verarbeitung von Bioabfällen betreibt die Herhof-Kompostierung Beselich GmbH & Co. KG im Auftrag des Abfallwirtschaftsbetriebes die betriebseigene Kompostierungsanlage in Weinbach-Gräveneck sowie im Rahmen eines Betreibermodells das Kompostwerk in Beselich-Obertiefenbach.

Im Jahr 2015 wurden die Sammlungen von Hausmüll, Geschäftsmüll, Sperrmüll, Bioabfall, Altpapier und Elektrokleingeräten von einer Bietergemeinschaft, bestehend aus den Unternehmen Bördner GmbH Städtereinigung und SITA Kommunal Service West GmbH durchgeführt.

Das gesammelte Altpapier wird von der REMONDIS GmbH & Co. KG, Region Südwest einer Verwertung zugeführt.

Die Sonderabfall-Kleinmengen werden durch die B-F Sonderabfall GmbH & Co. KG eingesammelt.

Die Einsammlung von Elektrogroßgeräten führt das Projekt Job & Work der Jugend- und Drogenberatung Limburg e.V. durch. Für die Verwertung der Elektrogeräte ist seit dem Inkrafttreten des Elektro- und Elektronikgerätegesetzes zum 23.03.2006 die Stiftung Elektro-Altgeräte-Recycling (ear) zuständig. Im Jahr 2015 wurde die Verwertung der Haushaltsgroßgeräte, der Informations- und Telekommunikationsgeräte sowie der Haushaltskleingeräte im Zuge der Eigenvermarktung von der Abholung durch EAR ausgenommen. Diese Geräte werden im Rahmen der Eigenverwertung von der Profil Limburg-Weilburg Beschäftigungsförderungsgesellschaft zerlegt.

3. Benutzungsgebühren

Im Geschäftsjahr 2015 wurden die Gebühren für die im Holsystem (Haushalte, Kleingewerbe etc.) eingesammelten und im Bringsystem (Selbstanlieferer) angelieferten Abfälle nach der „Satzung über die Entsorgung von Abfällen und die Erhebung von Gebühren im Landkreis Limburg-Weilburg“ vom 13. Dezember 2013 erhoben.

Seit dem 01.07.2006 erfolgt die Erhebung der Gebühren gemäß § 19 Abs. 3 und Abs. 4 ausschließlich durch den Abfallwirtschaftsbetrieb. Die Gesamtgebühreneinnahme betrug 17.541 T€ Hiervon entfielen 16.948 T€ auf die Gebühren für Haus- und Geschäftsmüll, 502 T€ auf direkt der Deponie angediente Abfälle und 91 T€ auf direkt den beiden Kompostierungsanlagen angediente Abfälle. Die Gebühreneinnahme lag damit um 119 T€ über der Einnahme des Jahres 2014 (inkl. 21 T€ Einnahmen aus dem Verkauf von Abfallsäcken).

4. Abfallmengen

Im Jahr 2015 wurden dem Abfallwirtschaftsbetrieb insgesamt 94.326 Mg Abfall überlassen.

Von dieser Menge wurden 50.505 Mg getrennt erfasst und einer Verwertung zugeführt. Die Menge ist gegenüber dem Vorjahr um 13.056 Mg gesunken. Von diesem Rückgang entfallen 10.434 Mg auf die Inertstoffe für Deponiebau. Da die Baumaßnahme zur Oberflächenabdeckung des Deponieabschnitts B3 abgeschlossen ist, werden für den laufenden Betrieb nur noch geringe Mengen an inerten Verwertungsabfällen benötigt. Bei den anderen Wertstofffraktionen sind folgende Änderungen gegenüber dem Vorjahr eingetreten. Im Jahr 2015 wurden 23.960 Mg Bioabfall (minus 2.689 Mg), 12.737 Mg Altpapier (minus 283 Mg), 3.326 Mg Altglas (minus 73 Mg), 3.945 Mg Verkaufsverpackungen (plus 38 Mg) und 1.664 Mg Haushaltsgeräte (plus 218 Mg) gesammelt und verwertet. Weiterhin wurden 1.247 Mg sonstiger Wertstoffe (Altreifen, Schrott, Batterien, Altholz, Kunststoff u. a.) (plus 170 Mg) erfasst und einer Verwertung zugeführt.

Des Weiteren wurden dem Abfallwirtschaftsbetrieb 43.733 Mg an gemischten Abfällen überlassen. Gegenüber dem Vorjahr ist dies eine Abnahme von 3.483 Mg. Von dieser Menge entfielen 38.556 Mg auf Hausmüll und gewerbliche Restabfälle und 5.177 Mg auf Sperrmüll.

Vom Hausmüll und den gewerblichen Restabfällen wurden 38.266 Mg in der mechanisch-biologischen Stabilatanlage der MBS-Anlage Westerwald GmbH & Co. KG behandelt. Aus dieser Menge konnten 22.591 Mg Ersatzbrennstoff und 1.656 Mg Altmetalle gewonnen werden. 4.009 Mg verblieben als mineralischer Rest und wurden beseitigt. Die Differenz zur Ausgangsmenge entfällt auf das während der Behandlung verdunstete Wasser.

Der eingesammelte Sperrmüll wurde in zehn Materialfraktionen sortiert. Von der Sortierfraktionen wurden 125 Mg Abfall einer stofflichen und 5.052 Mg einer energetischen Verwertung zugeführt.

Über die Sonderabfall-Kleinmengensammlung wurden 87 Mg Schadstoffe erfasst. Von dieser Menge wurden 16 Mg (Batterien, Öle, Fette und Fotochemikalien) einer Verwertung zugeführt.

Von der im Jahr 2015 überlassenen Menge von 94.326 Mg Abfall konnten 90.044 Mg verwertet werden. 4.282 Mg wurden beseitigt, davon 4.085 Mg auf der Kreisabfalldeponie Beselich.

5. Personal

Der Stellenplan 2015 des Abfallwirtschaftsbetriebes enthält 33 Stellen. Von diesen Stellen entfallen 6 Stellen auf die allgemeine Verwaltung (einschl. Betriebsleitung), 9 Stellen auf die Gebührenveranlagung, 3 Stellen auf Abfalltechnik, Abfallberatung und Öffentlichkeitsarbeit sowie 15 Stellen auf den Bau und Betrieb von Abfallbehandlungsanlagen. Von den im Stellenplan ausgewiesenen Stellen waren im Jahr 2015 vier Stellen unbesetzt.

Die Vergütung des Personals erfolgt nach dem TVÖD. Im Jahr 2015 betrug der Personalaufwand 1.393 T€, davon entfallen 1.077 T€ auf Gehälter und 316 T€ auf den Arbeitgeberanteil zur Sozialversicherung und die Beiträge zur Zusatzversorgungskasse.

Für Fortbildungs- und Informationsveranstaltungen wurden im Berichtsjahr 8 T€ verausgabt.

6. Stand der Bauvorhaben

Als nächste Deponiebau Maßnahme ist der Abschluss der Basisabdichtung im Deponiebereich B 3 vorgesehen, damit dieser, als Grubendeponie errichtete Deponieabschnitt, seine maximale Funktionsfähigkeit und Sicherheit erhält. Die Herstellung der Basisabdichtung in diesem Teilbereich ist als Maßnahme zur langfristigen Sicherung der Kreisabfalldeponie ebenfalls ein Bestandteil der Nachsorge.

Nach Herstellung der Basisabdichtung im Deponiebereich B 3 ist dann die Oberflächenabdeckung der Deponieabschnitte B 1 bis B 2 als weitere Baumaßnahme vorgesehen. Diese Abdeckung soll ebenfalls nach bundeseinheitlichem Qualitätsstandard ausgeführt werden, die eine spätere Anerkennung als mineralischer Teil der endgültigen Oberflächenabdichtung gewährleistet. Bei dieser Baumaßnahme fällt bei der Profilierung einzelner Böschungsbereiche ein abfallhaltiger Materialüberschuss an. Damit dieser innerhalb der Kreisabfalldeponie sicher umgelagert werden kann, ist zuvor der Abschluss der Basisabdichtung im Deponiebereich B 3 notwendig.

In den Jahren 2016/17 ist die Erneuerung des Büro- und Verwaltungsgebäudes vorgesehen. Das neue Gebäude soll das im Jahr 1999 in Modulbauweise errichtete Büro- und Verwaltungsgebäude sowie den aus dem Jahr 1990 stammenden Wiegecontainer ersetzen

7. Vermögenslage

Das Stammkapital des Abfallwirtschaftsbetriebes beläuft sich auf 971.454,58 Euro. Die Gebührenausschüttungsrücklage aus den Vorjahren beläuft sich auf 897.919,99 Euro. Insofern ergibt sich per 31.12.2015 unter Berücksichtigung des Gewinns aus dem Wirtschaftsjahr 2015 von 357.087,27 Euro ein positiver Kapitalbetrag in Höhe von 2.226.461,84 Euro. Die in der Bilanz zum 31.12.2015 passivierten zweckgebundenen Sonderposten mit Rücklageanteil aus erhaltenen Zuschüssen betragen 77.638,96 Euro.

Der Bestand an Wertpapieren des Umlaufvermögens und sonstigen liquiden Mitteln beträgt 1.826.356,57 Euro (Vorjahr: 1.854.031,50 Euro). Der Bestand an Wertpapieren des Anlagevermögens hat sich von 36.000.000 Euro auf 40.000.000,00 Euro erhöht. Daneben haben sich die Verbindlichkeiten an Kreditinstitute im Vergleich zum Vorjahr um 271.958,30 Euro auf 4.454.403,64 Euro vermindert. Insgesamt ergibt sich somit eine Verbesserung der Finanzlage in Höhe von ca. 4,2 Mio. Euro.

Die Summe der Rückstellungen beläuft sich auf 52.248.482,00 Euro. Die Steuer-rückstellungen sind mit 19.600,00 € passiviert, nachdem der steuerliche Verlustvortrag für den Betrieb gewerblicher Art Photovoltaikanlagen aufgebraucht ist. Von den sonstigen Rückstellungen entfallen auf die Rückstellung für die Nachsorge und Re-kultivierung der Deponie 51.895.634,72 Euro. Für die Erstellung und Prüfung des Jahresabschlusses, für Urlaubsrückstellungen, Überstunden, Archivierungskosten und Sonstige wurden Rückstellungen in Höhe von insgesamt 106.530,00 Euro gebil-det. Für Rückzahlungen, die noch entsprechend dem im Gebührenstreitverfahren erzielten gerichtlichen Vergleich zu leisten sein können, wurden 1.000,00 € zurück-gestellt. Für den Rückbau der Kompostierungsanlage Grävneck nach Aufgabe einer dauerhaften Nutzung wurde eine Rückstellung in Höhe von 225.717,28 € gebildet.

An den Landkreis Limburg-Weilburg besteht zum 31.12.2015 eine Forderung in Höhe von 7.172 T€

Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und sonstigen kurzfristigen Ver-pflichtungen bestehen in Höhe von 1.173 T€

8. Ertragslage

Die Umsatzerlöse sind im Vergleich zum Vorjahr um 147 T€ auf 19.493 T€ ge-stiegen.

Die Gesamterträge einschließlich der Zinsen beliefen sich 2015 auf 20.840 T€ und lagen damit 300 T€ unter dem Ansatz des Wirtschaftsplanes. Ursache hierfür sind insbesondere die geringeren Mengen für Direktanlieferungen i.H.v. 291 T€, geringere Verwertungserlöse i.H.v. 92 T€ sowie geringen Zinserträge i.H.v. 148 T€. Dem ge-

genüber standen Verbesserungen bei den Einnahmen aus Haushaltsgebühren i.H.v. 196 T€

Der Gesamtbetrag der Aufwendungen liegt mit 20.483 T€ ca. 1.295 T€ unter dem Planansatz von 21.778 T€

Bei den bezogenen Leistungen wurden mit einem Gesamtvolumen i.H.v. 11.448 T€ ca. 928 T€ eingespart. Davon entfallen auf die Einsammelkosten Hausmüll 193 T€ und auf die Restabfallbehandlung 126 T€. Die Betreiberentgelte für die Kompostanlagen lagen mit 1.849 T€ um 205 T€ unter dem Planansatz. Bei der Sickerwasserreinigung wurden mit 464 T€ Einsparungen von 86 T€ erzielt.

Bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen wurden 246 T€ geringere Aufwendungen verbucht. Davon entfallen auf Instandhaltung Deponie 116 T€, Öffentlichkeitsarbeit 56 T€ und laufende Verwaltungskosten 66 T€

Bei den Personalkosten wurden 94 T€ und bei den Abschreibungen 61 T€ geringere Kosten realisiert.

Die Abschreibungen wurden 2015 nach Maßgabe der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer der Wirtschaftsgüter bzw. auf den voraussichtlichen Schließungstermin der Deponie im Jahre 2020 ermittelt.

Der Jahresgewinn beläuft sich auf 357 T€. Er liegt damit um 995 T€ über dem Ansatz des Wirtschaftsplanes mit einem Verlust von 638 T€

9. Ausblick und Risikoabschätzung

Gebühren

Die jährlich zu erstellende Gebührenkalkulation hat für das Jahr 2016 einen Mehrbedarf an Gebühren ergeben, der im Bereich der Haushalte durchschnittlich fünf Prozent beträgt. Verursacht wird dieser höhere Bedarf im Wesentlichen durch die gestiegenen Kosten der Abfalleinsammlung. Die Betriebskommission hat daher dem Kreisausschuss empfohlen, dem Kreistag eine Abfall- und Gebührensatzung mit den erhöhten Gebührensätzen zur Beschlussfassung vorzulegen.

In der Kreistagssitzung vom 11. Dezember 2015 wurde diese Satzung auf Vorschlag des Haupt-, Finanz und Verwaltungsausschusses nicht beschlossen. Begründet wurde dies mit dem laufenden Schiedsverfahren mit der Standortgemeinde. Stattdessen hat der Kreistag einen Ankündigungsbeschluss beschlossen, der neben einigen Punkten zum laufenden Schiedsverfahren, die Möglichkeit vorsieht, im ersten Halbjahr 2016 rückwirkend zum 1. Januar 2016 die Gebühren entsprechend der Vorlage anzuheben.

Auf Grundlage der Zwischenberichte für das 4. Quartal 2015 und das 1. Quartal 2016, die eine deutliche Ergebnisverbesserung gegenüber den Planansätzen ausweisen, sowie der zum 1. April 2016 vereinbarten Entgeltminderung für die Kompostierungsanlage in Beselich, kann davon ausgegangen werden, dass im laufenden Jahr keine Gebührenerhöhung erforderlich wird. Daher hat die Betriebskommission in ihrer Sitzung vom 11. Mai 2016 dem Kreistag empfohlen, den Ankündigungsbeschluss für eine rückwirkende Erhöhung der Abfallgebühren nicht umzusetzen.

Die Gebühren werden im Jahr 2016 daher weiterhin auf Grundlage der Satzung über die Entsorgung von Abfällen und die Erhebung von Gebühren im Landkreis Limburg-Weilburg vom 13. Dezember 2013 erhoben.

Aufgrund verminderter Aufwendungen wird für das 1. Quartal 2016 ein Gewinn in Höhe von 10 T€ erwartet. Der Planansatz weist für den gleichen Zeitraum einen Verlust in Höhe von 59 T€ aus. Die auf Datenbasis des ersten Quartals erwartete Ergebnisverbesserung beruht im Wesentlichen auf geringeren Aufwendungen infolge niedrigerer Anlieferungsmengen. Nach den ersten fünf Monaten des Jahres 2016 liegen nur noch die kompostierbaren Abfallmengen unter den Vorjahreswerten, die Restabfallmengen liegen wieder im Bereich des Vorjahres.

Sofern der Kreistag beschließt, den für das Wirtschaftsjahr 2015 ermittelten Gewinn in Höhe von 357.087,27 € der Gebührenausrücklage zuzuführen, beträgt diese Rücklage zum 31.12.2015 insgesamt 1.255.007,26 €. Dieser Betrag ist nach derzeitiger Einschätzung zur Abdeckung eines im Jahr 2016 entstehenden Verlustes ausreichend. Der für das Wirtschaftsjahr 2016 geplante Verlust beträgt 234 T€.

Im Planungszeitraum 2014/2015 wurden einige der geplanten Investitionen nicht umgesetzt und in den aktuellen Planungszeitraum verschoben. Diese Investitionen betreffen im Wesentlichen die Bereiche Gebäude und Betriebsausstattung.

Zur Finanzierung der Investitionen ist keine Kreditaufnahme vorgesehen. Die Finanzierung erfolgt aus dem Mittelzufluss der laufenden Geschäftstätigkeit bzw. aus dem vorhandenen Finanzmittelbestand.

In welchem Umfang eine Gebührenerhöhung für das Jahr 2017 notwendig ist, wird die im jährlichen Turnus erfolgende Überprüfung der Kalkulation zeigen. Entsprechend dem Beschluss des Kreistages vom 8. Dezember 2006 ist das Ergebnis dieser Überprüfung dem Kreistag bis zum 1. Oktober des Jahres vorzulegen.

Deponienachsorge

Entsprechend einer ingenieurtechnischen Berechnung aus dem Jahr 2010 durch die Ingenieurgesellschaft für Industriebau, Wasser- und Abfallwirtschaft mbH, 59320 Ennigerloh ist zum Stichtag 31.12.2020 für einen anschließenden hundertjährigen Stilllegungs- und Nachsorgezeitraum im Hinblick auf Gebührenrecht ein Rückstellungsbetrag in Höhe von 69.954 T€ erforderlich. Bereits vor dem 31.12.2020 sind in den schon verfüllten Deponieabschnitten A und B Teile der

Oberfläche abzudichten oder abzudecken und Einrichtungen des Entgasungssystems zu errichten. Für diese Maßnahmen entstehen vor dem 31.12.2020 zusätzliche Kosten in Höhe von 8.008 T€, die ebenfalls aus der Nachsorgerückstellung gedeckt werden müssen. Somit muss ein Gesamtbetrag in Höhe von 77.962 T€ für die Deponienachsorge bis zum Stichtag 31.12.2020 erwirtschaftet werden. In dieser Berechnung wird eine jährliche Preissteigerung in Höhe von 1,6% sowie eine Kapitalverzinsung in Höhe von 3,6% berücksichtigt.

Für Baumaßnahmen am Schrägschacht, der Oberflächenabdeckung und Errichtung des Gasfassungssystems wurde bis zum 31. Dezember 2015 ein Betrag in Höhe von 5.812 T€ der Nachsorgerückstellung entnommen. Somit wird für die Deponienach-

sorge bis zum Stichtag 31.12.2020 noch ein Gesamtbetrag von 72.150 T€ benötigt. Zum Bilanzstichtag beläuft sich die Rückstellung für Deponie-nachsorge auf einen Betrag von 51.896 T€. Zum 31. Dezember 2015 besteht noch eine Differenz zu dem betriebswirtschaftlich notwendigen Gesamtbetrag von 72.150 T€ in Höhe von 20.254 T€. Dieser Betrag soll in den Jahren 2016 bis 2020 erwirtschaftet werden.

Die bereits für die Rückstellung der Nachsorge- und Rekultivierungsverpflichtung für die Kreisabfalldeponie erwirtschafteten Finanzmittel sind zu etwa 79 Prozent als festverzinsliche Anlagen bei Banken, die dem Einlagensicherungsfonds des Bundesverbandes deutscher Banken oder dem Sicherungssystem dem Sparkassen-Finanzgruppe angehören, angelegt worden. Etwa 8 Prozent der Finanzmittel sind Forderungen gegenüber dem Landkreis. Die übrigen 13 Prozent wurden in PV-Anlagen auf kreiseigenen Gebäuden oder in Gebäude, Fahrzeuge und Maschinen des AWB investiert.

Es erfolgt eine weitere ingenieurtechnische Berechnung zur Überprüfung des erforderlichen Rückstellungsbetrages.

Entwicklung der Rahmenbedingungen bei der Restabfallbehandlung

Nach dem Inkrafttreten der Verordnung über die umweltverträgliche Ablagerung von Siedlungsabfällen und über biologische Abfallbehandlungsanlagen (Ablagerungsverordnung) in Verbindung mit der Technischen Anleitung Siedlungsabfall (TASi) dürfen ab dem 01.06.2005 keine unvorbehandelten Abfälle mehr deponiert werden. In einem EU-weiten Ausschreibungsverfahren erhielt die Herhof-Umwelttechnik GmbH im Jahr 2003 den Zuschlag zur Restabfallvorbehandlung zu einem Netto-Behandlungspreis von 88,84 € je Tonne Abfall. Die Herhof-Umwelttechnik GmbH wiederum hat im Einvernehmen mit dem Landkreis den Entsorgungsvertrag auf die Betreibergesellschaft der MBS-Anlage in Rennerod, der MBS-Anlage Westerwald GmbH & Co. KG übertragen. Gesellschafter der MBS-Anlage Westerwald GmbH & Co. KG sind:

- das irische Unternehmen Treasury Holding Germany mit 48 %,
- die Emil Mann GmbH & Co. KG mit 26 %
- und der Westerwaldkreis mit 26 %

der Geschäftsanteile. Das Unternehmen Emil Mann GmbH & Co. KG wurde zum Ende des Jahres 2006 von der UBG Beteiligungs-GmbH, Buseck übernommen.

Die ab dem 01.06.2005 auf dem Entsorgungsmarkt eingetretene Verknappung der Verarbeitungskapazitäten in Verbindung mit steigenden Verarbeitungspreisen für Restabfall hat sich auch auf den Betrieb der MBS-Anlage im Jahr 2006 ausgewirkt. So konnten in der Anlage nicht sämtliche im Landkreis Limburg-Weilburg angefallenen Restabfälle behandelt werden. Der AWB musste deshalb im Jahr 2006 auf der Kreisabfalldeponie Beselich ein Notfallzwischenlager einrichten und bis in das Jahr 2007 hinein Teilmengen von Restabfall zwischenlagern.

Darüber hinaus musste die MBS-Anlage Westerwald GmbH & Co. KG auch große Teile des erzeugten Outputs zwischenlagern, da die am Markt vorhandenen Verwertungskapazitäten nicht ausreichten und stetig höhere Zuzahlungen für den erzeugten Ersatzbrennstoff verlangt wurden. Die nicht absetzbare Restmenge musste deshalb in Ballen verpackt und auf speziell hierfür errichteten Lagerflächen zwischengelagert werden.

Um die aus den vorgenannten Gründen drohende Insolvenz der Gesellschaft zu vermeiden, haben die anliefernden Landkreise Ahrweiler, Limburg-Weilburg, Werra-Meißner und Westerwald mit Wirkung zum 1. September 2005 einer dauerhaften Erhöhung des Verarbeitungsentgelts auf netto 114,00 €/je Tonne Abfall zugestimmt.

Aufgrund der erfolgten wirtschaftlichen Konsolidierung der MBS-Anlage Westerwald GmbH & Co. KG konnte die Gesellschaft inzwischen die Verarbeitungsentgelte zum 1. April 2015 auf netto 86,00 €/je Tonne vermindern. Dieses Verarbeitungsentgelt unterliegt in den folgenden Jahren einer jährlichen Preissteigerung von zwei Prozent. Erstmals erhöht wurde der Preis zum 1. April 2016.

Aufgrund der beschriebenen wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Gesellschaft in den ersten Vertragsjahren konnte diese die geforderte Vertragserfüllungsbürgschaft zum Vertragsbeginn nicht stellen. Aufgrund der eingetretenen Konsolidierung des Entsorgungsmarktes für Restabfälle und der langfristig gesicherten Verwertung des erzeugten Ersatzbrennstoffs (Trockenstabilat), wurde bislang auf die Vorlage der Vertragserfüllungsbürgschaft verzichtet.

Mit der Gesellschaft wurden Änderungsverträge dahingehend abgeschlossen, dass der Landkreis bei entsprechender Entwicklung des Entsorgungsmarktes jährlich bis zum 30. Juni diese Bürgschaft anfordern kann. Sofern die Bürgschaft nicht angefordert wird, erhält der AWB von der Gesellschaft einen finanziellen Ausgleich in Höhe der Kosten, die der Gesellschaft für Gestellung der Bürgschaft entstehen.

Restabfallbehandlung

Bei der mechanisch-biologischen Behandlung der Restabfälle erfolgt zunächst eine Trocknung der Abfälle in Folge der eintretenden Selbsterhitzung des Abfalls. Anschließend werden die energiereichen Bestandteile des Abfalls separiert und zu einem hochwertigen Ersatzbrennstoff aufbereitet. Dieser Brennstoff wird in Kraftwerken, Zementwerken oder anderen industriellen Feuerungsanlagen an Stelle von fossilen Energieträgern eingesetzt. Metallabfälle werden in diesem Verfahren getrennt nach Eisen- und Nicht-Eisenmetallen aussortiert und in die Altmetallverwertung abgegeben. Inerte und nicht verwertbare Bestandteile des Restabfalls werden deponiert.

Abfalleinsammlung

Anfang des Jahres wurde mitgeteilt, dass die Fa. Remondis, vorbehaltlich der Zustimmung durch das Bundeskartellamt, 100% der Gesellschaftsanteile an der Fa. Bördner Städtereinigung erwerben wird. In Hinblick auf zukünftige Ausschreibungen im Bereich der Abfallsammlung ist zu beobachten, wie sich der Markt in diesem Bereich entwickelt. Bereits bei der im Jahr 2015 durchgeführten Ausschreibung der Sammlung und des Transports von Rest- und Bioabfall, Altpapier sowie Sperrmüll und Gehölzschnitt haben nur noch drei bis vier Unternehmen Angebote eingereicht. Bei Ausschreibung der gleichen Leistung im Jahr 2008 waren es noch fünf bzw. sechs Anbieter. Bis zur nächsten Ausschreibung sollten die Kosten für eine Eigenerledigung von Sammelleistungen ermittelt werden, um auf dieser Basis entscheiden zu können, ob die jeweilige Leistung ausgeschrieben und durch Dritte erbracht oder selbst durchgeführt werden soll.

Wertstofffassung

Das Kreislaufwirtschaftsgesetz schreibt seit dem 1. Januar 2015 u. a. die getrennte Erfassung von Metall-, Kunststoff- und Glasabfällen vor. Als Erfassungssystem für diese Abfälle ist eine so genannte Wertstofftonne im Gespräch. Das hierfür als gesetzliche Grundlage vorgesehene Wertstoffgesetz liegt bisher allerdings noch nicht vor.

Aufgrund des bei der Behandlung des Restabfalls eingesetzten mechanisch-biologischen Verfahrens mit einem hohen Verwertungsanteil sieht der AWB bei Einführung einer Wertstofftonne die Gefahr, dass diese gut funktionierende Restabfallverwertung beeinträchtigt wird. Diese Ansicht wird von weiteren Gebietskörperschaften mit mechanisch-biologischer Abfallbehandlung geteilt. Federführend ist dabei der Landkreis Kassel, der hierzu ein Modellprojekt „graue Wertstofftonne“ gestartet hat. Der Kreistag des Landkreises Limburg-Weilburg hat in seiner Sitzung vom 26. April 2013 zu diesem Thema beschlossen, dass sich der AWB am Modellprojekt „graue Wertstofftonne“ des Landkreises Kassel beteiligen soll.

Zur Erfüllung der gesetzlichen Pflicht zur getrennten Erfassung von Metall-, Kunststoff- und Glasabfällen stehen auf dem Wertstoffhof entsprechende Sammelcontainer bereit.

Bioabfallbehandlung

Kompostierbare Küchen- und Gartenabfälle werden seit Mitte der Neunziger Jahre getrennt erfasst und in zwei Kompostierungsanlagen zu qualitätsgesichertem Kompost verarbeitet. Die Vorgaben des Kreislaufwirtschaftsgesetzes zur getrennten Sammlung und Verwertung von Bioabfällen zum 1. Januar 2015 sind erfüllt.

Im Jahr 2011 wurden Überlegungen konkretisiert, der Kompostierung eine Vergärungsstufe vorzuschalten, um so den Energiegehalt der Bioabfälle nutzbar zu machen. Da der Zeitraum bis zum Ende des bestehenden Kompostierungsvertrages im Herbst 2017 zum Bau einer Vergärungsanlage nicht mehr ausreicht, wurde dieser Vertrag zu verminderten Entgelten bis zum 30. September 2020 verlängert.

Kreisabfalldeponie

Die Kreisabfalldeponie Beselich erfüllt sämtliche gesetzlichen Anforderungen, so dass der Weiterbetrieb über das Jahr 2005 grundsätzlich zulässig ist. Da ab dem 1. Juni 2005 nur noch inerte bzw. durch eine Vorbehandlung weitestgehend inertisierte Abfälle abgelagert werden dürfen, ist die abgelagerte Abfallmenge seitdem deutlich zurückgegangen. Eine Akquisition zusätzlicher deponiefähiger Abfälle auf Grundlage der für die Ablagerung in der Abfall- und Gebührensatzung ausgewiesenen Gebühr ist praktisch ausgeschlossen, da der Marktpreis dieser Abfälle deutlich unter der errechneten Entsorgungsgebühr in Höhe von 184 € je Tonne liegt.

Bis auf eine Restfläche von etwa 0,95 ha ist der Deponieabschnitt B3 mit einer kombinierten Basisabdichtung ausgebaut. Diese Restfläche soll ebenfalls mit einer kombinierten Basisabdichtung versehen werden. Damit erhält dieser als Grubendeponie errichtete Deponieabschnitt seine maximale Funktionsfähigkeit und Sicherheit. Die

Herstellung der Basisabdichtung in diesem Abschnitt ist eine Maßnahme zur langfristigen Sicherung der Kreisabfalldeponie und damit ein Bestandteil der Nachsorge.

Die der Aufsichts- und Genehmigungsbehörde hierzu vorgelegte Anzeige zum vorgesehenen Ausbau des letzten Teilabschnittes wurde von dieser nicht akzeptiert, obwohl in der Vergangenheit der Ausbau sämtlicher Teilabschnitte des 1995 genehmigten Deponieabschnitts B3 vor Baubeginn der Behörde in dieser Weise angezeigt wurden. Vielmehr hält die Behörde aufgrund veränderter rechtlicher Rahmenbedingungen für den Ausbau dieses letzten Teilabschnittes eine erneute Genehmigung für erforderlich. Die Argumentation der Behörde wird derzeit geprüft und das weitere Vorgehen festgelegt. Aufgrund dieser Verzögerung ist eine Bauausführung auch im Jahr 2016 nicht mehr möglich.

Das anfallende Deponiesickerwasser wird in der im Jahr 2008 modernisierten zweistufigen Sickerwasserreinigungsanlage behandelt. Das anschließend an den Abwasserverband Christianshütte abgegebene behandelte Sickerwasser hält die vorgegebenen Grenzwerte sicher ein. Nach Fertigstellung der mineralischen Oberflächenabdichtung des Deponieabschnittes B 3 im Jahr 2014 ging die Sickerwassermenge um ca. 15 % zurück.

Das in den Deponiekörpern entstehende Deponiegas wird über ein Erfassungssystem gesammelt und in einem Gasmotor zur Strom- und Wärmeerzeugung genutzt. Mit dem Betrieb dieses Motors im Rahmen eines Betreibermodells wurde im Jahr 2008 das Unternehmen Pro2 Anlagentechnik GmbH beauftragt. Die für den Betrieb des Motors notwendige Gasanalyse, Verdichterstation und Gasfackel befinden sich im Eigentum des AWB und werden vertragsgemäß vom Unternehmen mitgenutzt. Die genannten Aggregate sind mindestens seit dem Jahr 1998 im Einsatz und werden zunehmend reparaturanfällig. Zudem ist absehbar, dass die vorhandene Anlage die Emissionsgrenzwerte nicht mehr einhalten wird.

Aus diesen Gründen wurde der Vertrag mit dem Betreiberunternehmen zum 31. Mai 2015 gekündigt. Die Gasverwertung soll zukünftig in Eigenregie durchgeführt werden. Die vorhandene Hochtemperaturfackel kann zur Sicherstellung, dass bei Ausfall des Gasmotors kein Deponiegas in die Atmosphäre entweicht, weiterhin genutzt werden. Mit der Neuanschaffung der Gasverwertungsanlage und der Übernahme des Betriebs durch den AWB soll auch bei der abzusehenden rückläufigen Deponiegasentwicklung ein wirtschaftlicher Einsatz bei ordnungsgemäßer Entgasung der Deponie ermöglicht werden.

Das Betreiberunternehmen pro2 Anlagentechnik GmbH hat zum 23. Dezember 2014 einen vorläufigen Insolvenzantrag gestellt. Der AWB hat eine Forderung in Höhe von ca. 39 T€ angemeldet. Gemäß dem mit der pro2 Anlagentechnik GmbH geschlossenen Vertrag geht die Gasverwertungsanlage in Höhe der Forderung in das Eigentum des AWB über. Im Insolvenzverfahren konnte erreicht werden, dass das neu gegründete Unternehmen pro2 Anlagenservice GmbH die Geschäfte der pro2 Anlagentechnik GmbH ab dem 1. März 2015 weiterführt.

Mit der Pro2 Anlagenservice GmbH wurde vereinbart, den alten Gasmotor bis zur Aufstellung des neuen Motors weiter zu betreiben. Die Vergütung an den AWB für den erzeugten Strom wurde zum 1. März 2015 um einen Eurocent je Kilowattstunde erhöht.

Nach der Genehmigung durch den RP Giessen im Februar 2016 wurde ein neuer Motor mit Gasanalyse, Verdichter und Gasreinigung öffentlich ausgeschrieben. Beauftragt wurde das Angebot der Pro2 Anlagenservice GmbH. Die Inbetriebnahme ist für den Herbst dieses Jahres vorgesehen.

Gebäude und Einrichtung

Die von der Abfallwirtschaft genutzten Gebäude und Einrichtungen sind teilweise mehr als 20 Jahre alt und entsprechen nicht mehr vollständig den aktuellen Anforderungen. Aus diesem Grund musste bereits die gesamte Hauptverteilung des elektrischen Stroms erneuert werden. Für die Unterbringung der Server wurde ein,

den modernen Anforderungen an Datenschutz, Funktionssicherheit und Brandschutz entsprechender Serverschrank angeschafft. Für die Mitarbeiter/innen im Außenbereich wurde in den Räumlichkeiten der ehemaligen Sortieranlage (Betriebsgebäude Südwest) ein Schwarz-Weiß-Bereich eingerichtet. Hallen- und Freiflächen der ehemaligen Sortieranlage werden im Rahmen des zum 1. Januar 2016 übernommenen Behältermanagements genutzt. Sie dienen zur Unterstellung von Fahrzeugen und zur Lagerung, Reinigung und Reparatur von Abfallgefäßen.

Für die Bereiche Verwaltung, Gebührenveranlagung und Waage wurde ein Raumkonzept erarbeitet. Danach soll das im Jahr 1999 in Modulbauweise errichtete Büro- und Verwaltungsgebäude durch ein in Passivhaustechnik errichtetes Gebäude ersetzt werden. Darin soll das in den 1980er Jahren erbaute Betriebsgebäude integriert und so umgestaltet werden, dass zukünftig von dort die Verwiegung der Anlieferfahrzeuge erfolgen kann. Der aus dem Jahr 1990 stammende Wiegecontainer kann hierdurch ersetzt werden. Die Umsetzung ist für die Jahre 2016/17 vorgesehen.

Das ehemalige Kraftwerksgebäude soll zukünftig von den Kreisgärtnern genutzt werden. Der hierzu notwendige Umbau wird von der Kreisverwaltung veranlasst.

Standortgemeinde Beselich

Nach ergebnislosen Versuchen des Landkreises, mit der Gemeinde Beselich über eine Absenkung der im Vertrag über die Nutzung der Kreisabfalldeponie festgesetzten Pacht- und Ausgleichszahlungen zu verhandeln, hat der Kreistag am 27. April 2012 die Einleitung des vertraglich vorgesehenen Schiedsverfahrens beschlossen. Schlichter ist der Landgerichtspräsident des Landgerichts Limburg. Dieser hat den Vertragsparteien mit Datum 11. September 2014 einen Kompromissvorschlag unterbreitet.

Eine Entscheidung zu diesem Vorschlag wurde seitens des Landkreises noch nicht getroffen (Stand 31. Dezember 2015). Zwischenzeitlich wurde dem Schiedsspruch zugestimmt, da zwischen dem Landkreis Limburg-Weilburg und der Gemeinde Beselich ein städtebaulicher Vertrag und Erschließungsvertrag am 17. August 2016 abgeschlossen wurde.

2.2 Abwasserverband Christianshütte

Unternehmensportrait

Adresse:	Schiede 43, 65549 Limburg	
Rechtsform:	Verband, Körperschaft des öffentlichen Rechts	
Mitglieder:	Landkreis Limburg-Weilburg Gemeinde Beselich	54% 46%
Gründungsjahr:	1984	
Verbandssatzung:	20. April 2010	

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Aufgrund der Abwasserbeseitigungspflicht im Sinne des § 45b HWG hat der Verband die Aufgabe, das bei der Kreismülldeponie in Beselich-Obertiefenbach und der geschlossenen Mülldeponie in Beselich-Niedertiefenbach (Beselicher Kopf) sowie im Ortsteil Schupbach der Gemeinde Beselich anfallende Abwasser abzuführen und zu behandeln.

Gegenstand des Unternehmens:

Der Verband hat die Aufgabe, die Abwässer der Kreisabfalldeponie Beselich und die häuslichen Abwässer der Gemeinde Beselich zu reinigen und anschließend einem Vorfluter zuzuführen. Gegenstand des Unternehmens ist somit die Verbesserung der Umwelt durch Reinigung von Abwasser.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführer:	Stefan Lorber	
Verbandsvorstand:	Manfred Michel, Landrat Michael Franz, Bürgermeister Helmut Jung, Erster Kreisbeigeordneter Dieter Ludwig, Erster Gemeindebeigeordneter	Verbandsvorsteher stellv. Verbandsvorsteher
Verbandsversammlung:	Rüdiger Brühl Regina Heep Hans-Peter Maxeiner Ulrich Ahlbach	(für den Kreis) (für den Kreis) (für die Gemeinde Beselich) (für die Gemeinde Beselich)

Bezüge

Der Geschäftsführer erhielt eine Aufwandsentschädigung in Höhe von 1.800 Euro. Der Verbandsingenieur bezog eine Aufwandsentschädigung in Höhe von 1.800 Euro. Für die Teilnahme an Sitzungen wurden Sitzungsgelder und Fahrtkosten von insgesamt 159,80 Euro erstattet.

Unternehmensdaten

Gesamtergebnisplan	Ergebnis 2015 in €	Ergebnis 2014 in €	Ergebnis 2013 in €
Summe der ordentlichen Erträge	502.000,00	503.000,00	488.000,00
Summe der ordentlichen Aufwendungen	381.950,00	463.950,00	309.950,00
Verwaltungsergebnis	120.050,00	139.050,00	178.050,00
Finanzergebnis	-95.500,00	-100.000,00	-104.000,00
Ordentliches Ergebnis	24.550,00	39.050,00	74.050,00
Außerordentliches Ergebnis	0,00	0,00	0,00
Jahresergebnis	24.550,00	39.050,00	74.050,00

2.3 Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft Landkreis Limburg-Weilburg



Unternehmensportrait

Adresse:	Schiede 43, 65549 Limburg	
Homepage:	www.landkreis-limburg-weilburg.de	
Rechtsform:	Eigenbetrieb des Landkreises Limburg-Weilburg	
Gesellschafter:	Landkreis Limburg-Weilburg	100 %
Stammkapital:	1.000.000 Euro	
Gründungsjahr:	1. Januar 2008	
Betriebssatzung:	letzte Fassung vom 27. April 2012	

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Der Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft übernimmt seit dem 1. Januar 2008 die Eigentümerfunktion für die kreiseigenen Liegenschaften. Er soll sowohl die laufende Bewirtschaftung der vorhandenen Gebäude als auch die langfristig notwendigen Aus- und Umbaumaßnahmen sicherstellen.

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Eigenbetriebes ist die Bewirtschaftung und Unterhaltung von kreiseigenen sowie dem Landkreis Limburg-Weilburg zur Nutzung überlassenen Liegenschaften (Gebäuden sowie Grund und Boden), mit Ausnahme der Kreisstraßen, der öffentlichen Wege und Plätze sowie der wald- und fortwirtschaftlichen Flächen.

Der Betriebszweck beinhaltet die Liegenschafts- und Gebäudeverwaltung, den Kauf, die Anmietung und die Vermietung von Immobilien. Hinzu kommen die Planung und Errichtung, der Neubau, Um- und Ausbauten, Instandhaltung, Wartung, Modernisierung und Sanierung bis hin zur Verwertung der Immobilien und der technischen Anlagen. Mit der Gründung des Eigenbetriebs, die auf die Initiative von Landrat Manfred Michel zurückgeht, wurden die organisatorischen Voraussetzungen geschaffen, um das erklärte Ziel des Landrats, die nachhaltige und grundsätzliche Sanierung sowie die Verbesserung der schulischen Infrastruktur zu erreichen. Durch die neue Organisationsform können die umfangreichen und vielfältigen Aufgaben des Schulträgers zeitnaher und kostengünstiger erledigt werden. Darüber hinaus bietet der Eigenbetrieb die Möglichkeit, bei der Durchführung der Bau- und Sanierungsmaßnahmen in besonderem Maße aber im vorgegebenen gesetzlichen Rahmen die heimischen mittelständigen Unternehmen zu beteiligen.

Organe des Unternehmens

Betriebsleitung	Albrecht Heckelman Michael Lohr	Technischer Betriebsleiter Kaufmännischer Betriebsleiter
Betriebskommission	Manfred Michel, Landrat Helmut Jung, Erster Kreisbeigeordneter	Vorsitzender stv. Vorsitzender
Mitglieder	Andreas Bendel Heinz Valentin Ingrid Friedrich Norbert Haberhauer Dr. Frank Schmidt Tobias Kress Karl-Heinz Stoll Manfred Weyl	Ruprecht Keller Peter Trottmann Willi Hamm Karl Nießler Wolfgang Erk Michael Uhl Kerstin Weyrich Alexander Hannes

Wirtschaftliche Lage und Geschäftsverlauf

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2015 und der Lagebericht 2015 der Betriebsleitung enthalten folgende Kernaussagen zur wirtschaftlichen Lage und zum Geschäftsverlauf des Eigenbetriebs:

Das Geschäftsjahr 2015 des Eigenbetriebes Gebäudewirtschaft Landkreis Limburg-Weilburg schließt mit einem Jahresverlust in Höhe von 1.440.107,02 (Vorjahr Jahresverlust € 1.650.189,20) ab.

Im Berichtsjahr wurden erste „Sale and lease back-Geschäft“ rückabgewickelt und für die Grundstücke ein Wert von € 17,3 Mio. auf Basis der Wertgutachten hinzuaktiviert.

Vorrangiges Ziel ist nach aktuellem Planungsstand, alle Schulen des Landkreises Limburg-Weilburg in einen den heutigen Anforderungen an Eigenverbrauch, Haustechnik und pädagogische Erfordernisse entsprechenden Zustand zu bringen.

Vorhergesehen sind insbesondere die Ausstattung der Gebäude mit Wärmedämmverbundsystemen, neuen Fensterelementen, Erneuerungen von Heiztechnik, Erneuerung von Elektrik und Beleuchtung, Anpassung der naturwissenschaftlichen Fachräume an heutige Erfordernisse, Umgestaltung von Schulhöfen usw.

An Bedeutung gewinnt ebenfalls die ganztägige Betreuung der Schülerinnen und Schüler, daher wird die Ausstattung der Schulen mit entsprechenden Küchen, Speiseräumen bzw. Mensen und Sportanlagen für Bewegungsaktivität erforderlich.

Unseres Erachtens ist die wirtschaftliche Lage und der Geschäftsverlauf von der Betriebsleitung im Lagebericht zutreffend dargestellt.

Zukünftige Entwicklung und Risiken

Die Betriebsleitung hat nach unserer Auffassung im Lagebericht folgende wesentliche Aussagen zur zukünftigen Entwicklung und den Risiken der künftigen Entwicklung des Eigenbetriebes.

Obwohl in den vergangenen Jahren der Sanierungsstau an den Schulen und Sporthallen deutlich abgebaut wurde sind noch nicht alle Schulgebäude optimal saniert. Das Investitionsvolumen ist im Jahr 2016 mit € 16,9 Mio. auf Grund des neuen Kommunalinvestitionsprogrammes gestiegen. Da der Sanierungsstau abgebaut wird, werden das Investitionsvolumen und die Kapitalaufnahmen in den nächsten Jahren deutlich sinken.

Über die im Jahresabschluss 2015 bereits berücksichtigte Vorsorge in Form von Rückstellung hinaus, sieht die Betriebsleitung keine weiteren finanziellen Risiken.

Nach dem Ergebnis unserer Prüfung und den dabei gewonnenen Erkenntnissen spiegeln die Aussage der Betriebsleitung im Lagebericht die voraussichtlich zukünftige Entwicklung sowie die wesentlichen Risiken der zukünftigen Entwicklung nach unserer Auffassung plausibel und folgerichtig wider. Die Lagebeurteilung ist dem Umfang nach abgemessen und inhaltlich zutreffend. Unsere Prüfung hat keine Anhaltspunkte dafür ergeben, dass der Fortstand des Eigenbetriebes gefährdet ist.

Unternehmensdaten

Bilanz

Aktiva	2015 in €	2014 in €
A. Anlagevermögen:		
Konzessionen, gewerbl. Schutzrechte		0,00
Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Geschäfts-, Betriebs- u. anderen Bauten	262.079.230,09	144.262.715,59
Betriebs- und Geschäftsausstattung	7.079.985,32	7.601.041,76
Geleistet Anzahlungen und Anlagen im Bau	19.643.249,55	42.468.690,79
Sonstige Ausleihungen	54.794.954,46	137.350.176,36
B. Umlaufvermögen:		
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	90.650,00	90.650,00
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	122.057,37	227.580,46
Sonstige Vermögensgegenstände	14.265,09	52.944,41
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	817.553,55	927.802,25
C. Rechnungsabgrenzungsposten	2.662.784,03	2.686.628,44
SUMME AKTIVA	347.304.729,46	335.668.230,06
Passiva		
	2015 in €	2014 in €
A. Eigenkapital		
Stammkapital	1.000.000,00	1.000.000,00
Allgemeine Rücklage	124.765.897,47	115.949.437,86
Gewinn/ Verlust	-1.440.170,02	-3.363.331,87
B. Sonderposten		
Sonderposten für Zuweisungen	73.412.087,52	71.533.747,99
C. Rückstellungen		
Rückstellungen f. Pensionen u. ähnl. Verpfl.	1.860.303,00	1.564.923,00
Sonstige Rückstellungen	732.136,83	769.462,69
D. Verbindlichkeiten		
Verbindlichkeiten ggü. Kreditinstituten	144.306.742,35	145.374.320,09
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.672.292,47	2.012.679,49
Verbindlichkeiten ggü. dem Landkreis	831.275,76	662.047,14
Sonstige Verbindlichkeiten	124.101,08	118.276,19
E. Rechnungsabgrenzungsposten	40.000,00	86.667,48
SUMME PASSIVA	347.304.729,46	335.668.230,06

Gewinn- und Verlustrechnung	2015 in €	2014 in €
+ Umsatzerlöse	18.506.803,48	17.144.718,01
+ Sonstige betriebliche Erträge	1.782.016,84	1.675.353,40
- Materialaufwand	-4.853.159,22	-4.719.337,33
- Personalaufwand	-1.803.548,09	-1.660.948,23
- Abschreibungen	-5.321.481,67	-3.722.698,89
- Sonstige betriebliche Aufwendungen	-9.616.664,81	-11.901.159,40
+ Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3.894.163,91	5.589.176,55
- Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-4.027.252,69	-4.054.390,97
- Sonstige Steuern	984,77	902,34
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	<u>-1.440.107,02</u>	<u>-1.650.189,20</u>

2.4 Gesellschaft für Ausbildung und Beschäftigung mbH



aus der Region
für die Region



Gesellschaft für Ausbildung und Beschäftigung mbH

Unternehmensportrait

Adresse:	Im Schlenkert 14, 65549 Limburg		
Homepage:	www.gab-limburg.de		
Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung		
Gesellschafter:	Landkreis Limburg Weilburg	25.850 Euro	100,00 %
Stammkapital:	25.850 Euro		
Gründungsjahr:	1994		
Gesell.-vertrag:	vom 19. Dezember 2004, zul. geändert am 24. Oktober 2011		
Beteiligungen:	Bildungs- und Beschäftigungsgesellschaft mbH, Limburg	100 %	
	Profil Limburg-Weilburg Beschäftigungsförderung GmbH	25 %	
	Mittelhessischer Bildungsverein e.V. (Mitglied)		
	Paritätischen Wohlfahrtverband (Mitglied)		

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Zweck der Gesellschaft ist sowohl die Beschäftigung als auch eine allgemeine und berufsbezogene Bildung sowie die Wohlfahrtspflege i.S.d. § 66 Abgabenordnung für den vorstehend aufgeführten Personenkreis mit dem Ziel, Voraussetzungen zu schaffen, die diesem die Sicherung seiner Existenz aus eigener Kraft, d. h., unabhängig von Sozialhilfeleistungen, ermöglicht.

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die qualifizierte Beschäftigung und die berufliche sowie persönliche Aus-, Fort- und Weiterbildung von Langzeitarbeitslosen, arbeitslosen und erwerbslosen Jugendlichen und Frauen, die einen beruflichen Wiedereinstieg anstreben, ehemaligen Sozialhilfeempfängern und -empfängerinnen, geistig, seelisch und körperlich bzw. mehrfach Behinderten und Personen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten (z. B. Obdachlose, Alkohol- und andere Drogenabhängige etc.) mit dem Ziel der Eingliederung bzw. Wiedereingliederung in das Erwerbsleben.

Weiter ist die Gesellschaft berechtigt, artverwandte Tätigkeiten auszuüben, die geeignet sind, den gemeinnützigen Gesellschaftszweck zu fördern. Insofern kann sie auch weitere Projekte errichten oder sich an ihnen beteiligen und Zweigniederlassungen errichten.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Stephan H. Zimmermann

**Aufsichtsrat/ Mitglieder
Gesellschafterversammlung:**

Manfred Michel, Landrat	Vorsitzender
Marianne Zimmermann	stellv. Vorsitzende
Michael Lohr	
Karl Nießler	
Dr. Manfred Birko	

Bezüge

Von der Schutzklausel des § 286 Abs. 4 HGB wurde Gebrauch gemacht.

Unternehmensdaten

Bilanz

Aktiva	2015 in €	2014 in €	2013 in €
Immaterielle Vermögensgegenstände	3.918,05	9,53	9,53
Sachanlagen	8.675.355,91	6.275.709,55	5.155.228,65
Finanzanlagen - Beteiligungen	12.783,00	12.783,00	12.783,00
- Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	39.000,00	63.000,00	75.000,00
Vorräte	87.447,58	45.348,60	33.587,69
Forderungen	1.018.748,90	827.649,18	540.795,89
Kassenbestand	255.871,13	393.903,56	1.472.520,11
Rechnungsabgrenzungsposten	1.395,53	1.395,53	1.395,53
SUMME AKTIVA	10.094.520,10	7.619.798,95	7.291.329,93
Passiva	2015 in €	2014 in €	2013 in €
Gezeichnetes Kapital	25.850,00	25.850,00	25.850,00
Andere Gewinnrücklagen	5.264.788,67	5.264.788,67	5.264.788,67
Verlustvortrag	2.577.165,24	2.022.775,17	1.235.499,81
Jahresfehlbetrag	11.272,65	554.390,07	789.753,16
Eigenkapital	2.702.200,78	2.713.473,43	3.265.385,70
Sonderposten für zweckgebundene Mittel	15.376,69	17.126,92	20.478,28
Rückstellungen	237.100,00	490.476,55	580.060,00
Verbindlichkeiten	7.126.217,63	4.383.597,05	3.408.780,95
Rechnungsabgrenzungsposten	13.625,00	15.125,00	16.625,00
SUMME PASSIVA	10.094.520,10	7.619.798,95	7.291.329,93

Gewinn und Verlustrechnung	2015 in €	2014 in €	2013 in €
+ Umsatzerlöse	4.965.711,72	3.764.946,08	3.928.877,55
+ andere aktivierte Eigenleistungen	26.410,00	7.100,00	0,00
+ sonstige betriebliche Erträge	507.660,10	618.030,06	492.281,13
+ Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	1.750,23	3.351,36	4.886,96

	5.501.532,05	4.393.427,50	4.426.045,64
Materialaufwand:			
- Aufw. für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	226.371,05	197.589,63	186.764,13
- Aufwendungen für bezogene Leistungen	239.712,70	158.739,56	196.614,03
- Personalaufwand	3.618.715,94	3.759.812,10	3.959.523,82
- Abschreibungen	253.721,45	213.402,59	567.952,48
+ sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	412,22	1.029,11	27.394,61
- Zinsen und ähnliche Aufwendungen	101.805,03	59.177,72	104.309,23
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-6.156,79	-550.807,58	-786.911,44
- sonstige Steuern	5.115,86	3.582,49	2.841,72
Jahresfehlbetrag	11.272,65	554.390,07	-789.753,16

Lagebericht

Geschäftsverlauf

Das Jahr 2015 war für die GAB geprägt durch die parallele Ausrichtung der beiden Bereiche Dienstleistungen für den Landkreis und Bildungsträger- und Projektarbeit auf die neuen Herausforderungen durch die allgemeine wirtschaftliche und politische Entwicklung in Deutschland. Wie bereits in der Vergangenheit erfolgreich praktiziert, wurden die namensgebenden Ziele der GAB - Ausbildung und Beschäftigung – zur Grundlage dieser Betätigungen und konnten damit gemeinwohlfördernd fortgesetzt werden.

Die Satzung der GAB wurde in 2015 überarbeitet und der Bereich Flüchtlingsunterbringung und Flüchtlingshilfe neu in die gemeinnützigen Aufgaben der GAB aufgenommen. Durch die bereits Ende 2014 erfolgte Übernahme aller Gesellschaftsanteile durch den Landkreis wurde die Möglichkeit zur verstärkten Inhouse-Tätigkeit der GAB geschaffen.

Mit der bereits in 2014 gestarteten neuen siebenjährigen ESF-Förderperiode und dem zum Ende 2014 erfolgten politischen Neuanfang in Hessen, mit zahlreichen Umbesetzungen in den für die Arbeit der GAB wichtigen Landesministerien, ging auch bei der GAB ein Neustart zahlreicher ESF- und Landesförderprojekte einher.

Ein ganz wesentlicher Tätigkeitsschwerpunkt war in 2015 die Flüchtlingsunterbringung und –betreuung. Die teilweise Übernahme dieser Aufgaben für den Landkreis wurde bereits Ende 2014 begonnen und durch die Schaffung von Unterbringungsplätzen in eigenen und angemieteten Gebäuden sowie die Bereitstellung der sozialen Betreuung in 2015 verstärkt. In diese Betätigung wurden getreu der Zielsetzung der GAB die Ausbildungs- und Beschäftigungsprojekte mit ihren Mitarbeitern und Teilnehmern eingebunden und haben maßgeblich zur erfolgreichen Arbeit beigetragen. Insbesondere gegen Ende des Jahres 2015 hatte sich der Flüchtlingszugang so verstärkt (150 bis 200 Zuweisungen je Woche gegenüber 15 bis 20 in den vorherigen Monaten), dass nur durch eine gemeinsame Kraftanstrengung aller Beteiligten: Sozialamt, Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft, GAB und alle anderen betroffenen Kreisabteilungen, diese Aufgabe bewältigt werden konnte. Die GAB zusammen mit dem Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft war durch die absolut kurzfristige Bereitstellung von 3 Großgemeinschaftsunterkünften mit insgesamt 600 Plätzen hier schwerpunktmäßig beteiligt. Erwähnt werden soll auch das große Engagement ehrenamtlicher Helfer,

die insbesondere im Bereich der Betreuung der Flüchtlinge tatkräftige Unterstützung geleistet haben.

Trotz der gesamtwirtschaftlich positiven Entwicklung des Arbeits- und Ausbildungsmarktes muss konstatiert werden, dass weiterhin schwache Mitglieder der Gesellschaft Unterstützung bei der Aufnahme von Ausbildung und Beschäftigung brauchen. Auch die Unternehmen stellen fest, dass schwache Auszubildende und Beschäftigte eine besondere Herausforderung darstellen und im Bereich der Weiterbildung und Qualifizierung vermehrt investiert werden muss. Entsprechend ihres Auftrages und ihres Selbstverständnisses sieht die GAB hier weiterhin in Unterstützung und Abstimmung mit dem Landkreis ihre besondere Kompetenz und ihren Tätigkeitsschwerpunkt. Zur Finanzierung dieser Aufgaben hat der Landkreis der GAB in 2015 einen Kofinanzierungszuschuss (T€ 300) gewährt.

So konnte die Ausbildung, Ausbildungsvorbereitung und Qualifizierung in 2015 durch die Zusammenarbeit mit dem Landkreis, dem Jobcenter und der Agentur für Arbeit stabilisiert werden. Im Jahresdurchschnitt konnten 31 Ausbildungsplätze (Vorjahr 32) angeboten und besetzt werden. Insgesamt zeigt die Entwicklung am Ausbildungsmarkt, dass die Unternehmen in Folge der bereits spürbar einsetzenden demografischen Entwicklung zunehmend auf schwächere Auszubildende zurückgreifen. Trotzdem verbleibt im Landkreis ein Personenkreis an jungen Leuten, die in Folge vielfältiger persönlicher Probleme keinen Ausbildungsplatz finden können. Hier greifen die Angebote der GAB, wie die Schuldnerberatung und die sozialpädagogische Betreuung, um auch diese Jugendlichen in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

Vermögenslage

Das Anlagevermögen hat sich bei Investitionen von T€ 2.658,1 und Abschreibungen von T€ 253,7 sowie Abgängen/Tilgung von T€ 24,8 um T€ 2.379,6 erhöht. Mit der Zunahme der Tätigkeit im Bereich der Flüchtlingsunterbringung wurden in 2015 Kaufverträge für weitere 7 (Vorjahr 4) Wohnhäuser (Investition T€ 2.269,8) abgeschlossen. Von diesen wurde 5 Objekte nach erfolgter Herrichtung aktiviert (T€ 1.670,3) und mit 172 Unterbringungsplätzen in Betrieb genommen. Für die weiteren 5 Objekte wurden erste Zahlungen geleistet und unter Anlagen im Bau (T€ 599,5) aktiviert.

Der Buchwert des gesamten Geländes und der Gebäude am Standort Im Schlenkert beläuft sich zum 31.12.2015 auf T€ 4.703,9 und beträgt damit 53,9 % des Anlagevermögens, die Asylobjekte haben zum 31.12. einen Restbuchwert von T€ 3.483,1 oder 39,9 % des Anlagevermögens. Das Anlagevermögen ist durch das Darlehen und Eigenkapitalmittel zu 100 % langfristig finanziert.

Von den übrigen Investitionen in Höhe von T€ 388,3 entfallen T€ 324,2 auf Einrichtungsgegenstände und Sanitärcontainer für die Flüchtlingsunterkünfte. Die übrigen Zugänge betreffen EDV-Hard- und Software, Büroeinrichtung und Werkzeuge/Geräte für die Projekte. Das unter „Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht“ ausgewiesene Darlehen an die Beteiligungsgesellschaft Profil GmbH wurde mit T€ 24 planmäßig getilgt.

Vom Umlaufvermögen entfallen T€ 837,7 auf Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und weitere T€ 176,8 auf Forderungen an die Beteiligungsgesellschaft Profil GmbH. Zur Risikovorsorge wurden von den Forderungen T€ 43,5 neu einzelwertberichtet. Von den nicht wertberichteten Forderungen aus Lieferungen und Leistungen

waren bei Bilanzprüfung noch T€ 56,4 offen. Die Zunahme der Forderungen gegenüber dem Vorjahr ist durch die Ausweitung der Geschäftstätigkeit im Bereich der Flüchtlingsunterbringung bedingt. Diese Forderungen betreffen rein den Landkreis Limburg-Weilburg.

Die Liquiden Mittel (Kasse, Giro- und Festgeldguthaben) haben sich insbesondere auch durch den zu Jahresende sehr hohen Investitionsbedarf zur Flüchtlingsunterbringung in Großgemeinschaftsunterkünften um T€ 138,0 vermindert.

Die Eigenkapitalausstattung beträgt zum Bilanzstichtag 2015 26,9 % (Vorjahr 35,8 %) der Bilanzsumme. Durch den Jahresfehlbetrag in Höhe von T€ 11,3 hat sich das Eigenkapital entsprechend vermindert. Die prozentuale Abnahme ist hauptsächlich durch die Steigerung der Bilanzsumme infolge der Investitionen in die Flüchtlingsunterbringung und deren Finanzierung bedingt. Der Sonderposten für zweckgebundene Mittel wurde erfolgswirksam mit T€ 1,8 aufgelöst.

Die Darlehensverbindlichkeiten wurden mit T€ 316,7 planmäßig getilgt. Neue Darlehen wurden zur Finanzierung der Investitionen in 6 Gebäude in Höhe von T€ 2.303,5 aufgenommen.

Unter den Sonstigen Rückstellungen wurden der Verpflichtung zur Beteiligung an in der Vergangenheit angefallenen Gebäudesanierungskosten Mittel in Höhe von T€ 71,9 ausgewiesen. Für Arbeitsrechtstreite war eine Rückstellung in Höhe von T€ 250,5 gebildet worden. Die Verfahren wurden durch Vergleiche in 2015 endgültig beigelegt und die Kosten durch die zurückgestellten Mittel abgedeckt. Weiter kurzfristige Verbindlichkeiten resultieren mit T€ 453,6 (Vorjahr 106,4) aus Lieferungen und Leistungen, mit T€ 371 aus kurzfristiger Liquiditätsfinanzierung und mit T€ 97,3 aus Sonstigen Verbindlichkeiten. Die Zunahme der Liefer- und Leistungsverbindlichkeiten ist durch die Ausweitung der Geschäftstätigkeit und die hohen Investitions- und Herichtungsausgaben für die Großgemeinschaftsunterkünfte zur Flüchtlingsunterbringung bedingt. Diese wurden zum Jahresende um die Weihnachtszeit getätigt. Die kurzfristigen Verbindlichkeiten waren zum Zeitpunkt der Bilanzprüfung beglichen.

Ertragslage

Von den Erlösen entfallen 34,2 % auf die Zuschüsse und Kostenerstattungen für die durchgeführten Maßnahmen und Projekte. Die Ausbildungsplatzförderung war mit T€ 97,6 gegenüber dem Vorjahr rückläufig. Der Rückgang ist durch die geringere Förderung durch die Agentur für Arbeit begründet. Die beiden Berufsvorbereitungsmaßnahmen (BVB) der Bundesagentur für Arbeit und die zertifizierten Um- und Weiterbildungsmaßnahmen die durch die GAB angeboten werden, haben in 2015 einen Umsatz von T€ 522,8 (Vorjahr T€ 511,3) erwirtschaftet. Die BVB-Maßnahmen sind in 2015 ausgelaufen. Jedoch konnte bei den Umschulungsmaßnahmen eine Steigerung erreicht werden. Das im Vorjahr noch mit T€ 179,3 abgerechnete Integrationsprojekt Xenos ist mit Ende der ESF-Förderperiode ausgelaufen und wurde in 2015 mit T€ 24,1 endabgerechnet. Zur Kofinanzierung der Projekte hat der Landkreis wie im Vorjahr einen allgemeinen Zuschuss in Höhe von T€ 300 geleistet.

Durch die bereits in 2014 eingeleitete Ausweitung der Geschäftstätigkeit auf den Bereich Flüchtlingsunterbringung und -betreuung konnten die Drittumsätze stark ausgedehnt werden. Auf den Bereich Flüchtlinge entfallen Umsätze von T€ 1.480,4 (Vorjahr T€ 79,2). Die Erlöse der Projekte Gebäudereinigung, Hausmeisterdienste, Elektro-, Holz- und Metallwerkstatt sowie der Gebraucht- und Neumöbelgestaltung (MöVe)

konnten leicht gesteigert werden. Dies ist mit T€55 auf die Gebäudereinigungsleistungen (insgesamt T€ 1.188,5) und mit T€25 auf die Elektrowerkstattleistungen zurückzuführen. Hier werden hauptsächlich Leistungen für den Landkreis erbracht. Die Projektmitarbeiter und -Teilnehmer sind in ihrer Tätigkeit auch stark in die Umsätze der Flüchtlingsunterbringung einbezogen.

Von den Anderen Erträgen entfallen ca. T€ 445,6 (Vorjahr T€ 431,0) auf Erlöse aus der Vermietung von Objekten am Standort „Im Schlenkert“. Eigenleistungen bei der Herrichtung der Asylobjekte konnten in Höhe von T€ 26,4 (Vorjahr T€ 7,1) aktiviert werden. Der Rückgang der Anderen Erträge ist durch die geringeren Auflösungserträge aus in Vorjahren gebildeten Rückstellungen begründet. Hier wurden in 2014 T€ 136,9 für nicht mehr benötigte Mittel aus dem Mietverhältnis Hephata erfolgswirksam aufgelöst. 2015 belief sich dieser Betrag nur noch auf T€ 8,7.

Die Materialaufwendungen steigerten sich um T€ 67 durch den Energie- und Wasserbezug für die in Betrieb gegangenen Flüchtlingsunterkünfte und um T€ 30 durch nachfragebedingt höheren Warenbezug für die Abgabe von Möbeln und Elektrogeräten auf Bedarfsschein des Sozialamtes und des Jobcenters. T€ 13,6 mehr wurden für Fremdleistungen im Bereich der Gebäudereinigung aufgewandt.

Die Personalaufwendungen betragen in 2015 65,8 % (Vorjahr 85,5 %) der Erträge. Die Veränderung des Anteils ist durch die Erlös- und Aufwandssteigerung infolge der Flüchtlingsunterbringung bedingt. Die Verminderung gegenüber dem Vorjahr ist durch die nicht mehr erforderlich gewesenen Rückstellungsbildung für Arbeitsrechtsstreite verursacht. Die durch den Wegfall der BVB-Maßnahme und des Xenos-Projekte verfügbar gewordenen sozialpädagogischen Mitarbeiter konnten durch Einbindung in die soziale Betreuung der Flüchtlinge und das Flüchtlings-Projekt Chance Arbeitsmarkt weiterbeschäftigt werden.

Durch die Investitionen des Berichtsjahres haben sich die Abschreibungen entsprechend erhöht. Die aktivierten Gebäude zur Flüchtlingsunterbringung werden über 35 Jahre abgeschrieben.

Unter den Sonstigen Aufwendungen sind mit ca. T€ 425,2 (Vorjahr T€ 9,0) direkt Aufwendungen für die Flüchtlingsunterbringung enthalten. Davon entfallen T€ 180,2 auf die Miete, Bewachung und das Catering für die Großgemeinschaftsunterkünfte die Ende 2015 in Betrieb genommen wurden. Ein Teil der Kosten wird direkt an das zuständige Sozialamt des Landkreises weiterbelastet. Auch ein Großteil der weiteren Aufwandssteigerungen ist durch die Ausweitung der Geschäftstätigkeit auf diesen Bereich zurück zu führen.

Die Zinsaufwendungen haben sich entsprechend der höheren Darlehenssummen gesteigert.

Einmalige und periodenfremde Aufwendungen sind mit T€ 43,6 (Vorjahr T€ 42,7) Wertberichtigungen auf Forderungen sowie Sonstiges T€ 0,1 (Vorjahr T€ 28,9) in das Jahresergebnis eingegangen. Ergebnisverbessernd wirkten T€ 8,7 (Vorjahr T€ 136,9) aus der Auflösung einer Rückstellung infolge der Verlängerung des betreffenden Mietvertrages und weitere T€ 19,6 (Vorjahr T€ 6,4) an periodenfremden Erträgen. Per Saldo ist der Jahresverlust in Höhe von T€ 11,3 mit T€ 15,4 an einmaligen und periodenfremden Positionen negativ beeinflusst.

Risiken, Chancen der künftigen Entwicklung und Vorgänge von besonderer Bedeutung

Wie bereits im Vorjahr, hat durch die positive wirtschaftliche Entwicklung der Druck auf die Arbeitsmarktpolitik in Hinblick auf Langzeitarbeitslose und unversorgte Ausbildungssuchende spürbar nachgelassen hat. Die tägliche Arbeit zeigt jedoch, dass auch bei der derzeit guten Beschäftigungslage für den Personenkreis mit gravierenden persönlichen Vermittlungshemmnissen unverändert erhebliche Probleme am ersten Arbeits- und Ausbildungsmarkt bestehen. Diese Zielgruppe der Arbeit der GAB ist also unverändert vorhanden und teilweise unversorgt. Die jüngste Entwicklung zeigt jedoch auch, dass die Politik dieses fortbestehende Problem erkannt hat und versucht aus der Instrumentenreform heraus neue Maßnahmen zur Hilfe zu entwickeln.

Gerade im Hinblick auf die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung mit derzeit nachlassenden Wachstumsraten und einer stagnierenden Beschäftigung ist zu erwarten, dass der Bedarf für einen zweiten Arbeitsmarkt unverändert besteht und wieder anwachsen kann.

Die GAB hat auf diese Entwicklungen reagiert und durch die Ausrichtung auf Projektarbeit und weitere Maßnahmen im Bereich des Bildungsträgers für die Zukunft vorgesorgt. Dies mit der Zielsetzung die fachliche und personelle Kompetenz bei der GAB für die Zukunft zu sichern und die in der Vergangenheit erarbeiteten Strukturen zu erhalten und anzupassen.

Möglich wurde dies auch durch die Zusammenarbeit mit den arbeitsmarktpolitischen Akteuren im Landkreis, insbesondere der Agentur für Arbeit, dem Jobcenter, der IHK und den Kammern, der Wirtschaftsförderungsgesellschaft sowie der Kreisverwaltung. Auch auf überregionaler Ebene ist die Zusammenarbeit eine Voraussetzung für die zukünftige erfolgreiche Arbeit der GAB. Hier ist die Zusammenarbeit mit dem Mittelhessischen Bildungsverband e.V., dem Verein Mitte Hessen e.V. und auch im Paritätischen Wohlfahrtsverband zu nennen.

Die GAB ist erfolgreich nach AZWV und AZAV zertifiziert als Träger für Bildungsmaßnahmen. Dies bildet die Grundlage in allen Bereichen Bildungsmaßnahmen anbieten zu können. In 2015 sind z.B. die mehrjährigen Landes-, Bundes- und ESF-Projekte wie Bildungscoach und NIA angelaufen. Diese durch Landes- und ESF-Mittel mitfinanzierten Maßnahmen tragen zur positiven Auswirkung und zur Vernetzung im Landkreis bei.

Ein wesentliches Standbein der GAB ist in 2015 die Flüchtlingsunterbringung und –betreuung für den Landkreis geworden. Begonnen wurde dies mit dem Erwerb erster Unterbringungsobjekte in 2014. Bis zum September 2016 stellt die GAB bereits an die 1.000 Unterbringungsplätze und betreut ca. 650 Flüchtlinge. Von den 1.000 Unterbringungsplätzen entfallen 456 auf 2 Großgemeinschaftsunterkünfte. Aufgrund der seit Mitte 2015 wieder normalisierten Flüchtlingszuweisungszahlen konnten von diesen sehr betreuungs- und unterhaltungsintensiven Plätzen im September 2016 wieder 196 Plätze aus dem laufenden Betrieb genommen und zur Notversorgung umgewidmet werden. Für die 2. große Einrichtung wird derzeit ein Konzept zur längerfristigen Nutzung als Empfangszentrum umgesetzt. Die Geschäftsleitung der GAB wird hier in Zusammenwirken mit dem Landkreis auf eine wirtschaftlich sinnvolle und langfristig tragbare Unterkunftsanzahl achten.

Die bisherigen Erfahrungen im Bereich der Flüchtlingspolitik zeigen, dass eine langfristige Planung sehr schwierig ist und auf mögliche Veränderungen bei den Zuweisungszahlen sehr kurzfristig reagiert werden muss. Die GAB hat hier im Zusammenwirken mit dem Sozialamt und dem Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft aber tragfähige Strukturen entwickelt.

An die in 2014 und 2015 erfolgreich geleistete Arbeit der Unterbringung und Betreuung der Flüchtlinge schließt sich nunmehr die große Aufgabe der Integration in Bildung und Beschäftigung an. So wurde ein durch das Hessische Ministerium für Soziales und Integration gefördertes Gemeinschaftsprojekt, „Chance Arbeitsmarkt“, mit dem Lahn-Dill-Kreis aufgelegt. Hier erfolgt eine Kompetenz- und Potentialfeststellung der in den Landkreisen untergebrachten Flüchtlinge mit dem Ziel diese gezielt in den Arbeits- und Ausbildungsmarkt zu integrieren. Auch in unseren Werkstätten haben wir bereits erste Ausbildungsplätze für Flüchtlinge bereitgestellt und aktuell (Oktober 2016) teilweise besetzt. Auch an der Umsetzung von Arbeitsgelegenheiten und Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen (FIM) ist die GAB in Zusammenwirken mit den anderen Beschäftigungsmarktakteuren maßgeblich beteiligt. Hier kann auf die vorhandenen Erfahrungen und Strukturen im Bereich der Beschäftigungsförderung direkt zurückgegriffen werden.

Hierfür und für die Übernahme weiterer Dienstleistungen für den Landkreis wurden in 2014 und 2015 die rechtlichen und steuerlichen Grundlagen geschaffen. Die Betrauung der GAB mit ihren satzungsmäßigen Aufgaben Ausbildungs- und Beschäftigungsförderung, Förderung der Weiterbildung sowie Flüchtlingsunterbringung und –betreuung durch den Landkreis wurde im Oktober 2016 durch den Kreistag verabschiedet.

Durch die oben geschilderten Maßnahmen und durch die positive Arbeit in den Projekten Gebäudereinigung, Elektrowerkstatt, Gebrauchtmöbelverkauf und Holzwerkstatt sowie die gute Arbeit der Schuldnerberatung und des Bildungsträgerbereichs ist die GAB breit aufgestellt. Außerdem können die Ausbildungswerkstätten durch erfolgreiche Ausbildungsabschlüsse aufwarten.

Insgesamt konnte die GAB die schwierigen Jahre 2010 bis 2015 bisher erfolgreich meistern. Sie bleibt jedoch auf die Unterstützung des Landkreises angewiesen, um auf diesem Weg weiterzugehen und die Kompetenzen und Strukturen für die Ausbildung und Beschäftigung für die Zukunft zu sichern.

Abschließend bleibt festzustellen, dass die Chancen und Risiken unserer wirtschaftlichen und sozialen Tätigkeit in hohem Maße von den gesetzlichen Rahmenvorgaben für den Arbeits-, Ausbildungs- und Weiterbildungsmarkt und mit Übernahme der Aufgabe Flüchtlingsunterbringung und –betreuung zusätzlich von der hier sehr komplizierten politischen Entwicklung abhängen.

Wir sehen daher unsere Aufgabe darin, bei sich abzeichnendem Wandel der gesetzlichen Rahmenvorgaben und der politischen Entwicklung, frühzeitig Chancen zur Verbesserung der Vermögens- und Ertragsstruktur zu erkennen und zu nutzen sowie Risiken ebenso frühzeitig wirksam zu begegnen.

Weitere Risiken der zukünftigen Entwicklung sowie Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind, liegen nicht vor.

2.5 KIG – Kreisimmobiliengesellschaft Limburg-Weilburg mbH & Co. KG – Pullach i. L.

Unternehmensportrait

Adresse:	Wolfratshausener Straße 49, 82049 Pullach		
Rechtsform:	Kommanditgesellschaft (KG)		
Gesellschafts- verhältnisse:	Komplementärin: IGUMENITSA GmbH		
	Kommanditist: Landkreis Limburg-Weilburg		100 %
Stammkapital:	25.000 Euro		
Gründungsjahr:	Die Gesellschaft wurde durch Gesellschaftsvertrag vom 12. November 1998 unter der Firma „IGUMENISTA Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. VermietungsKG in München errichtet.“ Durch Gesellschafterbeschluss vom 13. Dezember 2005 wurde die Firmierung der Gesellschaft geändert. Sie lautet nun: KIG Kreisimmobiliengesellschaft Limburg-Weilburg mbH & Co. KG		
Gesell.-vertrag:	14. Dezember 2005		

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist der Kauf, die Herstellung, die Verwaltung und die Vermietung von Immobilien, die Verwaltung und Nutzung eigenes Kapitalvermögens und die Durchführung aller damit mittelbar oder unmittelbar zusammenhängenden Geschäfte, sowie das Eingehen von Beteiligungen an solchen Unternehmen. Ausgenommen sind die Tätigkeiten oder Geschäfte, die in § 34c GewO aufgeführt sind. Ausgenommen ist auch die Nutzung des Grundbesitzes für gewerbliche Zwecke der Gesellschafter.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführende Gesellschafterin:	IGUMENISTA Verwaltungsgesellschaft mbH (AG München HRB 122936) vertreten durch ihre Geschäftsführer Michael Ruhl, München Klaus Steixner, Rottach-Egern Michael Stüber, Gauting-Stockdorf
--	---

Bezüge

Die Geschäftsführung erhält seit dem Jahr 2006 eine jährliche Haftungsvergütung in Höhe von 2.500 Euro.

Unternehmensdaten

Bilanz			
Aktiva	2015 in €	2014 in €	2013 in €
Ausstehende Einlagen	25.000,00	25.000,00	25.000,00
Anlagevermögen (Grundstücke, Bauten)	0,00	73.821.116,66	75.695.523,77
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	88.908,31	2.959.395,08	0,00
Kassenbestand/Guthaben bei KI	142.156,65	125.943,64	156.078,86
SUMME AKTIVA	235.279,06	76.906.455,38	75.851.602,63
Passiva	2015 in €	2014 in €	2013 in €
Kommanditkapital	25.000,00	25.000,00	25.000,00
Kapital des atypisch stillen Gesellschafters			
Pflichteinlage	0,00	17.006.927,00	17.006.927,00
Gesellschafterverrechnungskonto	0,00	-162.876,83	93.095,37
Verlustvortragkonto	0,00	-5.364.248,57	-5.566.509,44
Rückstellungen	174.199,38	2.951.431,58	5.172,50
Verbindlichkeiten gg. KI, Gesellschafter, sonstige	0,00	62.475.222,20	64.312.917,20
SUMME PASSIVA	235.279,06	76.906.455,38	75.851.602,63

Gewinn- und Verlustrechnung	2015 in €	2014 in €	2013 in €
Umsatzerlöse	2.816.042,13	7.731.565,16	4.617.302,64
- Materialaufwand	80.160,92	91.751,93	60.453,98
Abschreibungen auf Sachanlagen	937.203,56	1.874.407,11	1.874.407,11
- sonstige betriebliche Aufwendungen	85.711,23	44.837,06	43.877,66
+ sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	575,29	4,55	0,00
- Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.249.782,77	3.127.168,52	2.637.906,89
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	496.908,48	2.593.405,09	657,00
Erträge aus Verlustübernahme durch den atypisch stillen Gesellschafter	7.734.087,55	0,00	0,00
- Steuern	348.294,58	2.391.144,22	0,00
Aufgrund eines Gewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	7.882.701,45	202.260,87	657,00
Jahresüberschuss	0,00	0,00	0,00

Geschäftsverlauf

Grundlagen des Unternehmens und Darstellung des Geschäftsverlaufs

Die KIG Kreisimmobiliengesellschaft Limburg-Weilburg mbH & Co. KG hat mit dem Landkreis Limburg-Weilburg am 20. Dezember 2005 ein Vertragswerk bestehend aus Erbbaurechts- und Immobilienmietvertrag, atypisch stillem Gesellschaftsvertrag sowie Ankaufs- und Andienungsrechtsverträgen mit Gesamtinvestitionskosten von 83,7 Mio. € abgeschlossen. Der Immobilien-Mietvertrag umfasst die Vermietung von Schulgebäuden, Turn- und Sporthallen, Verwaltungsgebäuden, Wirtschafts-, Wohn- und Werkstattgebäuden. Die Erfüllung der damit zusammenhängenden Verträge erfolgte im Berichtsjahr planmäßig.

Darstellung der Lage

Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wird durch die Tätigkeit der Gesellschaft als Vermieter und daher insbesondere durch die langfristig abgeschlossenen Verträge bestimmt.

Der Landkreis Limburg-Weilburg hat von seinem Ankaufsrecht zum 30. Juni 2015 Gebrauch gemacht. Im Zuge des Vollzugs des Ankaufsrechts hat der Landkreis Limburg-Weilburg die Erbbaurechte nebst aufstehenden Gebäuden mit Kaufvertrag UR 349/2014 vom 12. Dezember 2014 zum 30. Juni 2015 angekauft. Besitz, Nutzen, Lasten und Gefahrtragung gehen mit Wirkung zum 30. Juni 2015 auf den Landkreis Limburg-Weilburg über. Aus den Mitteln der Kaufpreiszahlung werden die per 30. Juni 2015 valutierenden Darlehen der Gesellschaft vollständig zurückgeführt.

Da der Generalmieter sein Ankaufsrecht zum 30. Juni 2015 ausgeübt hat, endet der Immobilien-Mietvertrag automatisch mit Ablauf des 30. Juni 2015.

Der ursprüngliche Kaufpreis der Erbbaurechte samt den aufstehenden Gebäuden betrug insgesamt 83.739.754 EUR. Die Finanzierung erfolgte zum Teil über Fremdkapital in Höhe von 67.032.827 EUR. Zur restlichen Leistung des Kaufpreises sowie der Erwerbsnebenkosten wurde die Einlage der atypisch stillen Gesellschafterin in Höhe von 17.006.927 EUR verwendet.

Die Leasingraten werden von dem Landkreis Limburg-Weilburg auf die Gesamtinvestitionskosten über 83,7 Mio. EUR geleistet. Im Berichtsjahr war die Liquidität der Gesellschaft durch die planmäßig erbrachte Miete über insgesamt 2.417.181 EUR gesichert (davon Anteil zur Bedienung des Fremdkapitals 2.005.288 EUR, des Eigenkapitals 172.103 EUR sowie des Mieterdarlehens in Höhe von 239.790 EUR). Der Leasingvertrag sieht eine jährliche Steigerung der Mietraten in Höhe von 3 % p. a. vor. Der Kapitaldienst für die langfristigen Finanzierungsverträge wurde vertragsgerecht bedient.

Das Gesamtjahresergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit der Gesellschaft in Höhe von 148.613,49 EUR sowie der aus dem Verkauf des Sachanlagevermögens erzielte Veräußerungsgewinn in Höhe von 7.734.087,55 EUR (nach Abzug der Veräußerungskosten) entspricht im Wesentlichen bis auf die Abschreibung der aktivierten Herstellungskosten für die Sporthallen in Elz und Frickhofen, der zusätzlichen Mietraten (Sporthallen Elz/Frickhofen) und der Zinsen für das in diesem Zusammenhang gewährten Mieterdarlehen im Berichtsjahr dem prognostizierten Ergebnis und wird entsprechend den Vereinbarungen aus dem Vertrag über die Errichtung einer atypischen Gesellschaft zu 100 % von der atypisch stillen Gesellschafterin übernommen

Voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft und Risiken der künftigen Entwicklung

Aufgrund der Veräußerung der Erbbaurechte nebst aufstehenden Gebäuden sowie der Beendigung des Immobilien-Mietvertrages und des atypisch stillen Beteiligungsvertrages haben die Gesellschafter der KIG Kreisimmobiliengesellschaft Limburg-

Weilburg mbH & Co. KG die Liquidation zum 30. Juni 2015 beschlossen. Die Gesellschaft wird voraussichtlich bis Ende 2017 aufgelöst.

Die Geschäftsführung erwartet für das Jahr 2016 ein ausgeglichenes Ergebnis.

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die die wirtschaftliche Lage unserer Gesellschaft negativ beeinflussen, sind nach dem Abschlussstichtag nicht eingetreten. Anfängliche negative steuerliche Ergebnisse werden durch spätere positive Ergebnisse ausgeglichen.

Besondere Risiken der künftigen Entwicklung der Gesellschaft sieht die Geschäftsführung derzeit nicht.

2.6 KIG II – Kreisimmobiliengesellschaft Limburg-Weilburg mbH & Co. KG – Pullach

Unternehmensportrait

Adresse:	Wolfratshauer Straße 49, 82049 Pullach
Rechtsform:	Kommanditgesellschaft (KG)
Gesellschafts- verhältnisse:	Komplementärin: ANKYRA Verwaltungsgesellschaft mbH Kommanditist: Landkreis Limburg-Weilburg 100 %
Stammkapital:	25.000 Euro
Gründungsjahr:	Die Gesellschaft wurde durch Gesellschaftsvertrag vom 5. Dezember 2003 mit Wirkung zum 17. Dezember unter der Firma ANKYRA Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG in Frankfurt am Main errichtet. Durch Gesellschafterbeschluss vom 17. Oktober 2006 wurde die Firmierung der Gesellschaft geändert. Sie lautet nun: KIG II Kreisimmobiliengesellschaft Limburg-Weilburg mbH & Co. KG
Gesell.-vertrag:	13. November 2006

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist der Kauf, die Herstellung, die Verwaltung und die Vermietung von Immobilien, die Verwaltung und Nutzung eigenen Kapitalvermögens und die Durchführung aller damit mittelbar oder unmittelbar zusammenhängenden Geschäfte sowie das Eingehen von Beteiligungen an solchen Unternehmen. Ausgenommen sind die Tätigkeiten oder Geschäfte, die in § 34c GewO aufgeführt sind. Ausgenommen ist auch die Nutzung des Grundbesitzes für gewerbliche Zwecke der Gesellschafter.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführende Gesellschafterin:	ANKYRA Verwaltungsgesellschaft mbH (AG München HRB 140456) vertreten durch ihre Geschäftsführer <ul style="list-style-type: none">• Michael Ruhl, München• Klaus Steixner, Rottach-Egern
--	--

Bezüge

Die Geschäftsführung erhält seit dem Jahr 2007 eine jährliche Haftungsvergütung in Höhe von 2.500 Euro.

Unternehmensdaten

Bilanz			
Aktiva	2015 in €	2014 in €	2013 in €
Ausstehende Einlagen	25.000,00	25.000,00	25.000,00
Anlagevermögen (Grundstücke, Bauten)	49.906.949,39	51.125.017,25	52.343.085,11
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	83.375,80	2.115.036,64	76,19
Kassenbestand	36.769,71	15.990,18	41.596,62
SUMME AKTIVA	50.027.094,90	53.256.044,07	52.384.757,92
Passiva	2015 in €	2014 in €	2013 in €
Kapitalanteile	25.000,00	25.000,00	25.000,00
Kommanditkapital	25.000,00	25.000,00	25.000,00
Kapital des atypisch stillen Gesellschafters	8.423.983,86	8.422.484,26	8.452.145,48
Rückstellungen	84.613,29	5.172,50	5.172,50
Verbindlichkeiten	41.518.497,75	42.738.501,06	43.927.439,94
SUMME PASSIVA	50.027.094,90	53.256.044,07	52.384.757,92
Gewinn- und Verlustrechnung	2014 in €	2013 in €	2012 in €
Umsatzerlöse	3.519.140,73	5.242.469,13	3.062.200,01
- Aufwendungen für Hausbewirtschaftung	49.221,71	53.151,78	53.043,68
Abschreibungen auf Sachanlagen	1.218.067,86	1.218.067,86	1.218.067,86
- sonstige betriebliche Aufwendungen	105.996,63	26.293,38	25.176,76
+ sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00	1,49	0,00
- Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.675.579,54	2.087.413,92	1.759.312,71
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	480.945,07	1.857.543,68	6.599,00
+ Erträge aus Verlustübernahme	0,00	0,00	0,00
Sonstige Steuern	283.183,47	1.719.496,52	0,00
aufgrund eines Gewinnabführungsvertrages abgeführte Gewinne	197.761,60	138.047,16	6.599,00
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	0,00	0,00	0,00

Geschäftsverlauf

Grundlagen des Unternehmens und Darstellung des Geschäftsverlaufs

Die KIG II Kreisimmobiliengesellschaft Limburg-Weilburg mbH & Co. KG hat mit dem Landkreis Limburg-Weilburg am 8. Dezember 2006 ein Vertragwerk bestehend aus Erbbaurechts- und Immobilienmietvertrag, atypisch stillen Gesellschaftsvertrag sowie Ankaufs- und Andienungsrechtsverträge mit Gesamtinvestitionskosten von 56,7 Mio. EUR abgeschlossen. Der Immobilien-Mietvertrag umfasst die Vermietung von Schulgebäuden, Turn- und Sporthallen, Verwaltungsgebäuden, Wirtschafts-, Wohn- und Werkstattgebäuden. Die Erfüllung der damit zusammenhängenden Verträge erfolgte im Berichtsjahr planmäßig.

Darstellung der Lage des Unternehmens

Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wird durch die Tätigkeit der Gesellschaft als Vermieter und daher insbesondere durch die langfristig abgeschlossenen Verträge bestimmt.

Der Landkreis Limburg-Weilburg hat von seinem Ankaufsrecht zum 30. Juni 2016 Gebrauch gemacht. Im Zuge des Vollzugs des Ankaufsrechts hat der Landkreis Limburg-Weilburg die Erbbaurechte nebst aufstehenden Gebäuden mit Kaufvertrag UR 350/2014 vom 12. Dezember 2014 zum 30. Juni 2016 angekauft. Besitz, Nutzen, Lasten und Gefahrtragung gehen mit Wirkung zum 30. Juni 2016 auf den Landkreis Limburg-Weilburg über. Aus den Mitteln der Kaufpreiszahlung werden die per 30. Juni 2016 valutierenden Darlehen der Gesellschaft vollständig zurückgeführt.

Da der Generalmieter sein Ankaufsrecht zum 30. Juni 2016 ausgeübt hat, endet der Immobilien-Mietvertrag automatisch mit Ablauf des 30. Juni 2016.

Der ursprüngliche Kaufpreis der Erbbaurechte samt den aufstehenden Gebäuden betrug insgesamt 56.505.732 EUR. Die Finanzierung erfolgte zum Teil über Fremdkapital in Höhe von 45.215.732 EUR. Zur restlichen Leistung des Kaufpreises sowie der Erwerbsnebenkosten wurde die Einlage der atypisch stillen Gesellschafterin in Höhe von 11.490.000 EUR verwendet.

Die Leasingraten werden von dem Landkreis Limburg-Weilburg auf die Gesamtinvestitionskosten über 56,6 Mio. EUR geleistet. Im Berichtsjahr war die Liquidität der Gesellschaft durch die planmäßig erbrachte Miete über insgesamt 3.192.414 EUR gesichert (davon Anteil zur Bedienung des Fremdkapitals 2.715.686 EUR und des Eigenkapitals 192.807 EUR sowie des Mieterdarlehens in Höhe von 221.729 EUR). Der Leasingvertrag sieht eine jährliche Steigerung der Mietraten in Höhe von 3% p. a. vor. Der Kapitaldienst für die langfristigen Finanzierungsverträge wurde vertragsgerecht bedient.

Das Gesamtjahresergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit der Gesellschaft entspricht im Berichtsjahr bis auf die Abschreibung der aktivierten Sanierungsmaßnahmen und der angepassten Mietraten für die Westerwaldschule und die Heinrich-von-Gagern-Schule sowie der Zinsen für das in diesem Zusammenhang gewährten Mieterdarlehen im Wesentlichen dem prognostizierten Ergebnis und wird entsprechend den Vereinbarungen aus dem Vertrag über die Errichtung einer atypischen Gesellschaft zu 100% von der atypisch stillen Gesellschafterin übernommen.

Voraussichtliche Entwicklung und Risiken der künftigen Entwicklung

Die Geschäftsentwicklung der ersten Monate des laufenden Geschäftsjahres bestätigt uns in der Erwartung, auch 2016 ein planmäßiges Ergebnis ausweisen zu können. Dies wird sich jedoch aufgrund der Sanierungsmaßnahmen der beiden Schulen (Westerwaldschule und Heinrich-von-Gagern-Schule) um die Abschreibung der aktivierten Sanierungsmaßnahmen sowie der Anpassung der Mietraten und der Verzinsung des Mieterdarlehens verändern.

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die die wirtschaftliche Lage unserer Gesellschaft negativ beeinflussen, sind nach dem Abschlussstichtag nicht eingetreten.

Anfängliche negative steuerliche Ergebnisse werden durch spätere positive Ergebnisse ausgeglichen.

Besondere Risiken der künftigen Entwicklung der Gesellschaft sieht die Geschäftsführung derzeit nicht.

2.7 Kreishallenbad Weilburg GmbH



Unternehmensportrait

Adresse:	Bahnhofstraße, 35781 Weilburg	
Homepage:	www.kreishallenbad-weilburg.de	
Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung	
Gesellschafter:	Landkreis Limburg-Weilburg	100 %
Stammkapital:	25.564,59 Euro	
Gründungsjahr:	27. März 1981	
Beteiligungen:	Hallenbad Diez-Limburg GmbH	25 %

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Das Kreishallenbad Weilburg ist durch die Schließung verschiedener Bäder nunmehr das einzige öffentliche Hallenbad im Landkreis Limburg-Weilburg. Das Kreishallenbad hat dadurch eine zentrale Aufgabe in den Bereichen des Sports und der Freizeitgestaltung. Außerdem dient es dem Landkreis Limburg-Weilburg als Schulträger zur Erteilung des lehrplanmäßigen Schwimmunterrichts.

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb des Kreishallenbades Weilburg. Weiterhin ist Gegenstand des Unternehmens der Bau und die Unterhaltung von Photovoltaikanlagen.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung	Thorsten Roth (seit 1. August 2015) Gerhard Bill (bis 31. Juli 2015)	
Gesellschafterversammlung	Manfred Michel, Landrat Ruprecht Keller Heinz-Jürgen Deuster Karl Heinz Stoll	Vorsitzender

Bezüge

Die Geschäftsführer haben im Jahr 2015 Gesamtbezüge in Höhe von 3.900 Euro erhalten.

Unternehmensdaten

Bilanz

Aktiva	2015 in €	2014 in €	2013 in €
Sachanlagen	1.517.483,26	988.374,51	1.589.337,16
Finanzanlagen	6.975.412,53	6.975.412,53	6.975.412,53
Anlagevermögen	8.492.895,79	7.963.787,04	8.564.749,69
Vorräte	0,00	361,62	361,62
Forderungen und sonst. Vermögensgegenstände	636.074,88	588.437,93	576.502,89
Kassenbestand	2,93	293.155,19	165.241,67
Umlaufvermögen	636.077,81	881.954,74	742.106,18
Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	6.111,32	6.666,89
SUMME AKTIVA	9.128.973,60	8.851.853,10	9.313.522,76
Passiva	2015 in €	2014 in €	2013 in €
Gezeichnetes Kapital	25.564,59	25.564,59	25.564,59
Kapitalrücklagen	585.922,86	585.922,86	585.922,86
Gewinn-/Verlustvortrag	4.164.377,23	4.514.422,63	4.105.661,59
Jahresüberschuss	244.380,99	-350.045,40	408.761,04
Eigenkapital	5.020.245,67	4.775.864,68	5.125.910,08
Sonderposten Investitionszuschüsse	700.000,00	50.000,00	0,00
Rückstellungen	15.476,48	12.195,00	12.069,00
Verbindlichkeiten	3.393.251,45	3.563.793,42	4.175.543,68
SUMME PASSIVA	9.128.973,60	8.851.853,10	9.313.522,76

Gewinn- und Verlustrechnung	2015 in €	2014 in €	2013 in €
+ Umsatzerlöse	141.085,49	193.646,66	204.284,82
- Materialaufwand	78.955,41	137.485,61	144.151,74
- Personalaufwand	205.640,93	267.433,11	256.521,63
- Abschreibungen	58.590,50	699.934,20	77.000,50
- Sonstige betriebliche Aufwendungen	101.898,72	78.009,54	51.799,51
+ Erträge aus Beteiligungen	908.193,00	908.193,00	1.032.037,50
+ Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	72,75	101,06	848,37
- Aufwendungen aus Verlustübernahme	249.750,00	135.300,00	134.750,00
- Zinsen und ähnliche Aufwendungen	107.219,70	134.736,94	160.805,06
- Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-2914,99	913,28	4.338,48
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	244.380,99	-350.045,40	408.761,04

Situationsbericht

Beschreibung der Geschäftstätigkeit sowie gesamtwirtschaftliche und branchenspezifische Rahmenbedingungen

Die Gesellschaft hat seit dem Jahre 1971 bis zum Ablauf des Monats Juni 2015 ein Hallenbad in Weilburg betrieben. Dieses Hallenbad wird nach Abriss neu aufgebaut. Eine Wiedereröffnung ist für Sommer/Herbst 2018 geplant. Durch die Schließung verschiedener Bäder im Landkreis ist das Kreishallenbad das einzige öffentliche Hallenbad im Landkreis Limburg-Weilburg. Somit hat es eine herausragende Stellung für den Sport und die Freizeitgestaltung. Gleichzeitig dient es dem Landkreis Limburg-Weilburg als Schulträger zur Erteilung des lehrplanmäßigen Schulunterrichts.

Im Rahmen der statischen Vorplanungen wurde im September 2014 eine Betonuntersuchung durchgeführt. Dabei wurde nicht die erwartete Chloritbelastung, sondern eine extrem starke Betonkarbonarisierung festgestellt. Die voraussichtlichen Mehrkosten aufgrund dieser Tatsache wurden auf rund 700.000,--€ geschätzt. Dabei bleibt aber immer noch ein großes Restrisiko vorhanden und die zu erwartende Nutzungsdauer des Gebäudes ist weitaus geringer als bei einem Neubau. Daraufhin hat die Gesellschafterversammlung in ihrer Sitzung am 27.11.2014 beschlossen, das Gebäude abzureißen und aufgrund der bis dahin durchgeführten Planungen neu aufzubauen. Die Planungen mussten aktualisiert und den neuen Gegebenheiten angepasst werden. Der Bauantrag zum Abriss des Gebäudes wurde Anfang April 2015 gestellt.

Das Kreishallenbad wurde am 30.06.2015 geschlossen.

Wesentliche Entwicklungen im abgelaufenen Wirtschaftsjahr

Die Besucherzahlen sind im Jahr 2015 mit rund 27.500 zu beziffern. Das liegt zum einen an den geringeren Schülerzahlen bei der Erteilung des lehrplanmäßigen Schwimmunterrichts, zum anderen haben sich einzelne Sportgruppen und die sonstigen Benutzer nach Alternativen während der Schließung umgesehen. Weiterhin ist hier zu berücksichtigen, dass das Bad mit Ablauf des Monats Juni 2015 wegen geplantem Neuaufbau geschlossen wurde.

Das Jahresergebnis 2015 weist einen Gewinn in Höhe von rund 244.400,--€ aus. Das Hallenbad wurde zum 30. Juni 2015 geschlossen. Seither erzielt die Gesellschaft nur mehr Umsatzerlöse aus den Einspeisevergütungen der Photovoltaikanlagen. Diese erzielten gegenüber dem Vorjahr um TEUR 5 höhere Erlöse.

Die Entwicklung des abgelaufenen Geschäftsjahres wird von der Geschäftsleitung grundsätzlich als positiv angesehen.

Darstellung der Vermögenslage

Die Bilanzsumme hat sich im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 277 auf TEUR 9.129 erhöht. Das Anlagevermögen entspricht 93% der Bilanzsumme. Im Geschäftsjahr wurde ein Gewinn von TEUR 244 erzielt. Bedingt durch den Jahresgewinn erhöhte sich das Eigenkapital auf TEUR 5.020. Die Eigenkapitalquote beträgt damit 55 %. (Vorjahr 54%). Das Anlagevermögen ist zum Jahresende ausreichend langfristig finanziert.

Kennzahlen

Zur Analyse der Ertragslage der Gesellschaft wurden die folgenden Rentabilitätskennzahlen und Aufwandsstrukturkennzahlen ermittelt:

Kennzahl	Kennzahldefinition	2015	2014	2013
Umsatzrentabilität	= Betriebsergebnis/Umsatzerlöse	-215,6	-158,8	-158,8
Abschreibungsquote	= Abschreibungen/Umsatzerlöse	41,8	360,8	37,7
Personalquote	= Personalaufwand/Umsatzerlöse	145,4	137,6	125,8

Darstellung der Finanzlage (in TEUR)	2015	2014	2013
1. Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	-937	-828	+265
2. Cashflow aus der Investitionstätigkeit	289	809	-32
3. Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-937	147	-202
4. Zahlungsw. Veränderung des Finanzmittelfonds	-769	128	+31
5. Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	293	165	134
6. Finanzmittelfonds am Ende der Periode	-476	293	165

Darstellung der voraussichtlichen Entwicklung

Die Hallenbad Weilburg GmbH geht von einer rund zweijährigen Bauzeit aus. Erkennbare Störfaktoren liegen derzeit nicht mehr vor. Während der Zeit der Bauphase erzielt die Kreishallenbad Weilburg GmbH logischerweise aus dem Betrieb des Hallenbades keine Umsatzerlöse. Umsatzerlöse werden in dieser Zeit lediglich durch die Photovoltaikanlagen der GmbH und aus dem Aktiendepot der SüwAG erzielt.

Beim Neuaufbau des Kreishallenbades ist mit einer Gesamtinvestition in Höhe von rund 10,25 Mio. € netto zu rechnen (Baukosten, Baunebenkosten, BAUZEITZINSEN7Puffer9. Durch Zuschüsse öffentlicher Träger, wie zum Beispiel das Land Hessen, entsteht ein Finanzierungsbedarf von rund 9 Mio. €. Entsprechende Kreditverhandlungen stehen kurz vor einem positiven Abschluss.

Ergebnisprognose

Im Jahr 2015 haben wir einen Jahresüberschuss in Höhe von 244.000,- € erzielt. Für das Jahr 2016 gehen wir von einem Jahresüberschuss in Höhe von etwa 500.000 Euro aus, da in diesem Jahr die Personal- und Betriebskosten (bis auf die Aufwandsentschädigung des Geschäftsführers) komplett entfallen.

Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung

Ein umfassendes dokumentiertes Risikofrüherkennungssystem ist nicht eingerichtet. Die installierten Planungs- und Steuerungsmaßnahmen sehen wir aber als ausreichend an, um auf entstehende Risiken reagieren zu können. Die Ertragslage der Gesellschaft bleibt wesentlich durch die zufließenden Beteiligungserträge bestimmt. Diese Beteiligungserträge werden im Jahr 2016 zumindest in gleicher Höhe erwartet. Inwieweit hier Änderungen in der Zukunft zu erwarten sind, bleibt abzuwarten. Die SüwAG geht zumindest in ihrer mittelfristigen Planung von einer kontinuierlichen Ausschüttung aus. Durch den Neuaufbau und die damit einhergehenden gesteigerte Attraktivität des Hallenbades sieht die Gesellschaft große Chancen, dass sich die

finanzielle Entwicklung steigern wird und so ein Überschuss weiterhin gewährleistet ist.

Sonstige Angaben

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres im Sinne des § 289 Abs. 2 Nr. 1 HGB sind nicht eingetreten.

2.8 Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH



Unternehmensportrait

Adresse:	Am Steinbühl 2, 35781 Weilburg		
Homepage:	www.krankenhaus-weilburg.de		
Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung		
Gesellschafter:	Landkreis Limburg-Weilburg		100 %
Stammkapital:	100.000 Euro		
Gründungsjahr:	2005		
Gesellsch.-vertrag:	9. Dezember 2011		
Beteiligungen:	Seniorenzentrum Fellersborn		100,00 %
	KSB-Klinik Betriebe GmbH	25.000,00 Euro	100,00 %
	Clinicpartner eG		

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Zweck der Gesellschaft ist die Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege durch bedarfs- und leistungsgerechte sowie wohnortnahe Versorgung der Bevölkerung mit ambulanten und stationären Krankenhausleistungen.

Darüber hinaus ist Zweck der Gesellschaft der Betrieb von Heimen und Einrichtungen der Altenhilfe, die ambulante, teilstationäre und stationäre Pflege von alten Menschen einschließlich deren sozialen und kulturellen Betreuung sowie das Angebot von Wohnmöglichkeiten nach den Grundsätzen der Altenhilfe.

Gegenstand des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb des Kreiskrankenhauses Weilburg gGmbH und der Betrieb des Seniorenzentrums Fellersborn in Löhnberg.

Die Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH betreibt das Kreiskrankenhaus Weilburg und ab 1. Dezember 2009 das Seniorenzentrum Fellersborn in Löhnberg. Das Kreiskrankenhaus Weilburg ist mit 181 Betten im Krankenhausplan des Landes Hessen als Haus der Grund- und Regelversorgung ausgewiesen. Ferner ist eine Krankenpflegeschule mit 46 Ausbildungsplätzen angegliedert. Das Seniorenzentrum Fellersborn verfügt über 48 vollstationäre Plätze incl. 2 Plätze für Kurzzeitpflege.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung:	Herr Peter Schermuly		
Aufsichtsrat:	Landrat Manfred Michel		Vorsitzender
	Helmut Jung, Erster Kreisbeigeordneter		stv. Vorsitzender
	Joachim Veyhelmann, Beamter / MdL		
	Dr. Ruth Kittler, Ärztin		

Dr. Hans Christoph Noack, Arzt
Dr. Frank Schmidt, Bürgermeister
Robert Becker, Bürgermeister a.D.
Günter Henche (Betriebsrat), Betriebsratsvorsitzender
Renate Michel (Betriebsrat), Lehrerin für Pflegeberufe
Peter Hoffmann (Betriebsrat) Technischer Leiter

Gesellschafter-
versammlung: Landrat Manfred Michel Vorsitzender
Helmut Jung, Erster Kreisbeigeordneter stv. Vorsitzender
Johannes Hanisch, Dipl. Kaufmann
Andreas Hofmeister, MdL
Sabine Häuser-Eltgen, Juristin
Christian Radkovsky, Student
Peter Rompf, Regierungsangestellter

Bezüge:

Es wurden keine Bezüge für den Aufsichtsrat gezahlt.

Für die Teilnahme an den Aufsichtsratssitzungen wurden Sitzungsgelder und Fahrtkosten von insgesamt 513,70 Euro erstattet.

Zu den Angaben der Vergütungen für die Geschäftsführung wird von der Befreiungsvorschrift nach § 286 Abs. 4 HGB Gebrauch gemacht.

Unternehmensdaten

Bilanz	2015 in €	2014 in €	2013 in €
Aktiva			
Anlagevermögen	14.058.566,27	14.982.495,71	15.890.384,58
Immaterielle Vermögensgegenstände	189.303,00	263.907,00	323.884,00
Beteiligungen	25.000,00	25.000,00	25.000,00
Sonstige Finanzanlagen	10.000,00	10.000,00	10.000,00
Vorräte	444.032,80	415.351,26	508.723,23
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	3.905.263,46	3.254.442,32	4.016.030,02
Kassenbestand/Guthaben bei KI	44.407,68	402.541,36	131.442,68
Rechnungsabgrenzungsposten	15.856,61	15.447,88	15.160,05
SUMME AKTIVA	18.692.429,82	19.369.185,53	20.920.624,56
Passiva	2015 in €	2014 in €	2013 in €
Gezeichnetes Kapital	100.000,00	100.000,00	100.000,00
Kapitalrücklagen	2.355.912,25	2.379.580,25	2.403.248,25
Freie- / Gewinnrücklagen	65.666,00	65.666,00	65.666,00
Gewinn-/Verlustvortrag	-548.376,66	-201.444,32	-9.340,06
Jahresfehlbetrag (-)/Jahresüberschuss	-478.323,20	-346.932,34	-192.104,26
Eigenkapital	1.494.878,39	1.996.869,59	2.367.469,93
Sonderposten aus Zuweisungen	9.892.676,00	10.613.009,00	11.345.765,00
Rückstellungen	2.569.359,95	2.899.238,43	2.894.908,59
Verbindlichkeiten	4.540.360,95	3.612.652,98	4.012.804,51
Ausgleichsposten aus Darlehensförderung	195.154,53	247.415,53	299.676,53
SUMME PASSIVA	18.692.429,82	19.369.185,53	20.920.624,56

Gewinn- und Verlustrechnung	2015 in €	2014 in €	2013 in €
Umsatzerlöse	26.743.970,71	26.611.618,85	25.768.482,00
Verminderung d. Bestandes an unfertigen Leistungen	9.479,61	-94.927,99	54.389,28
Sonstige betriebliche Erträge	3.650.560,64	4.448.159,18	3.197.825,50
	30.404.010,96	30.964.850,04	29.020.696,98
- Personalaufwand	19.277.099,21	19.309.700,73	17.734.980,89
- Materialaufwand	7.162.760,43	6.970.592,35	7.018.018,63
Zwischenergebnis	3.964.151,32	4.684.556,96	4.267.697,46
- Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	1.424.025,63	1.429.920,31	1.420.439,71
- Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.894.189,70	3.482.476,91	2.927.571,58
Zwischenergebnis	-354.064,01	-22.840,26	-80.313,83
+ sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	497,59	1.527,03	2.762,35
- Zinsen und ähnliche Aufwendungen	92.308,61	98.588,80	106.051,29
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-445.875,03	-324.902,03	-183.602,77
- Steuern vom Einkommen und Ertrag	31.468,00	20.950,00	7.436,28
- Steuern	980,17	1.080,31	1.065,21
Jahresfehlbetrag/-überschuss	-478.323,20	-346.932,34	-192.104,26

Geschäftsverlauf

Entwicklung von Krankenhäusern im Gesundheitswesen

Das deutsche Gesundheitswesen im Krankenhausbereich wird weiterhin durch die politischen Rahmenbedingungen zu permanenten Veränderungen motiviert. Der wirtschaftliche Druck wächst ständig. Das Vergütungssystem und die Versuche der Politik, die starren Grenzen zwischen der ambulanten und stationären Versorgung der Patienten abzubauen, führen zu Herausforderungen, denen sich die Krankenhäuser in Zukunft stellen müssen.

Der Krankenhausmarkt ist ferner durch Konsolidierungen und Spezialisierungen der Fachabteilungen auf bestimmte Krankheitsbilder ausgerichtet. Prognosen zur Leistungs- und Umsatzentwicklung für Folgejahre gestalten sich schwierig, da der stationäre Leistungsbereich durch das fallpauschalenorientierte Abrechnungssystem einer jährlichen Anpassung unterliegt. Weitere Unsicherheiten ergeben sich durch anhaltende Verschiebungen vom stationären in den ambulanten Leistungsbereich.

Durch die Kostenträger werden zunehmend Nachweise zu definierten Struktur-, Prozess- und Ergebnisqualitätsmerkmalen abgefordert. Hieraus erwächst die Schwierigkeit, diesen Anforderungen zu entsprechen. Das DRG-System hat sich etabliert und bietet den Kliniken sowohl Chancen als auch Risiken. In der jährlichen Neubewertung der Bewertungsrelationen ist bereits seit Jahren ein Trend zu beobachten, dass Fälle der Grund- und Regelversorgung abgewertet und hochspezialisierte Behandlungen aufgewertet werden. Dies stellt für das Kreiskrankenhaus eine zusätzliche Belastung dar, da sich bei gleicher Patientenstruktur die Einnahmen reduzieren und auf der anderen Seite die kostenintensive Notfallversorgung nicht adäquat abgebildet ist und vergütet wird. In Hessen hat es diesbezüglich in den zurückliegenden Jahren mehr vereinbarte Fälle zwischen Krankenhäusern und Kostenträgern gegeben als sich tatsächlich ergeben hatten. Dies führt aktuell zu einer deutlich geringeren Steigerung des Landesbasisfallwertes und verschärft die Situation der Hessischen Kliniken daher noch besonders.

Personalkosten- und Sachkostensteigerungen lassen sich nicht mehr ohne weiteres mit den möglichen Erlössteigerungen auffangen. Viele deutsche Krankenhäuser stehen somit in einer Unterfinanzierung und können die Verpflichtungen der allgemeinen Daseinsvorsorge nicht mehr vollumfänglich wahrnehmen.

Neben den allgemeinen Preisentwicklungen stehen die Krankenhäuser besonders auch wegen der rasanten Entwicklung bei den medizinisch-technischen Möglichkeiten und damit einhergehenden steigenden Ansprüchen an die medizinische Versorgung in der Bevölkerung stark unter Druck. Hinzu kommt der demografische Wandel einer älter werdenden Gesellschaft.

Bund und Länder planen weitreichende Änderungen in der Finanzierung der Krankenhäuser und Verbesserungen in der Behandlungsqualität für die Patienten. In Hessen ist ab 2016 zudem eine Pauschalierung der Fördermittel für Baumaßnahmen vorgesehen. Klinikplanung und Bezahlung sollen sich an der Qualität ausrichten.

Eckdaten der Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH

Die Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH betreibt das Kreiskrankenhaus Weilburg und ab 1. Dezember 2009 das Seniorenzentrum Fellersborn in Löhnberg.

Das Kreiskrankenhaus Weilburg ist im Krankenhausplan des Landes Hessen ausgewiesen und nimmt an der unabdingbaren Notfallversorgung teil.

Das Kreiskrankenhaus Weilburg verfügt über folgende Fachabteilungen:

- Allgemein-/ Viszeralchirurgie/ Proktologie
- Orthopädie/ Unfallchirurgie
- Innere Medizin
- Klinische Geriatrie

Es wird eine geriatrische Tagesklinik mit 10 Betten betrieben.

Ferner ist eine Krankenpflegeschule mit 45 Ausbildungsplätzen angegliedert.

Das Seniorenzentrum Fellersborn verfügt über 48 vollstationäre Plätze incl. 2 Plätze für Kurzzeitpflege.

Pflegesatzverfahren

Am 28. September 2015 wurde mit den Kostenträgern eine Vereinbarung für das Jahr 2015 verhandelt und in einem Ergebnisprotokoll festgehalten, die Entgeltvereinbarung wurde von den Vertragsparteien unterschrieben. Die Genehmigung durch das Landesversorgungsamt Hessen liegt vor.

Das Krankenhaus und die Kostenträger vereinbarten für das Geschäftsjahr folgende Werte:

	Vereinbart 2015	Ist-Ergebnis 2015	Ist-Ergebnis 2014
Fallzahl DRG	6.220	6.132	6.107
Summe effektiver Bewertungsrelation	6.940,00	6.804,865	6.873,60
CMI	1,116	1,110	1,126
Teilstationäre Fallzahl	141	143	136
Teilstationäre Abrechnungstage	1.760	1.496	1.541

Umsatzentwicklung der Belegungszahlen und Nutzungsgrade

Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH:

	2015	2014	2013
Behandelte Patienten (stationär*)	6.132,0	6.107,0	6.135,5
Belegungstage	45.338	46.380	46.669
Durchschnittl. Verweildauer(Tage) (ohne Verlegung innerh. des Hauses)	7,39	7,59	7,61
Nutzungsgrad (%)	68,44	70,20	70,64
Planbetten	181	181	181
Durchschnittlich belegte Betten	123,88	127,07	127,86

Seniorenzentrum Fellersborn:

47,14 Bewohner (durchschnittlich) 17.205 Pflage tage

Investitionen

Es wurden Investitionen in Höhe von TEUR 446 getätigt. Diese beinhalten im Wesentlichen TEUR 334 für medizinische Ausstattung sowie TEUR 41 für Investitionen im Wirtschafts- und Verwaltungsbereich, TEUR 26 für Brandschutzmaßnahmen, TEUR 12 für die Einrichtung und Ausstattung Seniorenzentrum Fellersborn, TEUR 12 für Softwarelizenzen sowie den Umbau Erdgeschoss/ 1. Obergeschoss in Höhe von TEUR 11 und TEUR 1 für Ausstattung der Ausbildungsstätte.

Personal- und Sozialbereich

Die durchschnittliche personelle Besetzung (Vollkräfte) stellt sich wie folgt dar:

	2015	2014	2013
Teilbereich Krankenhaus	262,95	267,89	262,89
Teilbereich Seniorenzentrum	20,04	19,82	18,78
Gesamt	282,99	287,71	281,67

Wichtige Vorgänge des Geschäftsjahres

In der Chirurgischen Abteilung fand zum 1. April 2015 ein Chefarztwechsel statt. Der Schwerpunkt liegt hier in der Viszeralchirurgie und Proktologie.

Vermögenslage und Finanzlage

Das Anlagevermögen ist in Höhe von 92,1% (2014: 95,6 %) durch lang- und mittelfristiges Vermögen bestehend aus Eigenkapital, Sonderposten und Darlehen gedeckt.

Die Vorräte beinhalten Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe 156,3 TEUR (Vorjahr 137,0 TEUR) sowie DRG-Überlieger 287,7 TEUR (Vorjahr 278,3 TEUR).

Die Forderungen nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht erhöhten sich um TEUR 44,9 auf TEUR 239,1. Diese beinhalten die Forderungen nach dem Krankenhausentgeltgesetz in Höhe von TEUR 158,6, die Restforderung an den Ausbildungsfonds gemäß § 17a KHG in Höhe von TEUR 32,5 sowie eine Forderung Umbau/Brandschutz Unter- und Rohrgeschoss in Höhe von TEUR 48,0. Der Bestand der flüssigen Mittel betrug TEUR 44,4.

Das Eigenkapital hat sich durch den Jahresfehlbetrag des Geschäftsjahres und durch den Ausgleichsposten für Eigenmittelförderung um TEUR 502,0 verringert, die Eigenkapitalquote beträgt 8,00 %.

Die Verbindlichkeiten enthalten 1.765,0 TEUR langfristige Darlehen und Verbindlichkeiten nach Krankenhausfinanzierungsrecht 388,2 TEUR.

Aufwands- und Ertragslage

Das laufende Betriebsergebnis beträgt TEUR- 602. (Vorjahr TEUR- 749). Das neutrale Ergebnis beträgt TEUR 124 (Vorjahr TEUR 402).

Die Personalkostenquote beträgt 71,8 % sowie die Materialaufwandquote 26,8 % des Umsatzes.

Der Jahresfehlbetrag in Höhe von TEUR -478,3 setzt sich zusammen aus dem Jahresfehlbetrag des Krankenhauses von TEUR -479,7 und dem Jahresüberschuss von TEUR 1,4 des Seniorenzentrums Fellersborn.

Vergleich der Prognose und tatsächlichen Entwicklung

Die Prognose für das Jahr 2015 im Wirtschaftsplan (geplanter Jahresfehlbetrag TEUR -837) wurde durch höhere sonstige betriebliche Erträge sowie geringere Personal- und Materialaufwendungen (insbesondere Energie- und Instandhaltungskosten) positiv beeinflusst. Der tatsächliche Jahresfehlbetrag beträgt TEUR -478,3.

Wesentliche Risiken der künftigen Entwicklung

Die durch den Bundesgesetzgeber vorgegebenen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen belasten weiterhin die entsprechende Situation der Krankenhäuser in Deutschland. Das DRG-System hat sich nun fest etabliert und bietet den Kliniken sowohl Chancen als auch Risiken. Es ist ein zunehmender Wettbewerb in den letzten Jahren ebenso zu beobachten wie eine weitere massive Verweildauerverkürzung. Gleichzeitig findet man neben einem rasanten technologischen Fortschritt eine deutliche Zunahme pflegebedürftiger und multimorbider Patienten. Der Krankenhaussektor wird daher weiterhin durch wirtschaftliche Zwänge gekennzeichnet sein,

die für jedes Krankenhaus Effizienzsteigerungen und das Erschließen von Rationalisierungspotentialen erfordert. Insbesondere vor dem Hintergrund von steigenden Personalkosten gilt es weitere Wirtschaftlichkeitsreserven zu erschließen. Darüber hinaus entsteht eine zunehmende Notwendigkeit für Krankenhäuser ihre Marktstellung durch verstärkte Kooperation und Verbundstrukturen zu festigen.

Die Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH muss durch eine stringente Kostensenkung einerseits und einer Leistungsausweitung andererseits den wirtschaftlichen Zwängen entgegenwirken. Hierbei müssen alle Möglichkeiten im Rahmen von Umstrukturierungsmaßnahmen und Kooperationen im Sinne einer Verbesserung der Wirtschaftlichkeit ausgeschöpft werden. Die vom Gesetzgeber hierzu vorgegebenen Rahmenbedingungen belasten derzeit die Krankenhäuser schwer. So wurden die Tarifsteigerungen in den Jahren 2014 und 2015 nur teilkompensiert. Hinzu kommen gesetzliche Vorgaben im Bereich Hygiene, die mit der Einstellung von zusätzlichem Personal verbunden waren, welches ebenfalls nur zum Teil refinanziert wird. Damit bleibt es bei einer Unterfinanzierung der tariflich verursachten Personalkostensteigerungen. Eine verbesserte Erlössituation im Rahmen von Fallzahlsteigerungen können aus Sicht des Krankenhauses im orthopädischen, geriatrischen und chirurgischen Bereich erzielt werden. Hierbei wird zur Erschließung der notwendigen Belegkapazitäten unter anderem auch die weitere Kürzung von Verweildauern im Rahmen des medizinisch Vertretbaren eine Rolle spielen.

Die Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH als Mitglied des Klinikverbundes Hessen e. V., einem Zusammenschluss von 28 kommunalen hessischen Kliniken, plant eine engere Zusammenarbeit zwischen den Krankenhäusern. Gleichzeitig werden auf Beschluss der Aufsichtsgremien seitens der Geschäftsführung Gespräche mit dem St.-Vincenz-Krankenhaus in Limburg hinsichtlich einer künftigen engeren Kooperation geführt. Zielsetzung hierbei ist ein abgestimmtes Versorgungsangebot zu etablieren bei gleichzeitiger Stärkung des Klinikstandortes in Weilburg sowie das Erschließen von Synergieeffekten.

Seit dem 1. Dezember 2009 betreibt die Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH ein Alten- und Pflegeheim in Löhnberg mit 48 Plätzen incl. zweier eingestreuter Kurzzeitpflegeplätze. Das Haus wird von der Bevölkerung sehr gut angenommen und ist weiterhin voll ausgelastet. Auch das wirtschaftliche Ergebnis gestaltet sich zwischenzeitlich positiv. Synergieeffekte wirken sich positiv auf die Krankenhausbilanz aus.

Weitere Zielsetzung ist eine Leistungsausweitung in den Bereichen Orthopädie und Chirurgie, was auf Basis der Leistungsdaten 2013 und 2014 realistisch erscheint. Insbesondere die geplanten Zertifizierungen zum Endoprothetikzentrum sowie Alterstraumatologie sollen dieses Ziel unterstützen. Darüber hinaus wurde mit den Kostenträgern der Betrieb einer geriatrischen Tagesklinik mit 10 tagesklinischen Plätzen verhandelt. Die Abteilung Orthopädie erhielt im Dezember 2012 die Zulassung zum stationären Verletztenartenverfahren der Berufsgenossenschaften.

Die Budgetsicherheit ist nach heutiger Gesetzeslage den Krankenhäusern auch für die nächsten Jahre gegeben. Daher wird es im Sinne einer Standortsicherung im Wesentlichen darauf ankommen, ob es gelingt, die derzeitigen Kosten unter Berücksichtigung der Leistungszahlen zu senken und die Erlöse zu steigern. Unter Beteiligung einer entsprechenden Organisationsberatung wurden die Abläufe im Medizincontrolling im Sinne einer Fallsteuerung mit Beginn bei Aufnahme sowie beim Ent-

lassungsmanagement optimiert. Gleichzeitig hat der weitere Ausbau von Kooperationen mit den Nachbarkliniken unter anderem zur Erzielung von Synergieeffekten oberste Priorität. Die o. a. Risiken sind durch entsprechende Maßnahmen ausreichend abgefangen und befinden sich daher unter Kontrolle der Geschäftsführung. Zu den entsprechenden Maßnahmen gehört u. a. auch ein mittlerweile etabliertes Risikomanagementsystem. Halbjährlich wird ein Risikobericht erstellt, in dem die Ergebnisse der Risikoanalyse und –bewertung zusammengefasst sind.

Weitere Risiken der künftigen Entwicklung - insbesondere bestandsgefährdende Risiken - bestehen u. E. nicht.

Die Liquidität ist durch die Bürgschaft des Gesellschafters in Höhe von 4 Millionen Euro gesichert.

Berichterstattung nach § 289 Abs. 2 HGB

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres

Es ist geplant, die Station der ehemaligen Gynäkologie I Geburtshilfe im 1. Obergeschoss sowie die Eingangshalle im Jahre 2015 beginnend zu sanieren. Fördermittel hierzu wurden bereits beantragt.

Voraussichtliche Entwicklung

Für das Geschäftsjahr 2016 wird eine deutliche Leistungssteigerung insbesondere in der chirurgischen Abteilung mit dem neuen Chefarzt ab dem 1. April 2015 sowie eine signifikante Kostensenkung angestrebt, im Personalbereich natürlich unter Beachtung der notwendigen Mindestbesetzungsvorgaben sowie auf der Grundlage der gesetzlich vorgegebenen Finanzierungsaspekte.

Für das Geschäftsjahr 2016 wird ein verbessertes Ergebnis als in 2015 in Abhängigkeit von den gesundheitspolitischen Rahmenbedingungen erwartet.

2.9 Verkehrsgesellschaft Lahn-Dill-Weil mbH



Unternehmensportrait

Adresse: Karl-Kellner-Ring 49, 35576 Wetzlar

Homepage: www.vldw.de

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Gesellschafter:

Landkreis Limburg-Weilburg	12.500 Euro	9,6153 %
Lahn-Dill-Kreis	12.500 Euro	9,6153 %
42 Städte und Gemeinden	mit je 2.500 Euro	je 1,92 %

Stammkapital: 130.000 Euro

Gründungsjahr: 22. Dezember 2000

Gesell.-vertrag: Letzte Fassung vom 1. Juni 2011

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Gesellschaft hat die Aufgabe, den ÖPNV flächendeckend und bedarfsgerecht nach einheitlichen und verkehrswirtschaftlichen Gesichtspunkten sicherzustellen. Über die Schnittstelle im Verbund mit dem RMV und anderen Nahverkehrsunternehmen wird Mobilität auch über die Kreisgrenzen hinaus geboten und verbessert.

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Einrichtung und Durchführung von Verkehren des öffentlichen Personennahverkehrs zur bedarfs- und standortgerechten Bedienung unter Berücksichtigung der zwischen den Gesellschaftern vorhandenen engen wirtschaftlichen Verflechtungen und kreisübergreifenden Verkehren

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung Kira Lampe, Wetzlar
Dirk Plate, Weilmünster

Aufsichtsrat: Manfred Michel, Landrat, Limburg
Heinz Schreiber, Erster KB
Wolfgang Schuster, Landrat, Wetzlar (in Vertr. durch Hr. Schreiber)
Michael Lotz, Bürgermeister, Dillenburg
Hans-Peter Stock, Bürgermeister, Schöffengrund
Bernd Heine, Bürgermeister, Waldsolms
Michael Ruoff, Bürgermeister, Hadamar
Wolfgang Erk, Bürgermeister, Bad Camberg

Vorsitzender
stellv. Vorsitzender

Michael Stanke, Erster Stadtrat, Limburg
Eckhardt Förster, Bürgermeister a. D., Herborn
Peter Trottmann, Schornsteinfegermeister, Dornburg
Hans Benner, Bürgermeister, Herborn
Hans-Peter Schick, Bürgermeister, Weilburg

Gesellschafter- gesamt 52 Stimmanteile
versammlung: u.a. Christian Radkovsky

Bezüge

Die Angabe der Vergütung für die Geschäftsführung unterbleibt. Von der Befreiungsvorschrift nach § 286 Abs. 4 HGB wird Gebrauch gemacht.

Unternehmensdaten

Bilanz			
Aktiva	2015 in €	2014 in €	2013 in €
Immaterielle Vermögensgegenstände	1.627,00	6.603,00	12.162,00
Grundstücke, Bauten	8.282,00	10.197,00	12.078,00
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	145.548,00	146.265,00	165.638,00
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände:			
- aus Lieferungen und Leistungen	438.714,05	105.215,78	1.541.102,59
- gegen Gesellschafter	117.507,24	106.169,23	1.457.314,60
sonstige Vermögensgegenstände	962.329,97	678.080,71	976.301,53
Kassenbestand	16.824.380,39	15.044.288,85	8.805.484,75
Rechnungsabgrenzungsposten	606,84	331,84	288,84
SUMME AKTIVA	18.498.995,49	16.097.151,41	12.970.370,31
Passiva	2015 in €	2014 in €	2013 in €
gez. Kapital	130.000,00	130.000,00	130.000,00
Kapitalrücklage	7.493.122,15	7.493.122,15	7.493.122,15
Gewinnvortrag	1.703.132,01	-495.992,59	-2.283.240,70
Jahresfehlbetrag/Jahresüberschuss	2.078.246,11	2.199.124,60	1.787.248,11
Sonderposten für Investitionszuschüsse	63.953,00	72.038,00	82.584,00
Sonstige Rückstellungen	1.828.165,00	1.879.362,25	1.597.877,72
Verbindlichkeiten	280.457,69	333.532,88	492.036,57
Rechnungsabgrenzungsposten	4.921.919,53	4.485.964,12	3.670.742,46
SUMME PASSIVA	18.498.995,49	16.097.151,41	12.970.370,31

Gewinn- und Verlustrechnung	2015 in €	2014 in €	2013 in €
Umsatzerlöse	13.111.946,24	13.010.521,02	13.415.130,08
+ sonstige betriebliche Erträge	8.859.681,25	8.773.192,59	8.093.582,51
- Aufwendungen für bezogene Leistungen	18.227.616,66	17.930.811,18	18.270.809,28
Rohergebnis	3.744.010,83	3.943.902,43	3.237.903,31
- Personalaufwand Löhne und Gehälter	890.043,05	862.720,06	813.062,39
- Soziale Abgaben u. Aufw., Altersvorsorge	246.006,26	244.268,94	247.974,10
Abschreibungen auf Sachanlagen	31.402,91	111.681,26	39.193,65
- sonstige betriebliche Aufwendungen	501.258,04	484.476,41	380.937,13
+ sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	8.067,54	50.708,84	77.476,07
- Zinsen und ähnliche Aufwendungen	4.367,00	654,00	46.308,00
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	2.079.001,11	2.199.810,60	1.787.904,11
Steuern vom Einkommen und Ertrag	0,00	0,00	0,00
Sonstige Steuern	755,00	686,00	656,00
Jahresfehlbetrag/-überschuss	2.078.246,11	2.199.124,60	1.787.248,11

Situationsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenspezifische Rahmenbedingungen

Für 2015 ist zumindest Klarheit in der ÖPNV Finanzierung auf Bundesebene zu verzeichnen. Allerdings steht eine Entscheidung über die neu abzuschließende Finanzierungsvereinbarung mit dem Land Hessen noch aus.

Auf Bundesebene sind die bisherigen Regelungen des Regionalisierungsgesetzes (RegH) Ende 2014 ausgelaufen. Am 24. September 2015 haben sich die Bundesländer und der Bund, im Rahmen eines Gesamtpaketes zu finanzieller Entlassung der Bundesländer, bei der Flüchtlingsunterbringung auf Eckpunkte zur Fortsetzung des RegG ab dem Jahr 2016 verständigt. Auf Basis der verabredeten Eckpunkte hat der Vermittlungsausschuss am 14. Oktober 2015 eine Beschlussempfehlung unterbreitet, dem der Bundestag und Bundesrat abschließend zugestimmt haben. Nun kann die Neuregelung der Regionalisierungsmittel mit folgenden Festlegungen in Kraft treten:

Laufzeit von 2015 bis 2031:

- Fortsetzung der bestehenden Regelungen im Jahr 2015 gemäß Gesetzesentwurf der Bundesregierung vom 29. Dezember 2014 mit 7,408 Mrd. EUR
- Sockelbetrag im Jahr 2016 in Höhe von 8 Mrd. EUR
- Dynamisierungsrate ab dem Jahr 2017 in Höhe von 1,8% p.a.
- Begrenzung der Situations- und Trassengelte im SPNV der bundeseigenen EIU nach Maßgabe des Eisenbahnregulierungsrechts
- Verwendungsnachweis gemäß Anlage zu § 6 Abs. 2 der Länder an den Bund und jährlicher, öffentlicher Gesamtbericht der Bundesregierung an den Bundestag
- Die Länder erhalten über die Laufzeit der Neuregelung insgesamt 154 Mrd. EUR an Regionalisierungsmittel aus dem Bundeshaushalt, die weiterhin zweckgebunden für den SPNV und ÖPNV verwendet werden müssen.

Seitens des Verbundes wurde bereits angekündigt, dass die derzeit zur Verfügung stehenden Mittel für die Zukunft weiterhin nicht ausreichend sein werden, um auch

nur den Bestand an Leistung finanzieren zu können. Sollte hier keine zusätzlichen Mittel bereitgestellt werden, drohen auf längere Sicht Abbestellungen. Darüber hinaus kann man keine Aussage zu den Auswirkungen der neuen Verbunderhebung im Verlauf im Gebiet des RMV getroffen werden. Hier wird mit ersten Ergebnissen im Verlauf des Jahres 2016 gerechnet.

Zusammenfassend besteht insgesamt weiterhin eine Schieflage in der Finanzierung des ÖPNV, die auch durch stärkere Nutzungsfinanzierung dauerhaft nicht komplett aufgefangen werden kann.

Nicht endgültig abzuschätzen ist die Kostenentwicklung im Bereich „Personal“ in der ÖPNV Branche. Die Umsetzung des LHO-Tarifes (LHO: Landesverband Hessischer Omnibusunternehmer) in die Verkehrs-Service-Verträge erfolgt über Preisindizes des statistischen Verkehrs-Service-Verträge erfolgt über Preisindizes des statischen Bundesamtes. Durch die Entwicklung (Stichwort: Nachwuchssorgen) auch in dieser Branche wird hier mittel- bis langfristig über den Tarif eine größere Steigerung der Kosten als bisher zu erwarten sein. Eine Entspannung kann demgegenüber zurzeit in den Indizes der Dynamisierung der Kraftstoffkosten festgestellt werden.

Wesentliche Entwicklungen im abgelaufenen Geschäftsjahr

Der Jahresüberschuss der VLWD beträgt für das Geschäftsjahr 2015 TEUR 2.078 (Vorjahr: Jahresüberschuss TEUR 2.199) und ist damit um TEUR 121 gesunken. Zu beachten ist hierbei, dass durch die Entwicklung der Dynamisierung im Kraftstoffbereich im Jahr 2015 ein zweistelliger prozentualer Rückgang zu verzeichnen ist, darüber hinaus haben unterjährig die Gesellschafter Lahn-Dill-Kreis und Landkreis Limburg-Weilburg bereits Umlagezahlungen auf das zu erwartende Defizit getätigt. Werden die genannten Umlagezahlungen nicht berücksichtigt, ergab sich in 2015 ein Jahresfehlbetrag von TEUR 3.698.

Darstellung der voraussichtlichen Entwicklungen und Chancen

Es ist für die nächsten Jahre damit zu rechnen, dass auf Grund knapper Finanzierungsmittel für den ÖPNV die Finanzsituation schwierig bleibt. Es bleibt diesbezüglich abzuwarten, wie sich die Verhandlungen zur neuen Finanzierungsvereinbarung mit dem Land Hessen entwickeln. Es gilt daher den Status Quo im ÖPNV Angebot zu sichern und damit eine Grundversorgung der Bevölkerung zu gewährleisten. Da die Schüler/innen die wichtigste Kundengruppe im ländlichen Raum darstellen, gilt es insbesondere den Herausforderungen einer sich wandelnden Schullandschaft sowie zurückgehender Schülerzahlen Rechnung zu tragen. Nach der Neuausschreibung von 5 Verkehrsverträgen erwartet die Gesellschaft mit der Vergabe an mittelständische Unternehmen aus der Region eine stabile Entwicklung für die nächsten Jahre.

Darstellung der Lage der Gesellschaft

In der Übersicht auf der folgenden Seite sind die Bilanzposten zum 31.12.2015 den Werten zum 31.12.2014 gegenübergestellt. Dies wesentlichen Veränderungen der einzelnen Bilanzposten sind nachfolgende erläutert_
Gegenüber dem Gesellschafter Lahn-Dill-Kreis bestanden zum 31.12.2015 Forderungen i.H.v. TEUR 112. Diese Forderungen betreffen jedoch nicht die planmäßig

vom Gesellschafter Lahn-Dill-Kreis TEUR 3.082 und vom Gesellschafter Landkreis Limburg-Weilburg TEUR 2.700 unterjährig überwiesene Umlagen, sondern übrige Schlussabrechnungen.

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen erhöhten sich von TEUR 164 in 2014 um TEUR 19 auf TEUR 183. Hauptsächlich sind hier die Abrechnungen der Verkehrs-Service-Verträge.

Die Rückstellungen enthalten im Wesentlichen Zusatzleistungen im Regionalbusverkehr (RBNV, TEUR 94) und Verkehrs-Service-Verträgen (VSV, TEUR 197) sowie rückständige Infrastrukturausgleichsleistungen (TEUR 100) und Mittel für das Einnahmeaufteilungsverfahren (EAV) 2015 (TEUR 1.202).

Die Erhöhung des passiven Abrechnungspostens (PRAP) von TEUR 4.486 in 2014 auf TEUR 4.922 in 2015 sind hauptsächlich auf die o.g. Veränderungen im Bestell- und Bezahlwesen der CleverCards des Schulwegkostenträgers Limburg-Weilburg zurückzuführen.

Ergebnisprognose für das folgende Geschäftsjahr

Der Wirtschaftsplan 2016 wurde mit TEUR 20.246 Einnahmen und TEUR 21.141 Ausgaben festgesetzt, die in voller Höhe auf den Erfolgsplan entfallen. Damit wird für das Jahr 2016 mit einem Jahresfehlbetrag von TEUR 895 gerechnet.

Hierbei muss berücksichtigt werden, dass der Gesellschafter Lahn-Dill-Kreis, analog zu dem Gesellschafter Landkreis Limburg-Weilburg mit TEUR 2.700, bereits in den Einnahmen des Erfolgsplanes mit TEUR 3.011 berücksichtigt wurde.

Risiken der voraussichtlichen Entwicklung

Auf Grund der (weiterhin) laufenden Verhandlungen mit dem Land Hessen über eine neue Finanzierungsvereinbarung für den ÖPNV bleibt ein Finanzierungsrisiko für den ÖPNV bestehen. Weiterhin ist die Verschiebung der Einnahmen hin zum Regionalverkehr, seit der letzten Verbunderhebung kritisch zu sehen, wobei zu erwarten ist, dass sich dieser Trend auch in der nächsten Verbunderhebung 2016 fortsetzen wird. Problematisch für die Zukunft muss auch die Haushaltslage der Aufgabenträger gesehen werden, da hier auch für den ÖPNV mit weiteren Einschränkungen zu rechnen ist.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres im Sinne des § 289 Abs. 2 Nr. 1 HGB, die Einfluss auf die Bilanzwerte des Jahres 2015 haben, sind nicht eingetreten.

3 Sparkassen

3.1 Kreissparkasse Limburg



Unternehmensportrait

Adresse:	Schiede 41, 65549 Limburg	
Homepage:	www.ksk-limburg.de	
Handelsregister	Amtsgericht Limburg HRA 994	
Gewährträger:	Landkreis Limburg-Weilburg	100 %
Gründungsjahr:	1908	
Beteiligungen:	Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen	1,17 %
	Helicon Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Immobilien KG	1,67 %
	Erste Hessisch-Thüringische Sparkassen-KG mbH & Co KG	2,56 %
	Zweite Hessisch-Thüringische Sparkassen-KG mbH & Co KG	0,77 %
	Dritte Hessisch-Thüringische Sparkassen-KG mbH & Co KG	1,21 %
	Hessisch-Thüringische Spk.-Beteiligungsgesellschaft mbH	1,16 %
	Deutsche Leasing AG & Co. KG	0,15 %
	Castra Grundstücksverwaltungsges. mbH & Co. KG	0,25 %
	Erwerbs-KG Beteiligung LBB	0,13 %
	Teliko GmbH	9,60 %
	Lord Zweite Filmproduktion GmbH & Co. KG	1,15 %
	Wirtschaftsförderungsgesellschaft Limburg-Diez-Weilburg	5,00 %
	Limburg Wohnungsbau-Genossenschaft eGmbH	1 Anteil
	Gemeinnütziges Wohnungsunternehmen e.G. Limburg	1 Anteil

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Zur Erfüllung des öffentlichen Zwecks hat die Sparkasse das Sparen und die übrigen Formen der Vermögensbildung zu fördern und dient der Befriedigung des örtlichen Kreditbedarfs unter besonderer Berücksichtigung der Arbeitnehmer, des Mittelstandes, der gewerblichen Wirtschaft und der öffentlichen Hand nach Maßgabe ihrer Satzung.

Gegenstand des Unternehmens:

Die Kreissparkasse Limburg ist eine mündelsichere, dem gemeinen Nutzen dienende Anstalt des öffentlichen Rechts. Die Kreissparkasse Limburg wurde im Jahr 1908 als Universalbank gegründet und besitzt eine Vollbanklizenz.

Die Sparkasse hat die Aufgabe, als dem gemeinen Nutzen dienendes Wirtschaftsunternehmen ihres Trägers, in ihrem Geschäftsgebiet geld- und kreditwirtschaftliche Leistungen zu erbringen, insbesondere Gelegenheit zur sicheren Anlage von Geldern zu geben. Sie erledigt im Interesse ihrer Kunden Dienstleistungen nach Maßgabe der Satzung. Sie fördert die kommunalen Belange insbesondere im wirtschaftlichen, regionalpolitischen, sozialen und kulturellen Bereich. Der Sparkasse obliegt darüber hinaus die Förderung des Sparens und der übrigen Formen der Vermögensbildung, die Befriedigung des örtlichen Kreditbedarfs unter besonderer Berücksichtigung der Arbeitnehmer, des Mittelstandes, der gewerblichen Wirtschaft und der öffentlichen Hand.

Organe des Unternehmens

Verwaltungsrat (15 Mitglieder, davon 5 Vertreter der Arbeitnehmer)	Manfred Michel, Landrat Dr. Norbert Zabel, Bürgermeister i.R. Lothar Blättel Wolfgang Erk Silvia Lissner Karl Heinz Marx Karl Nießler Wolfgang Sandner Dr. Frank Schmidt Wolfram Uhe	Vorsitzender stv. Vorsitzender Andreas Alfa Thomas Plückebaum Jörg Mackauer Jörg Groos Alexander Hilb
Vorstand	Patrick Ehlen Mario Rohrer	Vorstandsvorsitzender Vorstandsmitglied

Bezüge

Die Gesamtbezüge des Vorstandes belaufen sich im Jahr 2015 auf 447 TEUR.
Die Gesamtbezüge der Verwaltungsratsmitglieder betragen 58 TEUR.

Unternehmensdaten

Bilanz	2015	2014	2013
Aktiva	in TEUR	in TEUR	in TEUR
Forderungen an Kreditinstitute	20.779	108.209	164.465
Forderungen an Kunden	904.150	881.230	888.653
Wertpapiere	456.030	346.183	293.614
Übrige Aktiva	57.118	60.853	62.899
Bilanzsumme	1.438.076	1.396.475	1.409.631
Passiva	2015	2014	2013
	in TEUR	in TEUR	in TEUR
Verbindlichkeiten ggü Kreditinstituten	204.641	207.545	250.553
Verbindlichkeiten ggü Kunden	1.054.380	1.029.543	1.005.814
Verbriefte Verbindlichkeiten	9.684	6.729	7.991
Eigene Mittel	143.103	131.726	122.321
Übrige Passiva	26.268	20.932	22.953
Bilanzsumme	1.438.076	1.396.475	1.409.631
Gewinn- und Verlustrechnung	2015	2014	2013
Entwicklung der Ertragslage	in TEUR	in TEUR	in TEUR
Zinsüberschuss	35.674	34.409	34.833
+ Provisionsüberschuss	9.716	8.833	8.668
+ Nettoergebnis Finanzgeschäfte	0	0	0
- Personalaufwand	19.072	19.308	18.504
- Sachaufwand	9.703	9.990	9.776
+/-Saldo aus sonstigen betr. Erträge/Aufw.	+218	+2.034	-673
= Betriebsergebnis vor Bewertung	16.833	15.978	14.548
- Bewertung/Risikovorlage	9.663	11.233	8.112
= Betriebsergebnis nach Bewertung	7.170	4.745	6.426
- außerordentliches Ergebnis	0	0	0
- Steueraufwand	4.675	2.340	4.073
= Jahresüberschuss nach Steuern	2.495	2.405	2.353

Kennzahlen

TEUR bzw. %	2015	2014	2013
Eigenmittel gem. SolvV	141.800	126.100	132.200
Kernkapitalquote %	18,70	17,80	15,00
Gesamtkennziffer %	20,20	18,40	17,60
Eigenkapitalrentabilität %	11,60	10,90	11,20
Cost-Income-Ratio %	63,70	64,00	63,50

TEUR bzw. %	2015	2014	2013
Anzahl Girokonten	48.755	48.070	47.343
Anzahl Spar- und Termingeldkonten	43.201	44.798	48.975
Anzahl Kundendepots (Depot B)	8.765	8.893	9.117
Stiftungskapital (TEUR)			
Sparkassen-Stiftung Limburg-Weilburg	500	500	500
Stiftung der KSK Limburg zur Förderung begabter heimischer Musiker	255	255	203

Situationsbericht

Für das soziale und kulturelle Engagement der Kreissparkasse zugunsten von Vereinen, Einrichtungen und Projekten wurden im Jahr 2015 über 188 TEUR gespendet. Daneben hat die Kreissparkasse Limburg zwei Stiftungen, die Sparkassenstiftung Limburg-Weilburg (gemeinsam mit der Kreissparkasse Weilburg) und die Stiftung der Kreissparkasse Limburg zur Förderung begabter heimischer Musiker. Die Sparkassenstiftung Limburg-Weilburg setzt sich für die Förderung von Kultur, soziale Anliegen, Umwelt und Sport und Forschung/Wirtschaftsförderung im Kreis Limburg-Weilburg ein.

Im Hinblick auf den intensiven Wettbewerb in der Finanzbranche hat die Sparkasse im Geschäftsjahr 2015 ein Ergebnis erreicht, mit dem wir zufrieden sind. Auf Basis von Vertriebs-, Kosten-, Prozess- und Portfoliooptimierungen und einem höheren Zinsüberschuss konnte das Geschäftsjahr mit einem leicht höheren Jahresüberschuss gegenüber dem Vorjahr abgeschlossen werden.

Die Sparkasse ermittelt ein Bewertungsergebnis aus den Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere, aus Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft und aus den Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere.

Dieses betrug nach den gemäß §§ 340c Abs. 2 und 340f Abs. 3 HGB zulässigen Verrechnungen mit entsprechenden Erträgen insgesamt -0,8 Mio.EUR.

Nach Berücksichtigung der Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken in Höhe von 8,9 Mio. EUR (Zuführung im Vorjahr: 7,0 Mio. EUR) ergibt sich ein Bewertungsergebnis von -9,7 Mio. EUR. Damit liegen wir in etwa auf dem prognostizierten Wert und über dem Vorjahreswert von -11,2 Mio. EUR.

Das Kreditvolumen lag über den Erwartungen der Sparkasse. Die Zusagen wurden sowohl im privaten Wohnungsbau (+8,8%), als auch in dem Gewerbekreditgeschäft (+37,4%) und dem Konsumentenkreditgeschäft (+65,5%) gegenüber dem Vorjahr stark gesteigert.

Aufgrund der aktuellen Markt- bzw. Zinssituation wurden geringere Eigenanlagen getätigt als Gelder fällig wurden.

Die Kreissparkasse Limburg bleibt weiterhin das größte eigenständige Kreditinstitut mit Sitz im Kreis Limburg-Weilburg.

Prognose:

Durch das schwierige Umfeld und die Bedingungen im Kreditgewerbe sehen wir der Zukunft bei der Ertragslage pessimistischer entgegen. Das von uns erwartete niedrigere Ergebnis führt aber zu keiner Einschränkung der Risikotragfähigkeit der Sparkasse und erfüllt alle regulatorischen Mindestanforderungen.

Wir erwarten, dass sich unsere Aufwand-Ertrags-Relation für 2016 aufgrund der sinkenden Erträge verschlechtert. Ein konsequentes Sachkostenmanagement ermöglicht es uns dennoch, weitere Investitionen in zukunftsfähige Vertriebsstrukturen und die Beratung vor Ort vorzunehmen.

Die gemeinsam mit dem Verwaltungsrat festgelegte Strategie für die nächsten Jahre beschreibt Handlungsoptionen zu Zins-, Personal-, Vertriebs- und Kostenthemen. Dadurch sind wir optimistisch ausreichende Betriebsergebnisse oberhalb des Durchschnitts der übrigen Sparkassen im Verbandsgebiet zu erzielen.

3.2 Kreissparkasse Weilburg



Unternehmensportrait

Adresse:	Odersbacher Weg 1, 35781 Weilburg		
Homepage:	www.ksk-weilburg.de		
Handelsregister:	Amtsgericht Limburg HRA 2227		
Gewährträger:	Landkreis Limburg-Weilburg		100%
Gründungsjahr:	1904		
Kommanditanteile:	SP Solarpark Driedorf GmbH & Co. KG	885 TEUR	100 %

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Als dem gemeinen Nutzen dienendes Wirtschaftsunternehmen ihres Trägers fördert die Kreissparkasse Weilburg das Sparen und die übrigen Formen der Vermögensbildung. Sie dient der Befriedigung des örtlichen Kreditbedarfs unter besonderer Berücksichtigung der gewerblichen Wirtschaft und der öffentlichen Hand. Zur Erfüllung der satzungsmäßigen Aufgaben ist die Sparkasse auf nachhaltigen wirtschaftlichen Erfolg und dauerhafte Marktpräsenz ausgerichtet. Das Geschäftsmodell der Sparkasse beruht auf der Verbundenheit der Region.

Gegenstand des Unternehmens:

Die Sparkasse hat die Aufgabe, als dem gemeinen Nutzen dienendes Wirtschaftsunternehmen ihres Trägers, in ihrem Geschäftsgebiet geld- und kreditwirtschaftliche Leistungen zu erbringen, insbesondere Gelegenheit zur sicheren Anlage von Geldern zu geben. Sie erledigt im Interesse ihrer Kunden Dienstleistungen nach Maßgabe der Satzung. Sie fördert die kommunalen Belange insbesondere im wirtschaftlichen, regionalpolitischen, sozialen und kulturellen Bereich. Der Sparkasse obliegt darüber hinaus die Förderung des Sparens und der übrigen Formen der Vermögensbildung, die Befriedigung des örtlichen Kreditbedarfs unter besonderer Berücksichtigung der Arbeitnehmer, des Mittelstandes, der gewerblichen Wirtschaft und der öffentlichen Hand.

Organe des Unternehmens

Verwaltungsrat	Manfred Michel, Landrat Hans-Peter Schick, Bürgerm. Weilburg Friedhelm Bender Dr. Ralf Bletz Willy Eltgen Jan Erbe Bruno Götz Ruprecht Keller	Vorsitzender stellv. Vorsitzender
-----------------------	--	--------------------------------------

Uwe Ketter (seit 01.02.2015)
Sebastian Marten (bis 31.01.2015)
Stephan May
Dr. Frank Schmidt
Jochen Schmidt
Bettina Schuhmann
Sybille Theis-Schermuly
Florian Würz

Vorstand	Stefan Hastrich Stephan Gürtler	Vorsitzender Mitglied
-----------------	------------------------------------	--------------------------

Bezüge

Die Gesamtbezüge des Vorstandes belaufen sich im Jahr 2015 auf 464 TEUR.
Die Gesamtbezüge der Verwaltungsratsmitglieder betragen 56 TEUR.

Situationsbericht

Rechtliche Rahmenbedingungen

Träger der Sparkasse ist der Landkreis Limburg-Weilburg. Die Gewährträgerhaftung des Landkreises läuft seit dem 19. Juli 2005 nach einem gestaffelten Zeitplan aus. Für Verbindlichkeiten, die bis zum 18. Juli 2001 begründet wurden, besteht die Gewährträgerhaftung unbegrenzt fort. Für diejenigen Verbindlichkeiten, die in der Zeit vom 19. Juli 2001 bis zum 18. Juli 2005 vereinbart wurden, besteht weiterhin Gewährträgerhaftung, wenn deren Laufzeit nicht über den 31. Dezember 2015 hinausgeht. Für ab dem 19. Juli 2005 begründete Verbindlichkeiten besteht keine Gewährträgerhaftung mehr.

Bilanzsumme/Geschäftsvolumen

Das Geschäftsvolumen zum 31. Dezember 2015, das sich aus der Bilanzsumme und den Eventualverbindlichkeiten zusammensetzt, stieg im Vergleich zum Bilanzstichtag 2014 um 29,6 Mio. Euro auf 993,7 Mio. Euro. Die Bilanzsumme erhöhte sich um 28,1 Mio. Euro bzw. 3,0% auf 968,4 Mio. Euro und die Eventualverbindlichkeiten erhöhten sich um 1,5 Mio. Euro bzw. 6,3 % auf 25,3 Mio. Euro. Die Ursache für die Ausweitung der Bilanzsumme liegt auf der Aktivseite in einem Wachstum der Anlagen in Wertpapieren, sowie in der Erhöhung der täglich fälligen Forderungen an Kreditinstitute. Leicht negativ war der Rückgang des Kundenkreditgeschäfts. Auf der Passivseite ergab sich eine Erhöhung der Kundenverbindlichkeiten.

3.3 Nassauische Sparkasse



Unternehmensportrait

Adresse: Rheinstraße 42-46, 65185 Wiesbaden

Homepage: www.naspa.de

Träger: Sparkassenzweckverband Nassau:
Landkreis Limburg-Weilburg
Stadt Wiesbaden
Stadt Frankfurt/Main
Hochtaunuskreis
Main-Taunus-Kreis
Rheingau-Taunus-Kreis
Rhein-Lahn-Kreis
Westerwaldkreis

Gründungsjahr: 1840

Anteilsbesitz:	Naspa Direkt GmbH, Wiesbaden	100 %
	Naspa Grundbesitz I GmbH & Co. KG, Wiesbaden	100 %
	Naspa Immobilien GmbH, Wiesbaden	100 %
	Naspa-Versicherungs-Service GmbH, Wiesbaden	75 %
	Nassovia Beteiligungs GmbH, Wiesbaden	100 %
	Nassovia Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH & Co. KG	100 %
	Schloss Vollrads GmbH & Co. Besitz KG, Oestrich-Winkel	100 %
	Weingutsverwaltung Schloss Vollrads KG, Oestrich-Winkel	100 %

Beteiligungen:	Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen	10,4 %
mittelbar:	Landesbank Hessen-Thüringen (Helaba)	7,0 %
	DekaBank	1,2 %
	Landesbank Berlin	1,2 %

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Als dem gemeinen Nutzen dienendes Wirtschaftsunternehmen ihres Trägers obliegt der Naspa danach insbesondere die Förderung des Sparens, der übrigen Formen der Vermögensbildung, sowie der Befriedigung des örtlichen Kreditbedarfs. Kundenkreditvolumen und –einlagen konnten ab 2013 spürbar gesteigert werden. Bei letzteren zeigt sich der infolge des Niedrigzinsumfeldes anhaltende Trend zu kurzfristigen Einlagen auch in der veränderten Struktur des Kontenbestandes. Kreditseitig profitierte die Naspa von der lebhaften Nachfrage nach langfristigen Immobilienfinanzierungen.

Gegenstand des Unternehmens:

Die Naspa ist eine mündelsichere, dem gemeinen Nutzen dienende rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts mit Vollbanklizenz, die aus der 1840 gegründeten „Her-

zoglich-Nassauischen Landes-Credit-Casse für das Herzogtum Nassau“ hervorging. Träger ist der Sparkassenzweckverband Nassau. Dieser wird gebildet durch die Städte Wiesbaden und Frankfurt am Main, sowie den Hochtaunuskreis, den Landkreis Limburg-Weilburg, den Main-Taunus-Kreis, den Rheingau-Taunus-Kreis in Hessen, sowie den Rhein-Lahn-Kreis und den Westerwaldkreis in Rheinland-Pfalz.

Die Naspa ist aus ihrer Geschichte heraus eine Regionalbank. Die Gewährträgerhaftung ist – wie bei den Kreissparkassen des Landkreises – am 18. Juli 2005 entfallen. Die Absicherung der Kunden liegt in der Sparkassen-Finanzgruppe, zu der auch die Naspa gehört.

Organe des Unternehmens

Vorstand: Stephan Ziegler (bis 30. September 2015) Vorsitzender
Günter Högner (ab 1. Oktober 2015) Vorsitzender
Andreas Fabich
Günter Högner (bis 30. September 2015)
Bertram Theilacker

Verwaltungsrat: 27 Mitglieder
vom Landkreis Limburg-Weilburg: Landrat Manfred Michel
Dr. Frank Schmidt

Verbandsvorstand: 9 Mitglieder
vom Landkreis Limburg-Weilburg: Dr. Norbert Zabel

Verbandsversammlung: 24 Mitglieder
vom Landkreis Limburg-Weilburg: Regina Heep
Ruprecht Keller
Wolfgang Lippe

Bezüge

Die Mitglieder des Vorstands erhielten Bezüge in Höhe von 2.296 TEUR.

Situationsbericht

Das Geschäftsvolumen erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 13,0 % auf 15.7 Mrd. EURO. Im Vorjahresvergleich verbesserte sich der Zinsüberschuss um 15.1 Mio. EURO und liegt damit über den Erwartungen. Der Provisionsüberschuss liegt ebenfalls über den Erwartungen und mit 86.8 Mio. EURO leicht über dem Vorjahresergebnis. Der Personal- und Sachaufwand einschließlich der Abschreibungen entwickelte sich positiver als erwartet, liegt jedoch mit 216.7 Mio. EURO über dem Vorjahresniveau. Der ausgewiesene Bilanzgewinn in Höhe von 34.0 Mio. EURO steht zur Stärkung der Eigenkapitalbasis zur Verfügung.

Unternehmensdaten

Bilanz	2015 in	2014 in	2013 in
Aktiva	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Forderungen an Kreditinstitute	564	565	449
Forderungen an Kunden	8.822	8.282	8.333
Wertpapiere	1.303	1.433	1.311
Finanzanlagen	116	127	133
Übrige Aktiva	495	396	395
Bilanzsumme	11.300	10.803	10.621
Passiva	2015 in	2014 in	2013 in
	TEUR	TEUR	T EUR
Verbindlichkeiten ggü. Kreditinstituten	1.291	1.158	1.361
Verbindlichkeiten ggü. Kunden	8.702	7.977	7.756
Verbriefte Verbindlichkeiten	177	192	83
Eigene Mittel	922	888	864
Übrige Passiva	208	588	557
Gesamt	11.300	10.803	10.621
Eventualverbindlichkeiten	211	233	532

Gewinn- und Verlustrechnung	2015 in	2014 in	2013 in
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR
Zinsüberschuss	253,2	238,1	234,1
Provisionsüberschuss	86,8	86,2	85,5
Personal-/Sachaufwand	216,7	211,15	211,4
Sonstiger ordentlicher Aufwand	2,0	2,0	2,1
Handelsbestand	1,2	1,1	1,0
Betriebsergebnis vor Bewertung	122,5	111,9	107,2
Bewertungsergebnis	+82,6	+6,7	-8,9
Betriebsergebnis nach Bewertung	205,1	118,6	98,3
Saldo neutraler Ertrag/neutraler Aufwand	-156,9	-80,8	-64,1
Steuern	-14,2	-8,9	-6,2
Bilanzgewinn	34,0	28,9	27,9

Prognosebericht

Für das Jahr 2016 plant die Naspas einen Jahresüberschuss von rd. 47 Mio. EURO. Im Vorjahresvergleich plant die Naspas mit einem Rückgang des Zinsergebnisses. Dies liegt vor allem im andauernd niedrigen Zinsniveau begründet. Beim Provisionsergebnis prognostiziert die Sparkasse einen Rückgang, welcher sich aus rückläufigen Erträgen im Wertpapiergeschäft, sowie verminderten Gebührenerträgen durch neue regulatorische Vorgaben ergibt. In 2016 wird ein deutlich verringerter Personalaufwand erwartet, dies wird vor allem auf den Rückgang von Aufwendungen für die betriebliche Altersvorsorge zurückzuführen sein.

Der erwartete Bewertungsaufwand wird im Vorjahresvergleich deutlich höher ausfallen. Im abgelaufenen Geschäftsjahr führten hohe Auflösungen von Einzelwertberichtigungen im Kundengeschäft zu einem per Saldo positiven Bewertungsergebnis. Die-

se Entwicklung wird sich nach den Planungen der Sparkasse nicht fortsetzen, so dass mit geringeren Auflösungen gerechnet wird. Insgesamt erwartet die Naspa für das kommende Geschäftsjahr ein zufriedenstellendes Ergebnis vor Bewertung.

4 Sonstige Finanzanlagen (Anteil des Landkreises Limburg-Weilburg am Stammkapital von weniger als 20 %)

4.1 Gesellschaft Hochtaunusstrasse GbR



Unternehmensportrait

Adresse: Hohemarkstraße 192, 61440 Oberursel

Homepage: www.taunus.info

Mitglieder: Bad Homburg v.d.Höhe, Hochtaunuskreis,
Landkreis Limburg-Weilburg, Stadt Bad Camberg,
Stadt Oberursel, Gemeinde Weilrod,
Gemeinde Schmitten, HoGa Taunus

Gründungsjahr: 1970

Verbandsumlage: 1.124,80 Euro

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung

Gegenstand des Unternehmens:

Folgende Aufgaben nimmt die Gesellschaft Hochtaunusstraße GbR wahr:

- die Hochtaunusstrasse zu beschildern; auch durch Hinweise auf besondere landschaftliche Gegebenheiten und Sehenswürdigkeiten;
- für die Hochtaunusstrasse und die daran liegenden oder erreichbaren Erholungsgebiete zu werben;
- die in den Orten an dieser Straße stattfindenden heimatlichen Veranstaltungen zu fördern und damit den Besuch attraktiv zu machen;
- die Landschaftspflege im Bereich der Hochtaunusstrasse zu fördern;
- auf einen guten Zustand der Hochtaunusstrasse hinzuwirken.

Organe der Gesellschaft

Verbandsvorstand: Landrat Ulrich Krebs Vorsitzender
Wolfgang Erk stellv. Vorsitzender

Geschäftsführerin: Daniela Krebs

Vertreter des Landkreises Limburg-Weilburg: Lars Wittmaack (WfG)

4.2 Nassauische Heimstätte Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH Organ der staatlichen Wohnungspolitik - Ffm



Unternehmensportrait

Adresse:	Schaumainkai 47, 60596 Frankfurt		
Homepage:	www.naheimst.de		
Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung		
Gesellschafter:			
(Auszug)	Land Hessen	61.545.124,07 Euro	56,021 %
	Stadt Frankfurt	34.180.833,71 Euro	31,113 %
	LK Limburg-Weilburg	9.970,19 Euro	0,009 %
Stammkapital:	109.860.775,22 Euro		
Gründungsjahr:	26.06.1928		
Gesell.-vertrag:	vom 19. Dezember 2004, zuletzt geändert am 24. Oktober 2011		

Beteiligungen: (Auszug, hier nur Beteiligungen über 20 %)

WOHNSTADT Stadtentwicklungs- und Wohnungsbaugesellschaft Hessen mbH, Kassel	88,95 %
Garagen- Bau- und Betriebs GmbH, Frankfurt/ Main	60,00 %
NH Projektstadt GmbH, Frankfurt am Main	100,00 %
MET Medien-Energie-Technik Versorgungs- und Betreuungsgesellschaft mbH	100,00 %
Wohnungsgesellschaft Dietzenbach mbH, Dietzenbach	33,33 %

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Ziel des Unternehmens ist die sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung der breiten Schichten der Bevölkerung, insbesondere Berücksichtigung von Wohnungssuchenden, die aufgrund ihrer persönlichen Verhältnisse oder Umstände Schwierigkeiten bei der Wohnungssuche haben.

Gegenstand des Unternehmens:

Die Nassauische Heimstätte ist im Unternehmensverbund mit der WOHNSTADT Städteentwicklung- und Wohnungsbaugesellschaft Hessen mbH Kassel in allen Geschäftsfeldern der Immobilienwirtschaft tätig. Die Unternehmensgruppe zählt mit rund 62.000 eigenen Wohnungen zu den großen Immobilienkonzernen in Deutschland. Neben dem Geschäftsfeld Immobilienwirtschaft mit der Verwaltung des eigenen Bestandes und dem Portfolio-Management werden vielfältige Leistungen für Dritte rund um die Immobilien angeboten. Die Etablierung als einzige hessenweit agierende Entwicklungsgesellschaft mit öffentlichem Hintergrund und starker Verankerung in den Kommunen eröffnet besondere Marktchancen.

Seit Schaffung des Unternehmensverbundes Nassauische Heimstätte/Wohnstadt im Jahr 2005 werden die Geschäftsbereiche beider Unternehmen zunehmend konsoli-

diert und vereinheitlicht. Die Übernahme der WOHNSTADT war als Anteilserwerb erfolgt, sodass die bestehende Struktur erhalten geblieben ist. Die Nassauische Heimstätte nimmt die Aufgaben einer Holding wahr. Außerdem werden die operativen Teilleistungen bei der WOHNSTADT im Rahmen einer Geschäftsbesorgungsvereinbarung überwiegend von der Nassauischen Heimstätte erbracht.

Organe des Unternehmens

Aufsichtsrat	Priska Hinz Peter Feldmann Jens Bersch Markus Amon Ulrich Baier Dagmar Brinkmann Gerd Brückmann Ulrich Caspar Elmar Damm Dr. Christian Hermann Hans-Joachim Hertling Marion Hofmann Wolfgang Koberg Andreas Koch Werner Koch Bernhard Köppler Sascha Langknecht Dr. Walter Lübcke Elke Maiberger Peter Mensinger Thomas Metz	Vorsitzende stv. Vorsitzender stv. Vorsitzender
Geschäftsführung	Dr. Thomas Hain Dr. Constantin Westphal Prof. Dr. Joachim Pös	Ltd. Geschäftsführer (bis 31.12.2015)

Landrat Manfred Michel als Mitglied im Beirat „Bauen und Stadtentwicklung“.

Bezüge

Die Gesamtbezüge der Geschäftsführung bei der Gesellschaft betragen 875.225,94 Euro. Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrats betragen 21.646,79 Euro.

Unternehmensdaten

Bilanz

Aktiva	2015 in €	2014 in €	2013 in €
Immaterielle Vermögensgegenstände	887.234,00	821.914,00	646.461,00
Sachanlagen	1.144.815.001,11	1.100.768.568,15	1.073.116.134,32
Finanzanlagen	162.038.999,00	171.313.753,94	176.553.509,44
Umlaufvermögen	121.385.080,25	108.220.959,32	104.803.555,25
Forderungen	9.923.725,24	24.991.827,01	16.225.681,78
Wertpapiere, Kassenbestand	92.120.738,58	126.351.884,36	100.796.783,39
Rechnungsabgrenzungsposten	1.320.281,48	1.572.448,13	1.903.350,36
Summe Aktiva	1.532.491.059,66	1.534.041.354,91	1.474.045.475,54

Passiva	2015 in €	2014 in €	2013 in €
Gezeichnetes Kapital	109.860.775,22	109.860.775,22	109.860.775,22
Kapitalrücklage	8.282.928,48	8.282.928,48	8.282.928,48
Sonstige Rücklagen	327.486.823,37	296.287.399,34	272.853.194,61
Bilanzgewinn	25.137.998,91	35.591.723,98	27.826.504,68
Rückstellungen	33.635.487,26	34.433.366,81	29.432.433,67
Verbindlichkeiten	1.025.259.144,14	1.047.595.444,76	1.025.789.638,88
Rechnungsabgrenzungsposten	2.827.902,28	1.989.716,32	0,00
Summe Passiva	1.532.491.059,66	1.534.041.354,91	1.474.045.475,54

Gewinn- und Verlustrechnung	2015 in €	2014 in €	2013 in €
+ Umsatzerlöse	290.479.772,91	280.835.975,97	309.017.001,59
+ Erhöhung des Bestandes	161.322,87	801.016,98	1.385.818,34
+ Andere aktivierte Eigenleistungen	6.742.550,24	6.855.771,40	3.857.580,64
+ sonstige betriebliche Erträge	8.061.533,46	2.260.000,90	2.869.800,76
- Aufwendungen für Lieferungen und Leistungen	146.741.938,00	130.872.414,77	159.759.926,47
- Personalaufwand	50.746.125,97	49.488.627,96	45.109.002,78
- Abschreibungen	37.642.590,36	34.964.633,61	32.856.793,94
- Sonstige betriebliche Aufwendungen	21.182.791,91	17.281.786,34	15.321.489,37
+ Erträge aus Beteiligungen	634.824,91	582.083,29	586.185,67
+ Erträge aus Gewinnabführungsvertrag	4.588.782,93	11.207.846,15	0,00
+ Erträge aus anderen Wertpapieren	1.374.534,37	1.656.163,33	1.644.057,18
+ Sonstige Zinsen und Erträge	675.664,22	693.314,01	723.361,09
- Abschreibungen auf Finanzanlagen	300.340,00	1.312.259,00	137.500,00
- Zinsen und ähnliche Aufwendungen	28.605.446,85	30.924.897,62	31.989.048,98
Ergebnis der gewöhnl. Geschäftstätigkeit	27.177.107,08	38.445.518,77	29.851.035,49
- Steuern vom Einkommen und Ertrag	1.988.416,06	2.800.900,00	1.975.684,65
- Sonstige Steuern	50.692,11	52.894,79	48.846,16
Jahresüberschuss	25.137.998,91	35.591.723,98	27.826.504,68
Einstellung in gesellschaftsvertr. Rücklage	20.745.698,96	31.199.424,03	23.434.204,73
Bilanzgewinn	4.392.299,95	4.392.299,95	4.392.299,95

Auswirkungen auf den Kreishaushalt

Der Gesellschaftskapitalanteil des Landkreises Limburg-Weilburg beträgt 9.970,19 Euro. Dies entspricht 0,009 %.

Im Haushaltsjahr 2015 wurde eine Dividende in Höhe von 4% auf die Stammkapitalbeteiligung (398,81 Euro abzügl. Steuern) gezahlt.

4.3 Regionalmanagement Mittelhessen GmbH



Unternehmensportrait

Adresse: Georg-Schlosser-Straße 1, 35390 Gießen

Homepage: www.mittelhessen.org

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Gesellschafter:	Landkreis Limburg-Weilburg	1.351 Euro	5,4 %
	Lahn-Dill-Kreis	1.351 Euro	5,4 %
	Landkreis Gießen	1.351 Euro	5,4 %
	Landkreis Marburg-Biedenkopf	1.351 Euro	5,4 %
	Vogelsbergkreis	1.351 Euro	5,4 %
	Stadt Limburg a.d. Lahn	676 Euro	2,7 %
	Stadt Wetzlar	1.351 Euro	5,4 %
	Universitätsstadt Gießen	1.351 Euro	5,4 %
	Universitätsstadt Marburg	1.351 Euro	5,4 %
	HWK Wiesbaden	2.838 Euro	11,3 %
	HWK Kassel	878 Euro	3,5 %
	IHK Gießen-Friedberg	2.399 Euro	9,6 %
	IHK Kassel-Marburg	2.027 Euro	8,1 %
	IHK Lahn-Dill	2.399 Euro	9,60 %
	IHK Limburg	946 Euro	3,8 %
	Justus-Liebig-Universität Gießen	338 Euro	1,4 %
	Phillips-Universität Marburg	338 Euro	1,4 %
	THM Techn.Hochschule Mittelhes.	338 Euro	1,4 %
	Mittelhessen e.V.	1.015 Euro	4,1 %

Stammkapital: 25.000 Euro

Gründungsjahr: 27. Dezember 2012

Gesell.-vertrag: 27. Dezember 2012

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung

Gegenstand des Unternehmens:

Die Entwicklung und Förderung der langfristigen strategischen Positionierung der Region durch Bildung, Festigung und Förderung von Netzwerken in der Region sowie innerhalb und außerhalb Hessens. Die Gesellschaft positioniert und bündelt die Region nach außen (Regionalmarketing) und begleitet oder betreibt Projekte zur Förderung der Region (Regionalmanagement). Sie unterstützt die Gesellschafter bei der Verwirklichung dieser Ziele.

Organe des Unternehmens

Gesellschafterversammlung

Geschäftsführung: Jens Ihle, Gießen

Aufsichtsrat: Klaus Repp
(Auszug) Egon Vaupel
Manfred Michel, Landrat

Vorsitzender
stell. Vorsitzender

Bezüge

Die Aufsichtsratsmitglieder erhalten für ihre Tätigkeit keine Vergütung.
Die Angabe der Bezüge der Geschäftsführer unterbleibt gemäß § 286 Abs. 4 HGB.

Unternehmensdaten

Bilanz

Aktiva	2015 in €	2014 in €	2013 in €
Anlagevermögen/gewerbliche Schutzrechte	5,00	64,00	123,00
Sachanlagen, BGA	24.279,00	1.670,00	490,00
Umlaufvermögen/FO/Sonstige Vermögensgegenstände	114.225,83	35.332,37	82.560,77
Kassenbestand/Guthaben bei Kreditinstituten	79.158,21	191.277,36	78.512,10
Rechnungsabgrenzungsposten	3.865,04	2.928,92	60,62
Summe Aktiva	221.533,08	231.272,65	161.746,49
Passiva	2015 in €	2014 in €	2013 in €
Gezeichnetes Kapital	25.000,00	25.000,00	25.000,00
Nicht eingeforderte ausstehende Einlagen			
Gewinnvortrag	88.615,43	28.294,35	0,00
Jahresüberschuss	76.568,20	60.321,08	28.294,35
Rückstellungen	18.445,00	81.498,77	78.315,63
Verbindlichkeiten	12.168,34	34.358,44	29.796,47
Rechnungsabgrenzungsposten	736,11	1.800,01	340,04
Summe Passiva	221.533,08	231.272,65	161.746,49

Gewinn- und Verlustrechnung	2015 in €	2014 in €	2013 in €
+ Umsatzerlöse	263.548,04	254.940,44	203.985,02
+ sonstige betriebliche Erträge	785.383,82	764.388,91	720.956,95
- Personalaufwand	336.224,40	299.214,51	265.636,19
- Abschreibungen	2.101,23	1.386,93	195,50
- sonstige betriebliche Aufwendungen	633.889,19	588.626,50	571.382,35
- Zinsen und ähnliche Aufwendungen	106,96	56,38	66,05
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	76.824,00	130.157,79	87.793,98
- Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,45	66.558,77	
- sonstige Steuern	256,25	3.277,94	59.499,63
Jahresüberschuss	76.568,20	60.321,08	28.294,35

Auswirkungen auf den Kreishaushalt

Mit dieser Beteiligung verbunden ist eine jährliche Zahlung von 20.000 Euro zur laufenden Finanzierung der GmbH.

Situationsbericht

Die Regionalmanagement Mittelhessen GmbH (kurz: RMG) ist beim Amtsgericht Gießen unter der Nummer HRB 7895 eingetragen. Die Gesellschaft ist nach den Größenklassen des § 267 HGB eine kleine Kapitalgesellschaft. Nach § 15 Nr. 1 des Gesellschaftsvertrages ist der Jahresabschluss und der Lagebericht nach den Vorschriften für große Kapitalgesellschaften des dritten Buches des HGB aufzustellen.

Die RMG stärkt und vermarktet den Wirtschafts- und Hochschulstandort Mittelhessen. Der Schulterschluss aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik ist in den Themenfeldern Infrastruktur, Bildung und Fachkräfte, sowie Forschung und Innovation tätig. Die Aktivitäten bestehen aus Marketing-, Projekt- und Lobbyarbeit, welche die positive Entwicklung der Region Mittelhessen (deckungsgleich mit den Verwaltungsgrenzen des Regierungsbezirks Gießen; also den fünf Landkreisen Gießen, Lahn-Dill, Limburg-Weilburg, Marburg-Biedenkopf und Vogelsbergkreis) fördern und die regionsinterne Zusammenarbeit stärken soll. Dahinter steht die Überzeugung, dass man den europäischen Standortwettbewerb der Region nur durch enge Kooperationen und regionale Bündelung der Kräfte bewerkstelligen kann.

Der Geschäftszweck der Regionalmanagement Mittelhessen GmbH ist die Entwicklung und Förderung der langfristigen Positionierung der Region durch Bildung, Festigung und Förderung von Netzwerken innerhalb und außerhalb des Bundeslandes Hessen. Die Umsetzung der Projekte und der Regionalmarketingarbeit wird von der Gesellschaft koordiniert und inhaltlich und teils auch durch Einbringung von personellen, finanziellen oder konzeptionellen Ressourcen unterstützt. Als organisatorische Plattform dienen hierzu Netzwerke, Arbeitskreise und Projektgruppen.

Die strategischen Ziele sind in einem Leitbild formuliert und die zugehörigen Maßnahmen zur Zielerreichung wurden gemeinsam mit den Gesellschaftern in einem strategischen Prozess definiert. Die Stärkung des Wirtschafts- und Hochschulstandortes Mittelhessen steht als formulierte Mission der RMG im Mittelpunkt der Umsetzungen. Im Folgenden findet sich eine Darstellung des "strategischen Systems" der Regionalmanagement Mittelhessen GmbH.

3. Wirtschaftsbericht

a) Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Nach Angaben des statistischen Bundesamtes ist die gesamtwirtschaftliche Leistung in Deutschland im vergangenen Jahr um 1,7 % gewachsen. Der Zuwachs fiel geringfügig stärker aus, als in 2014 (+1,6%) und deutlich stärker, als in den Jahren 2013 (+0,3%) und 2012 (+0,4%).

Auf der Verwendungsseite des Bruttoinlandsprodukts war der Konsum im Jahr 2015 wichtigster Wachstumsmotor der deutschen Wirtschaft: Die privaten Konsumausgaben waren preisbereinigt um 1,9 %, die Konsumausgaben des Staates sogar um 2,8 % höher als im Jahr zuvor. Auch die Investitionen legten zu: Im Inland investierten Unternehmen und Staat zusammen 3,6 % mehr in Ausrüstungen.

Die preisbereinigten Bauinvestitionen erzielten ebenfalls ein leichtes Plus von 0,2 %. Der deutsche Außenhandel gewann im Jahr 2015 weiter an Dynamik: Die preisbereinigten Exporte von Waren und Dienstleistungen waren um 5,4 % höher als im Vorjahr. Die Importe legten in ähnlicher Größenordnung zu (+ 5,7 %), sodass der resultierende Außenbeitrag, also die Differenz zwischen Exporten und Importen, einen vergleichsweise geringen Beitrag zum BIP-Wachstum leistete (+ 0,2 %).

Auf der Entstehungsseite des Bruttoinlandsprodukts trugen sowohl das produzierende Gewerbe ohne Baugewerbe, als auch die Dienstleistungsbereiche insgesamt zur wirtschaftlichen Belebung im Jahr 2015 bei. Das produzierende Gewerbe, das ohne das Baugewerbe gut ein Viertel der gesamten Bruttowertschöpfung erwirtschaftet, konnte spürbar um 2,2 % zulegen. Daneben entwickelten sich auch die Dienstleistungsbereiche überwiegend positiv.

Lediglich die Finanz- und Versicherungsdienstleister lagen 2015 preisbereinigt mit 1,0 % im Minus. Insgesamt stieg die preisbereinigte Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche im Jahr 2015 gegenüber dem Vorjahr um 1,6 %.

Die Wirtschaftsleistung in Deutschland wurde im Jahresdurchschnitt 2015 erstmals von mehr als 43 Millionen Erwerbstätigen mit Arbeitsort in Deutschland erbracht. Damit setzte sich der seit zehn Jahren anhaltende Aufwärtstrend fort. Die Staatshaushalte waren im Jahr 2015 weiter auf Konsolidierungskurs: Der Staatssektor dazu gehören Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherungen beendete das Jahr nach vorläufigen Berechnungen mit einem Finanzierungsüberschuss in Höhe von 16,4 Milliarden Euro. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen errechnet sich für den Staat im Jahr 2015 eine Überschussquote von + 0,5 %. Damit kann der Staat den neuesten Berechnungen zufolge das zweite Jahr in Folge mit einem Überschuss abschließen.

Diesen positiven Trend verfolgt auch die Regionalmanagement Mittelhessen GmbH. Im dritten Jahr nach der Gründung der GmbH wurde das Geschäftsjahr mit einem sehr guten Jahresgewinn abgeschlossen.

Das Regionalmanagement Mittelhessen wurde seitens der Hessischen Landesregierung erneut mit Fördermitteln unterstützt. Diese Mittel wurden zweckgebunden zur Finanzierung der regionalen mittelhessischen Geschäftsstelle sowie zur Teilnahme an der Internationalen Gewerbeimmobilienmesse Expo Real, der Ausrichtung eines weiteren Newcomers Day, sowie zur mittelhessischen Breitbandberatung verwendet. Aufgrund der auslaufenden Förderperiode der Europäischen Union (2007-2013) wurde die Regionalmanagement Mittelhessen GmbH mit zusätzlichen Förderrestmitteln bedacht. Diese wurden hauptsächlich in das Anlagevermögen für Büro- und Ge-

schäftsausstattung investiert, sowie in die technische Erweiterung der Website des Regionalmanagements.

Für das Geschäftsjahr 2017 wurde bereits von der Hessischen Landesregierung die Unterstützung mit Landesmitteln zur Fortführung des mittelhessischen Regionalmanagements signalisiert. Die Fördermittel für die Projekte Expo Real und Newcomers Day wird es ab 2016 nicht mehr geben. Die Förderung der mittelhessischen Breitbandberatung findet aller Voraussicht in 2016 letztmalig statt.

Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Die Entwicklung der Gesellschaft im Kalenderjahr 2015 erfolgte entsprechend der angepassten Planung.

Für 2016 wird entsprechend der Budgetplanung mit einem Jahresüberschuss von mindestens 13,1 TEUR gerechnet. Die RMG wird auch zukünftig in der Lage sein, allen Zahlungsverpflichtungen fristgerecht nachzukommen. Projekte werden nur nach der vorherigen Klärung der Finanzierung umgesetzt.

6. Chancen- / Risikobericht

a) Risikobericht

Neben allgemeinen wirtschaftlichen Risiken und dem allgemeinen Geschäftsrisiko einer unternehmerischen Betätigung existieren für die Gesellschaft noch branchenspezifische Besonderheiten.

Eine positive Entwicklung der Gesellschaft hängt stark von Förderkulissen auf EU-, Bundes- und Landesebene ab. Die ausgeschriebenen Förderprojekte und Fördermöglichkeiten müssen inhaltlich passen, und der Fördergeber ist zu überzeugen, dass die Regionalmanagement Mittelhessen GmbH eine geeignete Institution für die Projekte ist. Somit steht die GmbH im Wettbewerb um Fördergelder - teils auch mit den eigenen Gesellschaftern und deren Tochterunternehmen. Die Drittmittelakquise ist aber auch von Förderquoten und den Möglichkeiten der Eigenmittelbereitstellung abhängig. Die neue EU-Förderperiode begann am 1. Januar 2014. Die Identifikation von Projekten, die Bedürfnisse der Region, die Rolle des Regionalmanagement als koordinierende Kraft die Förderprogramme in Einklang zu bringen, ist eine schwierige Aufgabe. So ist z. B. die Förderung von Regionalmanagement in Teilregionen Hessens im EFRE (Europäischer Fonds für regionale Entwicklung) in der sog. Prioritätenachse 1 Stärkung von Forschung, technischer Entwicklung und Innovation eingeordnet.

Damit sind u.a. die Aufgaben des Standortmarketings in diesem Förderprogramm nicht mehr förderfähig, trotzdem aber einer der Kernaufgaben der Regionalmanagement Mittelhessen GmbH. Die künftige Notwendigkeit, Kooperationsprojekte auf regionaler Ebene umzusetzen, scheint aufgrund der zunehmend kleineren Fördertöpfe hingegen sehr wahrscheinlich. Trotz Beginn der Förderperiode am 1. Januar 2014 ist die Entwicklung von Förderrichtlinien in Hessen für diese Periode noch nicht abgeschlossen. Das bedeutet, dass diese EFRE-Fördertöpfe für Mittelempfänger noch nicht abrufbar sind.

b) Chancenbericht

Die Chancen der Regionalmanagement Mittelhessen GmbH bestehen darin, dass Gesellschafter, das Land Hessen und andere Kooperationspartner geeignete Projek-

te über das Regionalmanagement Mittelhessen umsetzen. Das Regionalmanagement soll als Dienstleister oder als Projektplattform dienen. Beispielhaft ist hier die Konzeption und Durchführung des mittelhessischen Gemeinschaftstandes auf der Gewerbeimmobilienmesse Expo Real in München zu nennen. Aufgrund der ab 2016 weggefallenen EU-Förderung ist in diesem Projekt die Zusammenarbeit und Vernetzung aller regionalen Kooperationspartner noch zu intensivieren.

Eine wichtige Plattform für künftige Kooperationsprojekte und deren Umsetzungen stellt die Website der RMG dar. Da Mittelhessen ein heterogener Wirtschaftsraum ist und über 15 Tageszeitungen hier berichten, ist die offizielle Seite der Region eine attraktive Plattform, um Onlinedienste anzubieten. Hierzu ist die Website sehr gut geeignet und muss immer aktualisiert und technisch gewartet werden. Die Überarbeitung mit einer englischen Übersetzung der Website ist fast abgeschlossen und befindet sich noch in der Testphase. Die Übersetzungsfunktionen werden Mitte 2016 für alle Nutzer der Website zur Verfügung stehen. Ebenso wird die Website responsiv, das bedeutet auf allen mobilen Geräten gut lesbar.

Eine weitere Chance für das Regionalmanagement liegt in den Bereichen Infrastruktur und Innovation wie z. B. im Digitalen Mittelhessen. Eine Steuerungsgruppe aus den fünf Landkreisen erarbeitet ein Konzept, wie die Entwicklung digitaler Dienste zu katalysieren sei. Aus diesem Konzept sollen zukünftige Pilotprojekte entstehen und umgesetzt werden.

Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Zu den im Unternehmen verwendeten Finanzinstrumenten zählen insbesondere Forderungen, Bankguthaben und Guthaben bei Kreditinstituten.

Ziel des Finanz- und Risikomanagements ist die Sicherung des Unternehmenserfolgs gegen finanzielle Risiken jeder Art.

Die Geschäftsleitung verfolgt eine konservative Risikopolitik. Zur Absicherung gegen das Liquiditätsrisiko wird für jedes Projekt eine Planung erstellt, die in die Unternehmensplanung und damit auch Liquiditätsplanung einfließt. Die RMG begleicht ihre Fremdverbindlichkeiten innerhalb der vereinbarten Zahlungsfristen in der Regel mit Skonto.

8. Internes Kontroll- und Risikomanagementsystem bezogen auf den Rechnungslegungsprozess

In der Regionalmanagement Mittelhessen GmbH ist ein der Größe des Unternehmens angemessenes internes Kontrollsystem eingeführt. Kontrollen der Geschäftsleitung erfolgen durch die Referentin für Finanzwesen und die Assistentin der Geschäftsleitung in regelmäßigen Abständen. Die Geschäftsführung ist außerdem vertraglich verpflichtet, vierteljährlich zu den Stichtagen am 20.01., 20.04., 20.07. und 20.10. einen schriftlichen Finanzbericht an die Gesellschafter abzugeben.

Weiterhin erfolgt eine Kontrolle der Belege bei der Erfassung durch das beauftragte Buchführungs- und Steuerbüro.

Die Überwachung der Einhaltung der internen Vorgaben wird durch die Prüfung des Jahresabschlusses sowie die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung nach Paragraph 53 Haushaltsgrundsatzgesetz durch einen externen Wirtschaftsprüfer gestützt.

4.4 Rhein-Main Verkehrsverbund GmbH



Unternehmensportrait

Adresse: Alte Bleiche 5, 65719 Hofheim a.T.

Homepage: www.rmv.de

		Euro	%
Gesellschafter:	Land Hessen	25.564,59	3,704
	Stadt Darmstadt	25.564,59	3,704
	Stadt Frankfurt a.M.	25.564,59	3,704
	Stadt Offenbach a.M.	25.564,59	3,704
	Stadt Wiesbaden	25.564,59	3,704
	Stadt Bad Homburg v.d.H.	25.564,59	3,704
	Stadt Fulda	25.564,59	3,704
	Stadt Gießen	25.564,59	3,704
	Stadt Hanau	25.564,59	3,704
	Stadt Marburg	25.564,59	3,704
	Stadt Rüsselsheim	25.564,59	3,704
	Stadt Wetzlar	25.564,59	3,704
	Landkreis Darmstadt-Dieburg	25.564,59	3,704
	Landkreis Fulda	25.564,59	3,704
	Landkreis Gießen	25.564,59	3,704
	Landkreis Groß-Gerau	25.564,59	3,704
	Landkreis Hochtaunuskreis	25.564,59	3,704
	Landkreis Lahn-Dill	25.564,59	3,704
	Landkreis Limburg-Weilburg	25.564,59	3,704
	Landkreis Main-Kinzig	25.564,59	3,704
	Landkreis Main-Taunus	25.564,59	3,704
	Landkreis Marburg-Biedenkopf	25.564,59	3,704
	Odenwaldkreis	25.564,59	3,704
	Landkreis Offenbach	25.564,59	3,704
	Rheingau-Taunus-Kreis	25.564,59	3,704
	Vogelsbergkreis	25.564,59	3,704
	Wetteraukreis	25.564,59	3,704

Stammkapital: 690.244,04 Euro

Gründungsjahr: 1994

		Euro	%
Beteiligungen:	RMV Service GmbH (rms)	125.000,00	100
	Fahrzeugmanagement Region Frankfurt RheinMain GmbH (fahma)	100.000,00	100
	ivm GmbH Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain (ivm)	30.000,00	12,45
	RTW Planungsgesellschaft mbH	5.000,00	16,67
	VDV eTicket Service GmbH & Co. KG	100.000,00	10,13

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Gesellschaft fördert das von den beteiligten Ländern und kommunalen Gebietskörperschaften verfolgte Ziel, für die Bevölkerung ein bedarfsgerechtes Leistungsangebot zu erbringen und die Marktchancen im Verkehrsverbund unter Beachtung marktwirtschaftlicher und betriebswirtschaftlicher Grundsätze auszuschöpfen und durch gezielte Investitionen zu verbessern.

Gegenstand des Unternehmens:

Die Gesellschaft dient dem Zwecke der gemeinsamen Aufgabenwahrnehmung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV), sowie der Beratung bei der Koordination der Schnittstellen zum Individualverkehr (IV) und nimmt im Verbundgebiet folgende Aufgaben wahr:

Regionalisierter Schienenpersonen- u. Buspersonennahverkehr (SPNV + BPNV), Verkehrsplanung, Verkehrskonzeption und technische Standards, Rahmenplanung für Produkte, Verbundtarif und Beförderungsbedingungen, Marketing, Werbung und Öffentlichkeitsarbeit, Fahrgastinformation, Vertriebssystem, Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen, integriertes Plandatensystem

Organe des Unternehmens

Aufsichtsrat: Oberbürgermeister Peter Feldmann, Stadt Frankfurt Vorsitzender
Landrat Ulrich Krebs, Hochtaunuskreis stellv. Vorsitzender
Staatssekretär Mathias Samson, (HMWEVL)
Staatssek. Dr. Bernadette Weyland (HMdF) bis 30.09.2013
Stadträtin Cornelia Zuschke, Stadt Darmstadt
Bürgermeister Peter Schneider, Stadt Offenbach am Main
Stadträtin Sigrid Möricke, Stadt Wiesbaden
OBM Michael Korwisi, Stadt Bad Homburg v. d. Höhe (bis 17.09.2015)
OBM Alexander Hetjes, Stadt Bad Homburg v. d. Höhe (ab 18.09.2015)
OBM Gerhard Möller, Stadt Fulda (bis 14.08.2015)
OBM Dr. Heiko Wingenfeld, Stadt Fulda (ab 15.08.2015)
Bürgermeisterin Gerda Weigel-Greilich, Stadt Gießen
Stadtrat Andreas Kowol, Stadt Hanau (ab 02.09.2015)
Oberbürgermeister Egon Vaupel, Stadt Marburg (bis 30.11.2015)
Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies, Stadt Marburg (ab 01.12.2015)
Stadtrat Nils Kraft, Stadt Rüsselsheim
Oberbürgermeister Wolfram Dette, Stadt Wetzlar (bis 30.11.2015)
Oberbürgermeister Manfred Wagner, Stadt Wetzlar (ab 01.12.2015)
Kreisbeigeordneter Christel Fleischmann, LK Darmstadt-Dieburg
Landrat Bernd Woide, Landkreis Fulda
Landrätin Anita Schneider, Landkreis Gießen
Kreisbeigeordneter Walter Astheimer, Kreis Groß-Gerau
Landrat Wolfgang Schuster, Lahn-Dill-Kreis
Landrat Manfred Michel, Landkreis Limburg-Weilburg,
Kreisbeigeordneter Johannes Baron, Main-Taunus-Kreis
Erster Kreisbeigeordneter Marian Zachow, LK Marburg-Biedenkopf
Landrat Dietrich Kübler, Odenwaldkreis (bis 31.08.2015)
Landrat Frank Matiaske, Odenwaldkreis (ab 01.09.2015)

Erste Kreisbeigeordnete Claudia Jäger, Kreis Offenbach
Landrat Burkhard Albers, Rheingau-Taunus-Kreis
Landrat Manfred Görig, Vogelsbergkreis
Landrat Joachim Arnold, Wetteraukreis
Kreisbeigeordneter Matthias Zach, Main-Kinzig-Kreis

Gesellschafterversammlung: u.a. Landrat Manfred Michel, Limburg-Weilburg

Geschäftsführung: Prof. Knut Ringat, Sprecher der GF
Dr. André Kavai
Stellvertreter Susanne Bieling
oder Prokuristen: Kai Daubertshäuser
Thomas Busch
Thomas Kern
Jörg Puzicha

Unternehmensdaten

Bilanz	2015	2014	2013
AKTIVA	TEUR	TEUR	TEUR
Sachanlagen	6.495	6.277	7.060
Finanzanlagen	1.904	1.609	1.309
Anlagevermögen	8.399	7.886	8.369
Vorräte	89	89	89
Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände	26.401	25.739	22.839
Kassenbestand, Wertpapiere	709	709	1074
Liquide Mittel	208	387	-
Umlaufvermögen	27.407	26.924	24.002
Rechnungsabgrenzungsposten	355	357	127
SUMME AKTIVA	36.161	35.167	32.498
	2015	2014	2013
PASSIVA	TEUR	TEUR	TEUR
Gezeichnetes Kapital	690	690	690
Rücklagen	1.481	1.481	1.481
Eigenkapital	2.171	2.171	2.171
Sonderposten für Zuschüsse	8.399	7.886	8.369
Rückstellungen	19.183	15.983	14.568
Verbindlichkeiten	6.312	9.052	7.384
Rechnungsabgrenzungsposten	96	75	6
SUMME PASSIVA	36.161	35.167	32.498

Gewinn- und Verlustrechnung	2015 TEUR	2014 TEUR	2013 TEUR
Zur Aufwandsdeckung verfügbare Zuwendungen	44.935	38.306	31.367
+ Umsatzerlöse	2.722	1.960	2.589
+ Sonstige betriebliche Erträge	1.315	1.012	1.549
- Zuführung zu Sonderp. für Zuschüsse zum AV	3.107	3.138	2.988
- Materialaufwand	31.301	21.277	17.515
- Personalaufwand	11.930	11.059	10.326
- Sonstige betriebliche Aufwendungen	3.975	5.339	5.424
+ Erträge aus Gewinnabführung	1.754	1.602	1.411
+ Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	48	96	157
- Abschreibungen auf Finanzanlagen etc.	4	5	8
- Zinsen und ähnliche Aufwendungen	454	479	434
Betriebsergebnis	3	1.179	378
- Außerordentliche Aufwendungen	3	1.179	378
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	0	0	0

Auswirkungen auf den Kreishaushalt

Im Berichtsjahr wurden Umlagenanteile in Höhe von gesamt 107.268,34 Euro zur Komplementärfinanzierung der RMV GmbH gezahlt.

Kennzahlen

Aus dem Jahresabschluss ermittelte Kennzahlen	2015	2014	Veränderung absolut in %
Eigenkapitalquote (Eigenkapital/Gesamtkapital)	6,0 %	6,2 %	
Eigenkapitalrendite (Jahresergebnis / (Gez.Kapital+Rücklagen))	0,0 %	0,0 %	
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit (TEUR)	739	1.396	
Sachanlagenintensität (Sachanlagevermögen/Gesamtvermögen)	18,0 %	17,8 %	
Sonstige Kennzahlen			
Anzahl der Beschäftigten (Jahresdurchschnitt)	138	132	
Anzahl der Linien des lokalen u. regionalen Verkehrs im RMV	980	980	
Angebotskilometer (lokaler Verkehr, in TNUTZKm)	139.263	139.901	
Angebotskilometer (regionaler Verkehr, in TNUTZKm)	64.079	62.665	
Haltestellen (beide Richtungen) ca.	11.800	11.800	

Situationsbericht

Grundsätzliche Regelung über Verlustabdeckung, Gewinnabführung, Konzessionsabgabe

Grundsätzlich ist die RMV GmbH nach ihrem Gesellschaftsvertrag kein gewinnorientiertes Unternehmen, so dass das Jahresergebnis sich immer mit Null darstellt. Dies ist darin begründet, dass die nicht verbrauchten Landesmittel bisher an das Land Hessen zurückgeführt werden müssen und seit Einführung der Pauschalierung auf das nächste Jahr übertragen werden, ohne dass sie als Gewinn in der Bilanz dargestellt werden.

Auszüge aus dem Lagebericht

Allgemeines

Die mit dem Land Hessen geschlossene Finanzierungsvereinbarung endete 2014. Zur Finanzierungsvereinbarung vom 14.12.2009 (in der Fassung vom 01.11.2011 über die Förderung des ÖPNV im Verbundgebiet des RMV) zwischen dem Land Hessen und dem RMV wurde eine Zusatzvereinbarung über die Verlängerung von 2 Jahren abgeschlossen.

In 2014 konnte auf Bundesebene noch nicht abschließend über die Höhe, der den Ländern ab dem Jahr 2015 zustehenden Regionalisierungsmitteln entschieden werden. Es werden derzeit lediglich Mittel in Höhe von 2014 zuzüglich einer Fortschreibung in Höhe von 1,5% bereitgestellt. Für das Jahr 2016 werden im Rahmen der 3. Zusatzvereinbarung mit dem Land zusätzlich 24 Mio. € bereitgestellt. Es fehlt weiterhin die wesentliche Voraussetzung für den Abschluss einer neuen Finanzierungsvereinbarung (2017-2021).

Im Rahmen der hessischen Mobilitätsoffensive beteiligt sich der RMV mit anderen Partnern für die Entwicklung integrierter Mobilitätsdienstleistungen am Projekt HOLM (House of Logistic and Mobility).

Darüber hinaus ist die RMV GmbH bestrebt, für ihre Kunden mittelfristig ein System für elektronisches Fahrgeldmanagement der höchsten Komfortstufe „Einsteigen und Losfahren“ (Be-In/Be-Out-Systems) aufzubauen und einzuführen. Das RMV-HandyTicket bzw. die „App“ werden in der Entwicklung stetig weiter vorangetrieben. Ebenso werden weitere Fahrkarten als eTicket angeboten.

Wirtschaftliche Lage der Gesellschaft

Ertragslage

Die Betriebsaufwendungen der RMV GmbH sind im Geschäftsjahr 2015 im Vergleich zu 2014 um TEUR 8.202 auf TEUR 50.317 gestiegen (i. Vj. TEUR 42.114). Im Wesentlichen betraf dies den Anstieg von Aufwendungen für bezogene Leistungen um TEUR 9.526, sowie die Erhöhung des Personalaufwandes um TEUR 871 auf TEUR 11.930 (i. Vj. TEUR 11.058). Der Aufwand für sonstige Steuern sank um TEUR 799 auf TEUR 3 (i. Vj. TEUR 802).

Die Aufwendungen für bezogene Leistungen resultieren im Wesentlichen aus den Projektaufwendungen TEUR 31.301 und sind bedingt durch die Tätigkeitsschwerpunkte im strategischen Bereich angestiegen. Die Erhebungskosten 2015 bilden eine temporäre Spitze in Höhe von TEUR 5.470.

Die Zuwendungen des Landes Hessen im Rahmen der bestehenden Finanzierungsvereinbarung, sowie die Beiträge der kommunalen Aufgabenträger betragen TEUR 44.935 (i. Vj. TEUR 38.306). Hinzu kamen sonstige betriebliche Erträge von TEUR 4.038 (i. Vj. TEUR 2.972). Somit belief sich das Betriebsergebnis der RMV GmbH auf TEUR -1.344 (i. Vj. TEUR -836).

Das Beteiligungsergebnis von insgesamt TEUR 1.754 (i. Vj. 1.602) betrifft die Erträge aus den Gewinnabführungen der fahma sowie der rms.

Das Zinsergebnis ist negativ in Höhe von TEUR -405 (i. Vj. TEUR -383) und ist im Wesentlichen bestimmt durch Zinsaufwendungen aus der Aufzinsung von Rückstellungen.

Das Jahresergebnis ist wie in den Vorjahren systembedingt ausgeglichen.

Vermögenslage

Die Zugänge zum Anlagevermögen betragen im Geschäftsjahr TEUR 3.112 (i. Vj. TEUR 3.138). Sie entfallen im Wesentlichen auf erworbene Softwareprogramme. Außerdem wurden TEUR 300 in die Eigenkapitalrücklage der fahma GmbH geleistet.

Die Bilanzsumme erhöhte sich zum Stichtag um TEUR 994 auf TEUR 36.161. Dies ist auf der Aktivseite im Wesentlichen auf den Anstieg der sonstigen Forderungen gegen verbundene Unternehmen und die Erhöhung des Anlagevermögens und auf der Passivseite auf die Erhöhung der Rückstellungen (TEUR 3.200) bei gleichzeitiger Verringerung der Verbindlichkeiten (TEUR 2.739) zurückzuführen.

Die Vermögensstruktur hat sich zum Vorjahr geringfügig verändert. Das Anlagevermögen beträgt 23,2 % (i. Vj. 22,4 %) der Bilanzsumme. Entsprechend entfallen 76,8 % (i. Vj. 77,6 %) auf das Umlaufvermögen und die aktiven Rechnungsabgrenzungsposten.

Das Anlagevermögen ist vollständig durch nicht rückzahlbare Zuschüsse finanziert.

Ergebnisse der Beteiligungen

Rhein-Main-Verkehrsverbund Servicegesellschaft mbH (rms)

Der rms ist es gelungen, die wirtschaftliche Entwicklung durch die Besetzung neuer Themen schrittweise von der schwierigen Situation ihrer Kunden in den letzten Jahren abzukoppeln, deren Lage durch sich sukzessive verschlechternde finanzielle Rahmenbedingungen für den ÖPNV geprägt ist. Die Umsatzerlöse sind im Jahr 2015 im Vergleich zum Vorjahr von TEUR 10.070 auf TEUR 10.605 gestiegen. Die Gesamtleistung der rms betrug TEUR 12.793 (im Vorjahr TEUR 10.662). In der Gesamtleistung ist auch die Bewertung der laufenden Projekte (Bestandveränderungen) enthalten. Das Erlösvolumen mit Dritten beträgt TEUR 2.738. Weiterhin wurden Umsätze in Höhe von TEUR 590 mit Fördermitteln aus Forschungsprojekten erzielt. Der Anteil der Drittumsätze und Fördermittel aus Forschungsprojekten am Gesamtumsatz liegt damit bei 3.328 TEUR bzw. 31 %.

Fahrzeugmanagement Region Frankfurt RheinMain GmbH (fahma)

Im Geschäftsjahr 2015 erzielte die fahma Umsatzerlöse aus Nutzungsüberlassung in Höhe von TEUR 6.862. Diesen standen Abschreibungen von TEUR 3.220 sowie Zinsaufwendungen aus der Finanzierung der Fahrzeuge in Höhe von TEUR 2.004 gegenüber.

Das Jahresergebnis der fahma für das Geschäftsjahr 2015 beträgt TEUR 1.419 (i. Vj. TEUR 1.287). Es wird gemäß Ergebnisabführungsvertrag an die RMV GmbH abgeführt.

Der fahma wurde durch die RMV GmbH ein Teil des abzuführenden Ergebnisses 2015 (TEUR 300) eigenkapitalstärkend in Form einer Kapitalrücklage wieder zugeführt. Eine Beschlussfassung durch den Gesellschafter erfolgte am 17. Dezember 2015.

RTW Planungsgesellschaft mbH (RTW)

Die RTW schließt das Geschäftsjahr 2015 mit einem ausgeglichenen Jahresergebnis in Höhe von EUR 0,00 ab.

Die Bilanzsumme erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr von TEUR 7.020 auf TEUR 10.361.

Diese Entwicklung ist im Wesentlichen auf die gegenüber dem Vorjahr höheren Forderungen gegen Gesellschafter und den sonstigen Vermögensgegenstände zurückzuführen. Die Betriebsaufwendungen haben sich im Jahr 2015 um TEUR 2.780 auf TEUR 2.665 verringert. Insgesamt ergibt sich somit ein Mehraufwand aus der Geschäftstätigkeit von TEUR 1.040, der sich im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 4.359 verringert hat.

ivm GmbH (Integriertes Verkehrs- und Mobilitätsmanagement Region Frankfurt RheinMain) (ivm)

Die Bilanzsumme der Gesellschaft ist gegenüber dem Vorjahr um TEUR 196 gesunken. Das langfristig gebundene Vermögen (Anlagevermögen) beträgt 29,5 % der Bilanzsumme

Der Cash-Flow aus betrieblicher Tätigkeit beträgt im Berichtsjahr TEUR 192 und ist damit um TEUR 151 gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Hauptursache ist der Rückgang der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie der Anstieg der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen. Gegenläufig hat sich der Rückgang der sonstigen Verbindlichkeiten aufgrund der Zahlung der Umsatzsteuer 2008 bis 2014 ausgewirkt.

Die Erträge aus Projektförderung und Kooperationsvereinbarungen verminderten sich aufgrund eines reduzierten Wirtschaftsplanes 2015 gegenüber 2014 um TEUR 419.

Die Aufwendungen der Gesellschaft wurden durch Zuschüsse der kommunalen Aufgabenträger und des Landes Hessen ausgeglichen, so dass die Gesellschaft ein ausgeglichenes Jahresergebnis erzielte.

VDV eTicket Service GmbH & Co. KG

Im Geschäftsjahr hielt die RMV GmbH einen Kommanditanteil von TEUR 100. Dies entspricht 10,13 % der Gesamtsumme der Kapitaleinlagen.

Die Umsatzerlöse nahmen im Geschäftsjahr um TEUR 738 auf TEUR 3.172 zu. Die Gesellschaft weist im Geschäftsjahr einen Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 619 aus. Gegenüber dem Vorjahr konnte der Jahresüberschuss um TEUR 315 verbessert werden.

Sonstige Angaben

Geschäftsführer waren im Geschäftsjahr 2015:

- Herr Professor Knut Ringat, Geschäftsführer und Sprecher der Geschäftsführung der RMV GmbH, zuständig für die Geschäftsbereiche Verkehrs- und Mobilitätsplanung, Verkehrs- und Finanzwirtschaft sowie Marketing und Innovation, und Geschäftsführer der fahma
- Herr Dr. André Kawai, Geschäftsführer der RMV GmbH, zuständig für Bestellung und Infrastrukturmanagement, Koordination, Zentrale Aufgaben.

Die Mitglieder des Aufsichtsrates erhalten seit 15. Juni 1999 eine Aufwandsentschädigung von EUR 51,13 pro Person und Sitzung. Im Geschäftsjahr 2014 fielen dafür Aufwendungen in Höhe von insgesamt TEUR 5,6 (i. Vj. TEUR 3,6) an.

Durchschnittliche Mitarbeiterzahl

Die Gesellschaft beschäftigte im Geschäftsjahr 2015 durchschnittlich 138 (i. Vj. 132) Arbeitnehmer, davon 26 Teilzeitkräfte (i. Vj. 26) und stichtagsbezogen 8 Aushilfen (i. Vj. 6).

4.5 Spar- und Bauverein Wetzlar-Weilburg eG



Adresse: Baumeisterweg 17, 35576 Wetzlar

Homepage: www.gewobausparbauwz.de

Geschäftsanteil: 5.500 Euro 0,293 %

Für diese Geschäftsanteile wurde eine Dividende in Höhe von 220 Euro ausgezahlt.

4.6 Vereinigte Volksbank Limburg eG



Adresse: Werner-Senger-Straße 8, 65549 Limburg

Homepage: www.vvblm.de

Geschäftsanteil: 50 Euro (Mitgliedsnummer 800273765)

Für diesen Geschäftsanteil wurde eine Dividende in Höhe von 2,53 Euro ausgezahlt.

Geschäftsanteile: 200 Euro (4 Anteile; Mitgliedsnummer 800072085)

Für diese Geschäftsanteile wurde eine Dividende in Höhe von 10,11 Euro ausgezahlt.

4.7 Frankfurter Volksbank eG



Adresse: Börsenstraße 1, 60313 Frankfurt

Homepage: www.frankfurter-volksbank.de

Geschäftsanteil: 100 Euro

Für diese Geschäftsanteile wurde eine Dividende in Höhe von 5,06 Euro ausgezahlt.

Landrat Manfred Michel als Mitglied in Vertreterversammlung

4.8 Wirtschaftsförderung Limburg-Weilburg-Diez GmbH



Unternehmensportrait

Adresse: Schiede 43,65549 Limburg

Homepage: www.wfg-limburg-weilburg-diez.de

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Gesellschafter:	Landkreis Limburg-Weilburg	15.450 €	15,00 %
	die Städte Bad Camberg, Hadamar, Runkel, Limburg, Weilburg, Diez und Verbandsgemeinde Diez	je 1.800 €	1,75%
	Gemeinde Beselich, Dornburg, Hünfelden, Löhnberg, Mengerskirchen, Merenberg, Selters, Villmar, Waldbrunn, Elz, Brechen, Weilmünster, Weinbach		
	Kreissparkasse Limburg	5.150 €	5,00%
	Kreissparkasse Weilburg	5.150 €	5,00%
	Nassauische Sparkasse	5.150 €	5,00%
	Vereinigte Volksbank e.G. Limburg	3.550 €	3,40%
	Volksbank Mittelhessen e.G.	2.600 €	2,50%
	Frankfurter Volksbank (vorm. Weilmünster)	1.450 €	1,35%
	Volksbank Schupbach	450 €	0,40%
	Volksbank Langendernbach	400 €	0,35%
	Volksbank Rhein-Lahn e.G.	2050 €	2,00%
	Förderverein RegionAktiv e.V. (7 VR 828)	1.800 €	1,75%
	Industrie und Handelskammer Limburg	12.800 €	12,50%
	Kreishandwerkerschaft Limburg-Weilburg	12.800 €	12,50%

Stammkapital: 103.000 Euro

Gründungsjahr: 12. April 1994

Gesell.-vertrag: 12. April 1994, letzte Fassung vom 7. April 2009

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Aufgabe der Wirtschaftsförderungsgesellschaft ist es, von öffentlicher Seite beste Bedingungen zu schaffen, die es Unternehmen ermöglichen, zum Wohl des jeweiligen Gebietes zu investieren und Arbeitsplätze zu schaffen bzw. zu sichern. Im Vordergrund steht dabei die Bestandssicherung und -erweiterung der ansässigen Firmen und die Ansiedlung neuer Unternehmen.

Über diese klassische Aufgabe hinaus, ist die Wirtschaftsförderung mehr und mehr mit Entwicklungsprozessen im Kreisgebiet betraut. Beispielhaft seien hier die Schlagwörter Demographie und Fachkräftebedarf, die erneuerbaren Energien, die Tourismusförderung und der Ausbau der Breitbandversorgung genannt. Die Wirt-

schaftsförderung ist dabei ständig neu vor die Aufgabe gestellt, in Anbetracht vergleichsweise geringer personeller und finanzieller Ressourcen ein stetig wachsendes Spektrum von Verantwortlichkeiten zu vereinen.

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand der Wirtschaftsförderung Limburg-Weilburg-Diez GmbH (WFG) ist die Verbesserung der wirtschaftlichen Struktur der Region Limburg-Weilburg und Diez. Zur Erfüllung dieser Aufgaben ist die Gesellschaft in der Initiierung, Gestaltung, Koordination und Durchführung von Maßnahmen zur indirekten Wirtschaftsförderung in der Region tätig.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Herr. Dipl.-Geogr. Walter Gerharz

**Gesellschafter-
versammlung:** Mitglieder des Kreisausschusses:
Peter Trottmann
Silvia Scheu-Menzer
Christian Radkovsky

Aufsichtsrat: Herr Landrat Manfred Michel Vorsitzender
Herr Erster Kreisbeigeordneter Helmut Jung stellv. Vorsitzender
Herr Bürgermeister Werner Schlenz, Gemeinde Brechen
Herr Bürgermeister Reiner Kuhl, Gemeinde Merenberg
(bis 4. November 2015)
Herr Bürgermeister Michael Franz, Gemeinde Beselich
(ab 4. November 2015)
Herr Stefan Laßmann, Kreishandwerkerschaft Limburg-Weilburg
Herr Stadtbürgermeister Frank Dobra, Stadt und Verbandsgemeinde Diez
Herr Alfred Ullner, Vorstand Vereinigte VoBa eG Limburg
Herr Dipl.Päd. Norbert Oestreicher, Hauptgeschäftsführer IHK Limburg
Herr Patrick Ehlen, Vorstand KSK Limburg
Herr Bürgermeister Thorsten Sprenger, Gemeinde Weinbach
(bis 4. November 2015)
Herr Bürgermeister Jörg Lösing, Gemeinde Weinbach
(ab 4. November 2015)
Herr Michael Stanke, 1.Stadtrat Limburg an der Lahn
Frau Marlene Schmitz, Vorsitzende Region Aktiv e.V. Limburg

Bezüge

Für die Mitglieder des Aufsichtsrates wurden im Berichtsjahr seitens der Gesellschaft keine Aufwandsentschädigungen geleistet.

Unternehmensdaten

Bilanz

Aktiva	2015 in €	2014 in €	2013 in €
Forderungen u. sonst. Vermögensgegenst.	2,00	2,00	2,00
Betriebs- und Geschäftsausstattung	12,00	12,00	12,00
Beteiligungen	7.000.000,00	7.002.676,06	7.002.676,06
Umlaufvermögen	250.607,79	257.062,19	236.045,63
Kassenbestand, Guthaben bei KI	472.359,67	441.256,31	453.999,18
Rechnungsabgrenzungsposten	753,17	735,74	732,80
SUMME AKTIVA	7.723.734,63	7.701.744,30	7.693.467,67
Passiva			
	2015 in €	2014 in €	2013 in €
Gezeichnetes Kapital	103.000,00	103.000,00	103.000,00
Verlustvortrag	205.420,45	198.133,64	192.290,71
Jahresüberschuss	32.279,37	7.286,81	5.842,93
Eigenkapital	340.699,82	308.420,45	301.133,64
Rückstellungen	21.150,00	18.300,00	21.220,00
Verbindlichkeiten	7.031.085,83	7.047.196,53	7.046.344,86
- aus Lieferungen und Leistungen	5.608,18	2.379,04	5.888,12
- gegenüber Gesellschaftern	314.444,51	314.444,51	314.444,51
Sonstige Verbindlichkeiten	10.746,29	11.003,77	4.436,54
SUMME PASSIVA	7.723.734,63	7.701.744,30	7.693.467,67

Gewinn- und Verlustrechnung	2015 in €	2014 in €	2013 in €
+ Erträge aus Zuschüssen	106.505,04	106.505,04	100.112,91
+ sonstige betriebliche Erträge	55.993,54	45.163,31	37.175,06
- Materialaufwand	11.424,28	41.646,63	9.426,57
- Abschreibungen	0,00	409,00	144,32
- sonstige betriebliche Aufwendungen	107.738,94	102.534,25	120.479,72
+ Erträge aus Beteiligungen	204.050,00	219.450,00	218.610,00
+ sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	53,81	429,99	1.716,01
- Zinsen und ähnliche Aufwendungen	31.582,63	47.196,53	46.344,86
Ergebnis der gewönl. Geschäftstätigkeit	36.599,03	13.483,50	10.593,92
- sonstige Steuern	4.319,66	6.196,69	4.750,99
Jahresüberschuss	32.279,37	7.286,81	5.842,93

Geschäftsverlauf

Lagebericht 2015

Am 12. April 1994 fand die Gründungsversammlung der Wirtschaftsförderung Limburg-Weilburg-Diez GmbH (WFG) statt. In das Handelsregister B am Amtsgericht Limburg wurde die WFG am 01. Dezember 1994 unter der Nummer 1260 eingetragen.

Im Geschäftsjahr 2015 fanden 2 Aufsichtsratssitzungen und 1 Gesellschafterversammlung statt.

In der 51. Aufsichtsratssitzung vom 15. April 2015, die bei der WFG im Kreishaus in Limburg stattfand, standen der Jahresabschluss 2014, die Entlastung der Geschäftsführung, ein ausführlicher Tätigkeitsbericht und der Erlass eines öffentlichen Vertrauensaktes auf der Tagesordnung.

Die 52. Aufsichtsratssitzung fand am 15. September 2015 im Sitzungssaal Westwald im Kreishaus statt. Auf der Tagesordnung standen die Berichte zu den Vertrauensakten des Landkreises, der Verbandsgemeinde Diez und der Stadt Diez. Desweiteren waren der Bericht der Geschäftsführung über laufende Projekte, der Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2016, die Beauftragung der WFG mit dem LEADER-Regionalmanagement sowie Veränderungen im Aufsichtsrat Themen der Sitzung.

Am 4. November 2015 fand im Rathaus der Stadt Limburg die 29. Gesellschafterversammlung der WFG statt. Themen der Versammlung waren der Tätigkeitsbericht der Geschäftsführung, die Feststellung des Jahresabschlusses 2014, der Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2016 und die Wahl des Prüfers für das Geschäftsjahr 2015. Weiterhin erfolgte die Entlastung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 2014. Bestätigt wurden weiterhin zwei neue Aufsichtsratsmitglieder sowie der gesamte Aufsichtsrat der Gesellschaft für weitere 4 Jahre. Wie in den Jahren zuvor bestand 2015 das Aufgabengebiet der WFG im Wesentlichen im Angebot und der Erbringung von Dienstleistungen in Form von Beratungen. Mittelpunkt bildeten hierbei betriebswirtschaftliche Fragestellungen, Standortthemen, Informationen über Förderprogramme für die gewerbliche Wirtschaft sowie Fragen zur Infrastrukturplanung.

Ein Schwerpunkt im Geschäftsjahr 2015 war die Betreuung und Beratung von Unternehmen und Existenzgründern. Neben individuellen Beratungen konnte die WFG zur Unterstützung von Unternehmensgründungen wieder ein umfassendes Jahresprogramm für die Region Limburg-Weilburg-Diez erstellen. Die regelmäßig monatlich durchgeführten Seminare zur Erstinformation von Gründern und Jungunternehmen aus allen Branchen und Gewerken sowie die mit Partnern durchgeführten Unternehmenssprechtage waren stets gut besucht.

Die erfolgreiche Beratungsleistung der WFG zeigt sich auch darin, dass die Region in aktuellen Berichten der KfW und der Kammern zu den gründungsstarken Regionen außerhalb der Ballungsräume gezählt werden kann.

Im Aufgabenbereich des Standortmarketings ist in 2015 vor allem der gemeinsame Auftritt der Landkreise, Oberzentren und namhafter Firmen aus Mittelhessen auf der Exporeal in München hervorzuheben. Im Bereich der Bestandsentwicklung konnte die WFG ebenfalls erfolgreiche Vorhaben in der Region unterstützen.

Zusammen mit der IHK Limburg, der Arbeitsagentur Limburg-Wetzlar, dem Jobcenter und der Kreishandwerkerschaft Limburg-Weilburg organisierte die WFG im Oktober auch wieder einen Gründertag. Es gelang den Organisatoren, alle relevanten Institutionen und Ansprechpartner für Existenzgründer und Jungunternehmer für die Teilnahme zu gewinnen.

Ein wichtiges Tätigkeitsfeld war im Geschäftsjahr 2015 erneut die Breitbandversorgung der Region. Die WFG konnte hier fundierte Beratungsleistungen erbringen und in Kooperation mit dem Landkreis und den Kommunen eine kostengünstige flächendeckende Breitbandversorgung des Landkreises auf den Weg bringen. Der Projektabschluss der flächendeckenden Breitbandversorgung ist für den Sommer 2016 geplant.

Auf Grund des von der WFG in 2014 erstellten Entwicklungskonzeptes für die Region wurde der Landkreis im Frühjahr 2015 vom Land Hessen offiziell als LEADER-Region anerkannt. Mit dieser Anerkennung stehen dem Landkreis bis zum Ende der EU-Förderperiode im Jahre 2020 ca. 2.100.000,00 € als anteiliger Zuschuss für Projekte zur Verfügung. Der eigens gegründete Trägerverein des LEADER-Prozesses, Regionalentwicklung Limburg-Weilburg e.V., beauftragte die WFG für den Zeitraum 01.08.2015 – 31.12.2020 mit dem erforderlichen Regionalmanagement. Dies generiert zusätzliche Einnahmen aber auch Kosten für die WFG.

Im Rahmen der Geschäftsführung durch die WFG konnten bereits mehrere Projekte erfolgreich aus dem europäischen ELER-Fonds finanziell gefördert werden.

Im Bereich der Tourismusförderung, die seit 2011 bei der WFG angesiedelt ist, ergab sich ebenfalls ein breites Aufgabenfeld in den Bereichen der Beratung, der Gästebetreuung und der Erstellung von aktuellen Informationsmaterialien.

Bereits seit 1998 ist die WFG Träger eines Förderprogramms zur Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze innerhalb des Landkreises. Auch in 2015 konnte die WFG Zuschüsse für überwiegend erstmals geschaffene Ausbildungsplätze im Landkreis Limburg-Weilburg vergeben.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die WFG im Geschäftsjahr 2015 in allen Aufgabengebieten ihre Beratungsleistungen erfolgreich anbieten konnte.

Vermögenslage

Die Veränderungen der Vermögens- und Kapitalstruktur im Vergleich zum Vorjahr zeigt die folgende Übersicht:

	31.12.2015		31.12.2014	
	T€	%	T€	%
Anlagevermögen	7.000	90,6	7.003	91,0
Umlaufvermögen/RAP	724	9,4	699	9,0
	7.724	100,0	7.785	100,0
	31.12.2015		31.12.2014	
Eigenkapital	341	4,4	308	4,0
Langfristige Verbindlichkeiten	7.314	94,7	7.314	95,0
Kurzfristige Verbindlichkeiten	69	0,9	80	1,0
	7.724	100,0	7.701	100,0

Im Berichtsjahr haben sich keine wesentlichen Veränderungen ergeben.

Finanzlage

Die Kapitalflussrechnung stellt sich wie folgt dar:

	<u>2015</u>	<u>2014</u>
	T€	T€
Cash-Flow aus laufender Geschäftstätigkeit	37	14
Cash-Flow aus der Investitionstätigkeit	0	0
Cash-Flow aus der Finanzierungstätigkeit	-6	1
Zahlungswirksame Veränderung der Finanzmittelfonds	<u>31</u>	<u>-13</u>
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	441	454
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	<u>472</u>	<u>441</u>

Ertragslage

Die folgende Aufstellung zeigt die Ertragslage im Vorjahresvergleich:

	<u>2015</u>	2014	<u>Ergebnisveränderung</u>	
	T €	T €	T€	%
Erträge aus Zuschüssen	106,5	106,5	0,0	0,0
Betriebsergebnis	-133,2	-159,2	26,0	1,6
Finanzergebnis	169,8	172,7	-2,9	0,2
Jahresüberschuss	32,2	7,3	24,9	341,0

Der Jahresüberschuss ist um T€ 24,9 gegenüber dem Vorjahr gestiegen.

Voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft und Risiken der künftigen Entwicklung

Die Wirtschaftsförderung Limburg-Weilburg-Diez GmbH hat sich seit ihrer Gründung im Jahr 1994 als zuverlässige und qualitativ anspruchsvolle Beratungseinrichtung in der Region etabliert. Die aktive Kontaktpflege zu den ansässigen Unternehmen, die Unternehmensnähe und die große Resonanz auf das Beratungs- und Dienstleistungsangebot sprechen für dieses Konzept.

Mit Vertrag vom 5. Dezember 2006 hat die Gesellschaft einen Vertrag als stiller Gesellschafter mit der Nassauischen Sparkasse mit einer Vermögenseinlage von € 7,0 Mio. geschlossen. Die Laufzeit war zunächst auf das Ende des Kalenderjahres 2015 befristet und ist für beide Seiten unkündbar.

Mit Datum 16.12.2010 wurde die Laufzeit der Vermögenseinlage prolongiert. In Abänderung von § 4 Abs. 1 des Vertrages über die stille Gesellschaft wurde die Laufzeit der stillen Gesellschaft über den 31.12.2015 hinaus bis zum Ende des Kalenderjahres 2032 verlängert. Der Kreistag des Landkreises Limburg-Weilburg, der die Bürgerschaft übernommen hat, hat in seiner 34. Sitzung am 10.12.2010 dieser Prolongation zugestimmt.

Für die stille Gesellschaft wird eine Verzinsung im Nennbetrag der Einlage mit dem 12-Monats Euribor zuzüglich einer Marge von 2,58 % gewährt. Die stille Gesellschaft ist an einem etwaigen Verlust der Nassauischen Sparkasse im Verhältnis ihres Buchwertes zum sonstigen am Verlust teilnehmenden haftenden Eigenkapital der

Nassauischen Sparkasse beteiligt, jedoch begrenzt auf die Höhe der Vermögenseinlage.

Die Vermögenseinlage wurde in voller Höhe bei einem Kreditinstitut (HSH Nordbank AG) refinanziert. Der Kredit ist endfällig am 30. April 2016 und durch eine 100%ige Ausfallbürgschaft des Landkreises Limburg-Weilburg abgesichert. Es ist lediglich eine außerordentliche Kündigungsfrist vorgesehen.

Im Kontext der in 2014 und 2015 geführten Gespräche zur zukünftigen Finanzierung der Vermögenseinlage entschieden sich die Gewährträger auf Grund der aktuellen Bürgschaftsvoraussetzungen für eine Modifikation der Vermögenseinlage. Mit Datum 1.05.2016 werden die Vermögenseinlagen der Gewährträger ausschließlich über eine Zweckgesellschaft (ZVN) erbracht. Mit diesem Datum wird die WFG ihre Beteiligung an die Zweckgesellschaft übertragen und gleichzeitig den Kredit bei der HSH Nordbank tilgen. Zukünftig erhält somit der Landkreis Limburg-Weilburg über die Zweckgesellschaft ZVN den jährlichen Zinsertrag aus der Beteiligung. Die WFG wird ab diesem Datum vom Landkreis Limburg-Weilburg über die bestehende Beitragsordnung nach Einwohnerzahl finanziert.

Für das Geschäftsjahr 2016 rechnet die Gesellschaft laut Wirtschaftsplan mit einem leicht negativen Ergebnis.

Die WFG wird auch 2016 ihr umfassendes Beratungs- und Dienstleistungsangebot vorhalten und bei Bedarf in Teilbereichen weiter ausbauen. Die Anpassungsfähigkeit an veränderte wirtschaftliche Rahmenbedingungen und Beschlüsse der Gesellschafter ist dabei stets gewährleistet.

4.9 ZVN Finanz GmbH

Unternehmensportrait

Adresse: Karl-Bosch-Straße 10, 65203 Wiesbaden

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Gesellschafter:	Landkreis Limburg-Weilburg	2.840 Euro	11,4 %
	Landeshauptstadt Wiesbaden	6.150 Euro	24,6 %
	Westerwaldkreis	5.350 Euro	21,4 %
	Rhein-Lahn-Kreis	4.100 Euro	16,4 %
	Main-Taunus-Kreis	3.700 Euro	14,8 %
	Hochtaunuskreis	2.840 Euro	11,4 %

Stammkapital: 25.000 Euro

Gründungsjahr: 2006

Gesell.-vertrag: 29. September 2006; letzte Änderung im Mai 2007

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Durch die Bereitstellung von haftendem Eigenkapital für die Nassauische Sparkasse trägt die ZVN mit dazu bei, ihren öffentlichen Auftrag zu erfüllen. Hierzu gehören insbesondere die Förderung des Sparens, der übrigen Formen der Vermögensbildung sowie die Befriedigung des örtlichen Kreditbedarfs. Zu dem öffentlichen Auftrag gehört auch, die kommunalen Belange insbesondere in wirtschaftlichen, regionalpolitischen, sozialen und kulturellen Bereichen zu fördern.

Gegenstand des Unternehmens:

Satzungsgemäßer Gegenstand des Unternehmens ist die Bereitstellung von Kapital an die Nassauische Sparkasse (Naspa), welches auf Seiten der Sparkasse als haftendes Eigenkapital im Sinne des Kreditwesengesetzes anerkannt ist, sowie die Vornahme aller diesem Zweck unmittelbar und mittelbar dienenden Geschäfte.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Andreas Diehl

Gesellschafterversammlung

Bezüge

Der Geschäftsführer erhielt im Jahr 2015 eine Vergütung in Höhe von 1.000 Euro.

Unternehmensdaten

Bilanz	2015 in €	2014 in €	2013 in €
Aktiva			
Anlageverm., Bet. als stiller Gesellschafter	51.000.000,00	51.000.000,00	51.000.000,00
Umlaufverm. / Forderungen und sonst Verm	1.951.539,00	2.040.518,00	2.052.636,00
Guthaben bei Kreditinstituten	448.385,74	349.420,24	233.407,58
Summe	53.399.924,74	53.389.938,24	53.286.043,58
Passiva			
	2014 in €	2014 in €	2013 in €
Gez. Kapital	25.000,00	25.000,00	25.000,00
Ausstehende Einlagen	12.500,00	12.000,00	12.000,00
Einlage des stillen Gesellschafters	39.000.000,00	39.000.000,00	39.000.000,00
Gewinnrücklagen	503.168,99	406.714,16	306.781,21
Jahresüberschuss	100.066,70	96.454,83	99.932,95
Eigenkapital	39.615.735,69	39.515.668,99	39.419.214,16
Genussscheinkapital	12.000.000,00	12.000.000,00	12.000.000,00
Rückstellungen	35.296,55	32.849,25	32.922,34
Verbindlichkeiten	1.748.892,50	1.841.420,00	1.833.907,08
Summe	53.399.924,74	53.389.938,24	53.286.043,58

Gewinn- und Verlustrechnung	2015 in €	2014 in €	2013 in €
Sonstige betriebliche Erträge	222,25	11,74	710,73
Personalaufwand, Löhne und Gehälter	1.000,00	1.000,00	1.000,00
Sonst. betriebliche Aufwendungen	8.907,09	8.733,59	7.461,08
Erträge aus d. Bet. als stiller Gesellschafter	1.948.920,00	2.040.180,00	2.032.770,00
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,14	492,80	745,06
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.751.894,47	1.845.616,52	1.835.844,53
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	187.340,83	185.334,43	189.920,18
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	87.274,13	88.879,60	89.987,23
Jahresüberschuss	100.066,70	96.454,83	99.932,95

Geschäftsverlauf

Die ZVN Finanz GmbH hat per 1. Dezember 2006 eine stille Einlage von 39,0 Mio. EUR erhalten und am gleichen Tag eine stille Einlage von ebenfalls 39,0 Mio. EUR bei der Nassauischen Sparkasse platziert. Aus den Geschäften erzielt die ZVN Finanz GmbH eine Marge. Die erhaltene und die platzierte stille Einlage waren ursprünglich bis zum 31. Dezember 2015 befristet. Im Dezember 2010 wurde die Laufzeit der bei der Nassauischen Sparkasse platzierten stillen Einlage bis zum 31. Dezember 2032 prolongiert. Die Rückzahlung der erhaltenen stillen Einlage erfolgt vereinbarungsgemäß am zweiten Bankarbeitstag nach Feststellung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2015 der ZVN, spätestens jedoch am 29. April 2016.

Am 29. Februar 2008 hat die ZVN Finanz GmbH einen Genussschein von 12,0 Mio. EUR an die Naspas Grundbesitz I GmbH & Co. KG, Wiesbaden, verkauft und am gleichen Tag von der Nassauischen Sparkasse einen Genussschein von 12,0 Mio. EUR erworben. Daraus erzielt die ZVN Finanz GmbH eine feste Marge. Die Laufzeit

der Genussscheine endet jeweils am 31. Dezember 2015; die Rückzahlung erfolgt jeweils vereinbarungsgemäß am 30. April 2016.

Im Geschäftsjahr 2015 wurde ein Jahresüberschuss von 100 TEUR erzielt.

Nach dem 31. Dezember 2015 sind keine Vorgänge eingetreten, die wesentliche Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft haben.

Ausblick

Die Verzinsung der stillen Einlage der Naspa wurde für den Zeitraum vom 1. Januar 2016 bis 31. Dezember 2025 neu festgesetzt. Die aktuelle Refinanzierung der Gesellschaft endet am 29. April 2016. Die Verhandlungen mit einem Kreditinstitut über die weitere Refinanzierung sind dem Grunde nach abgeschlossen. Offen ist noch die konkrete Verzinsung.

In Abhängigkeit von der Verzinsung wird die an die Gesellschafter zu zahlende Avalprovision gegebenenfalls dergestalt angepasst, dass das Geschäftsmodell der Gesellschaft weiterhin tragfähig ist.

Abweichungen können auftreten, wenn die Nassauische Sparkasse in einem Geschäftsjahr nicht in der Lage sein sollte, die Zinsverpflichtung für die bei ihr platzierte stille Einlage aus dem Jahresüberschuss zu bedienen. In diesem Fall besteht ein Anspruch auf Nachholung der Verzinsung sowie ein Anspruch auf Ersatz der für eine Zwischenfinanzierung erforderlichen Aufwendungen.

Besondere Chancen und Risiken werden zurzeit nicht gesehen.

5 Zweckverbände

5.1 Tierkörperbeseitigung in Rheinland Pfalz, im Saarland, im Rheingau-Taunus-Kreis und im Landkreis Limburg-Weilburg i. L.

Unternehmensportrait

Adresse:	Am Orschbach 2, 54518 Rivenich	
Homepage:	www.mulewf.rlp.de	
Rechtsform:	Zweckverband	
Mitglieder:	Landkreise Ahrweiler, Alzey-Worms, Bad Kreuznach, Birkenfeld, Cochem-Zell, Donnersbergkreis, Kaiserslautern, Limburg-Weilburg Mainz-Bingen, Merzig-Wadern, Neuwied, Rhein-Hunsrück-Kreis, Rheingau-Taunus-Kreis, Saarpfalzkreis, Stadtverband Saarbrücken, Trier-Saarburg,	Altenkirchen (Westerwald), Bad Dürkheim, Bernkastel-Wittlich, Bitburg-Prüm, Daun, Germesheim, Kusel, Ludwigshafen, Mayen-Koblenz, Neunkirchen, Pirmasens, Rhein-Lahn-Kreis Saarlouis St. Wendel, Südliche Weinstraße, Westerwaldkreis,
Stammkapital:	2.200.000 Euro	
Gründungsjahr:	1981 (Hessen)	
Beteiligungen:	Gesellschaft für Tierkörperbeseitigung mbH (GFT)	100 %

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung

Gegenstand des Unternehmens:

Der Zweckverband übernimmt alle Rechte und Pflichten, die den Landkreisen und kreisfreien Städten als Beseitigungspflichtigen nach dem Gesetz über die Beseitigung von Tierkörpern, Tierkörperteilen und tierischen Erzeugnissen obliegen.

Organe des Unternehmens

Verbandsversammlung Jedes Mitglied der Verbandsversammlung hat eine Stimme.
Mitglied: Landrat Manfred Michel

Verbandsvorsteher, Werkausschuss, Werkleitung

Unternehmensdaten

Tierkörperbeseitigungsbetrieb des Zweckverbandes Tierkörperbeseitigung in Rheinland-Pfalz, im Saarland, im Rheingau-Taunus-Kreis und im Landkreis Limburg-Weilburg

Bilanz

Aktiva	2013 in €	2012 in €
A. Anlagevermögen:		
Konzessionen, gewerbl. Schutzrechte	5.593,52	21.956,05
Geleistete Anzahlungen	94.439,82	41.816,40
Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	7.222.526,69	7.555.084,01
Maschinen und maschinelle Anlagen	2.997.568,66	3.788.857,05
Fuhrpark	1.648.637,58	1.835.010,76
Betriebs- und Geschäftsausstattung	147.298,31	182.563,19
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	225.666,65	508.143,98
Anteile an verbundenen Unternehmen	25.000,00	25.000,00
B. Umlaufvermögen:		
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	1.478.411,55	1.608.110,89
Fertige Erzeugnisse und Waren	130.270,16	187.417,79
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	2.734.024,52	1.894.250,82
Forderungen an die Einrichtungsträger	0,00	1.107.147,18
Sonstige Vermögensgegenstände	862.814,50	573.665,98
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	26.509,91	1.021.163,71
C. Rechnungsabgrenzungsposten	26.661,45	26.620,50
D. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	43.509.135,45	40.082.294,17
SUMME AKTIVA	61.134.558,77	60.459.732,48
Passiva	2013 in €	2012 in €
A. Eigenkapital		
Stammkapital	2.200.000,00	2.200.000,00
Zweckgebundene Rücklagen	368.130,15	368.130,15
Allgemeine Rücklage	4.878.904,57	4.878.904,57
Verlustvortrag	47.529.958,89	44.892.411,80
Jahresverlust	3.426.211,28	2.637.547,09
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	43.509.135,45	40.082.924,17
B. Rückstellungen		
Steuerrückstellungen	9.307,00	1.338,99
Sonstige Rückstellungen	44.813.818,07	43.785.221,50
C. Verbindlichkeiten		
Verbindlichkeiten ggü. Kreditinstituten	14.622.449,09	14.614.749,36
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	630.018,22	892.123,23
Verbindlichkeiten ggü. Verbundenen Unternehmen	682.817,69	724.939,78
Verbindlichkeiten ggü. Den Einrichtungsträgern	273.902,98	333.491,68
Sonstige Verbindlichkeiten	102.245,72	107.867,94
SUMME PASSIVA	61.134.558,77	60.459.732,48

Gewinn- und Verlustrechnung	2013 in €	2012 in €
1. Umsatzerlöse	12.605.494,34	15.438.264,65
2. Erhöhung des Bestandes an Erzeugnissen	-57.147,63	+11.972,81
3. Sonstige betriebliche Erträge	661.088,51	243.133,75
4. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	2.771.728,37	2.795.154,55
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	5.653.545,61	5.683.422,27
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	1.896.470,79	3.091.920,63
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	4.289.623,60	4.771.373,88
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	766,63	6.330,70
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	652.350,32	652.970,03
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-2.053.516,84	-1.295.139,45
10. Außerordentliches Ergebnis	-1.289.388,96	-1.263.784,13
11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	25.530,18	17.767,74
12. Sonstige Steuern	57.775,30	60.855,77
Jahresverlust	-3.426.211,28	-2.637.547,09

Der Jahresabschluss für die Jahre 2014/2015 lag zum Zeitpunkt der Erstellung des Beteiligungsberichts noch nicht vor.

Der Zweckverband befindet sich aktuell in Liquidation. Seit dem 1. Januar 2016 gehört der Landkreis Limburg-Weilburg dem Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Hessen Süd an. Nähere Erläuterungen hierzu unter 5.3.

5.2 Zweckverband Naturpark Taunus



Unternehmensportrait

Adresse: Hohemarkstraße 192, 61440 Oberursel

Homepage: www.naturpark-taunus.de

Rechtsform: Zweckverband

Gesellschafter:	Hochtaunuskreis	38,22 %
	Main-Taunus-Kreis	32,81 %
	Wetteraukreis	7,61 %
	Stadt Frankfurt am Main	7,61 %
	Landkreis Limburg-Weilburg	6,11 %
	Lahn-Dill-Kreis	6,11 %
	Landkreis Gießen	1,53 %

Gründungsjahr: 1962

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung.

Gegenstand des Unternehmens:

Förderung des „Naturparks Taunus“ im Zusammenwirken mit allen interessierten Stellen, insbesondere durch Maßnahmen auf dem Gebiet des Landschaftsschutzes mit dem Ziel, in diesem als Erholungsgebiet geeigneten Raum die heimische Tier- und Pflanzenwelt zu schützen, die Landschaft zu erhalten, zu pflegen und zu gestalten und den Menschen eine naturgemäße Erholung zu ermöglichen.

Verbandsumlage	20.800 Euro im Jahr 2012
	21.200 Euro im Jahr 2013
	21.600 Euro im Jahr 2014
	22.500 Euro im Jahr 2015

Organe des Unternehmens

Verbandsvorstand	Landrat Ulrich Krebs, Hochtaunuskreis	Vorsitzender
	Landrat Michael Cyriax	stellv. Vorsitzender
	Landrätin Anita Schneider, Landkreis Gießen	
	Peter Dommermuth, Stadt Frankfurt am Main	
	Karl-Heinz Stoll, Landkreis Limburg-Weilburg	
	Bardo Bayer, Wetteraukreis	
	Wolfram Dette, Lahn-Dill-Kreis	

**Verbandsversammlung konstituierende Sitzung findet am 30. November 2016
statt** (besteht aus 31 Mitgliedern)

davon für den Landkreis Limburg-Weilburg:

Ferdinand Muth, Selters
Willi Hamm (Vertreter)
Reinhold Ketter, Weinbach
Christian Radkovsky (Vertreter)

5.3 Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Hessen-Süd

Unternehmensportrait

Adresse: Am Brunnengewännchen 5, 68623 Lampertheim-Hüttenfeld

Homepage: www.tva@zakb.de

Rechtsform: Zweckverband

Gesellschafter:	Landkreis Aschaffenburg	5,49%
	Landkreis Bergstraße	13,48%
	Landkreis Darmstadt-Dieburg	11,20%
	Landkreis Groß-Gerau	3,91%
	Hochtaunuskreis	2,15%
	Main-Kinzig-Kreis	12,28%
	Main-Taunus-Kreis	1,30%
	Odenwaldkreis	5,03%
	Landkreis Offenbach	4,89%
	Wetteraukreis	12,10%
	Rhein-Neckar-Kreis	7,07%
	Stadt Aschaffenburg	2,77%
	Stadt Darmstadt	0,58%
	Stadt Frankfurt	2,84%
	Stadt Mannheim	12,91%
	Stadt Offenbach	0,45%
	Stadt Wiesbaden	1,55%

Gründungsjahr: 1994

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung Hilbert Bocksnick, Kreis Bergstraße

Verbandsvorstand	Matthias Wilkes, Kreis Bergstraße	Vorsitzender
	Rosemarie Lück, LK Darmstadt-Dieburg stellv.	Vorsitzender
	Oliver Grobeis, Odenwaldkreis	Mitglied

Verbandsversammlung	Gerhard Weber, Wetterau-Kreis	Vorsitzender
	Frank Sürmann, Bergstraße	stellv. Vorsitzender

Unternehmensdaten

Bilanz	2015 in €	2014 in €	2013 in €
Aktiva			
Flüssige Mittel	73.444,70	92.265,48	109.890,41
Summe	73.444,70	92.265,48	109.890,41
Passiva	2015 in €	2014 in €	2013 in €
Netto-Position	191.221,59	191.221,59	191.221,59
a.o. Ergebnisse aus Vorjahren	-98.956,11	-81.331,18	-63.340,18
Ordentlicher Jahresüberschuss	-18.584,90	-17.624,93	-17.991,00
Eigenkapital	73.444,70	92.265,48	109.890,41
Summe	73.444,70	92.265,48	109.890,41

Gewinn- und Verlustrechnung	2015 in €	2014 in €	2013 in €
Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	0,00	169,44	246,53
Sonstige ordentliche u. Außerordentliche Einz.	-117,94	75,62	0,00
Summe Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-117,94	245,06	246,53
Auszahlungen aus Sach- und Dienstleistungen	-18.702,84	-17.869,99	-18.237,53
Summe Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-18.702,84	-17.869,99	-18.237,53
Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag	-18.820,78	-17.624,93	-17.991,00
Finanzmittelbestand am Anfang des Hj.	92.265,48	109.890,41	128.141,17
Finanzmittelbestand am Ende des Hj.	73.444,70	92.265,48	109.890,41

Gesamtergebnisrechnung

In den ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 18,7 T € sind Aufwendungen für bezogene Leistungen von rd. 12,9 T € enthalten. Weiterhin enthalten sind Aufwendungen für Aufsichtsrat bzw. Beirat oder dergleichen in Höhe von rd. 3,0 T €. Die restlichen rd. 2,8 T € betreffen Versicherungen, Prüfungen, Bekanntmachungen und die Kosten des Geldverkehrs.

Aufgrund der außerordentlichen Aufwendungen in Höhe von rund 118 € ergibt sich ein negatives Jahresergebnis von rd. 18,8 T €

Gesamtfinanzrechnung

Zum Ende des Jahres 2015 ergibt sich ein Finanzmittelbestand von 73.444,70 €

Seit dem 1. Januar 2016 sind auch der Landkreis Limburg-Weilburg (Kreistagsbeschluss vom 10. Juli 2015) und der Rheingau-Taunus-Kreis Mitglieder des Zweckverbandes.

6 Jobcenter

6.1 Jobcenter Limburg-Weilburg



Unternehmensportrait

- Adresse:** Cahenslystraße 2, 65549 Limburg
- Homepage:** www.jobcenter-limburg-weilburg.de
- Rechtsform:** Trägerversammlung
- Gründung:** öffentlich-rechtlicher Vertrag vom 18.11.2011

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung

Gegenstand des Unternehmens:

Seit dem 1. Januar 2005 gibt es Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II (SGB II). Zu den wesentlichen Aufgaben gehört die Gewährung des Arbeitslosengeldes II (Alg II). In dieser Leistung sind die frühere Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zusammengeführt. Zuständig für die Gewährung der Leistungen war bis zum 31. Dezember 2010 der Vorgänger des Jobcenters Limburg-Weilburg, die ARGE Limburg-Weilburg.

Die Wiedereingliederung für Arbeitssuchende in den allgemeinen Arbeitsmarkt ist eine wichtige Aufgabe. Hierfür steht dem Hilfesuchenden ein persönlicher Ansprechpartner an den Standorten des Jobcenters zur Seite.

Neben der Wiedereingliederung ist die Grundsicherung für Arbeitssuchende – auch als Alg II oder Hartz IV bekannt – das zweite große Aufgabengebiet. Wie die Bezeichnung „Grundsicherung“ schon zeigt, ist damit eine Absicherung des Mindestbedarfs gemeint, eine Sicherung des Existenzminimums, das zum Leben notwendig ist. Diese Absicherung ist für alle gedacht, die dafür zu wenige oder gar keine Mittel haben.

Organe des Unternehmens

Trägerversammlung: Manfred Michel, Landrat Vorsitzender
Helmut Jung, Erster Kreisbeigeordneter stellv. Vorsitzender
Joachim Veyhelmann

Geschäftsführer: Reinhard Penner

Beirat: (Auszug) Wolfgang Erk
Dr. Dirk Hohn
Phillip Jacks

Unternehmensdaten und Situationsbericht

Für 2015 wurden mit der Agentur für Arbeit folgende Ziele vereinbart:

- eine Integrationsquote von 26,0% (+ 1,2% zum Vorjahr)
- die Senkung des Bestandes an Langzeitleistungsbeziehern um minus 0,8 %

Priorisiertes Ziel war und ist die "Vermeidung von langfristigem Leistungsbezug". Zur Konkretisierung wird der Zielindikator "Bestand an Langzeitleistungsbeziehern" herangezogen.

Langzeitleistungsbezieher (LZB) sind erwerbsfähige Leistungsberechtigte, die das 17. Lebensjahr vollendet und in den vergangenen 24 Monaten mindestens 21 Monate Leistungen der Grundsicherung bezogen haben. Der Zielindikator erfasst damit sowohl die präventiven Bemühungen der gemeinsamen Einrichtungen, die erwerbsfähigen Leistungsberechtigten nicht in den Langzeitleistungsbezug übergehen zu lassen, als auch ihre Leistungsfähigkeit den Bestand an Langzeitleistungsbeziehern zu reduzieren.

Ergänzend zu den genannten Zielen wurden von der Bundesagentur für Arbeit wie im Vorjahr geschäftspolitische Handlungsfelder in unterschiedlicher regionaler Ausprägung benannt:

- Jugendliche in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt integrieren
- Langzeitbezieher aktivieren und Integrationschancen erhöhen
- Marktnähe leben, Arbeitgeber erschließen und Beschäftigungschancen für schwerbehinderte Menschen verbessern
- Kunden ohne Abschluss zu Fachkräften ausbilden und in den Markt bringen
- Beschäftigungsmöglichkeiten für Alleinerziehende nutzen
- Rechtmäßigkeit und Qualität der operativen Umsetzung sicherstellen

Im Rahmen des geschäftspolitischen Handlungsfeldes „Kunden ohne Abschluss zu Fachkräften ausbilden und in den Markt integrieren“ wurde auch zentral wieder ein Handlungsschwerpunkt gesetzt. Mit der Agentur für Arbeit waren daher für 2015 25 begonnene Ausbildungsmaßnahmen für erwerbsfähige Leistungsberechtigte im Alter von 25 bis unter 35 Jahren vereinbart.

Darüber hinaus beteiligte sich das Jobcenter 2015 an einer hessischen Aktivierungsoffensive. Insgesamt wurden 1604 Kunden zu Informationsveranstaltungen eingeladen (Gruppeninformationen, Maßnahmen zur Teilnehmergebung, Stellenbörsen etc.), zu denen 55,5 % der Eingeladenen erschienen.

Weitere Rahmenbedingungen für die Integrationsarbeit ergaben sich aus dem Prioritätenbeschluss der Trägerversammlung zum Einsatz von Eingliederungsleistungen:

- Eingliederungsleistungen in den ersten Arbeitsmarkt
- Fortführung von Jobakademie und STELLENWERKstatt
- Einrichtung eines Jugendzentrums
- Förderung der beruflichen Weiterbildung, Umschulung und Ausbildung, insbesondere auch die berufsabschlussorientierte Förderung von geeigneten 25- bis unter 35jährigen
- Aktivierungsmaßnahmen, vorrangig bei Arbeitgebern
- Aktivierungsmaßnahmen für Langzeitleistungsbezieher
- Beschäftigungsschaffende Maßnahmen

Strukturdaten

2015 erhielten im SGB II durchschnittlich ca. 11.173 Menschen Leistung zur Sicherung des Lebensunterhaltes. 2013 waren es 11.180 (minus 0,1% zum Vorjahr). Die durchschnittliche Zahl der Bedarfsgemeinschaften lag mit einem Jahresdurchschnittswert von ca. 5.412 über Vorjahresniveau (2014 5.385, plus ca. 0,5% zum VJ). Anzumerken ist, dass nur 68,0% der Leistungsempfänger erwerbsfähig waren. Davon hatten wiederum nur ca. 40,0% den Status arbeitslos. Zu den nicht arbeitslosen erwerbsfähigen Leistungsbeziehern gehören u. a. Teilnehmer an Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik, erwerbstätige Hilfebedürftige (sogenannte Ergänzter) und Menschen, für die aus besonderen Gründen eine Beschäftigungsaufnahme nicht in Betracht kommt (z. B. wegen Kinderbetreuung).

Arbeitslosigkeit im Rechtskreis SGB II

Mit insgesamt 4,9% (= 4.490 Arbeitslose) fiel die regionale Arbeitslosenquote im Dezember 2015 besser aus, als im Vorjahresmonat (5,2%). In der Grundsicherung lag die Quote mit 3,4% auf Vorjahresniveau (absolut= 3.083, VJ 3.070 Arbeitslose).

Im Schnitt wurden ca. 65% der Arbeitslosen im Landkreis vom Jobcenter betreut. Mit der Umsetzung ihres Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramms konnte die gemeinsame Einrichtung auch 2014 wieder einen wichtigen Beitrag zum moderaten Verlauf der Arbeitslosenquote in der Region leisten.

SGB III – Kunden profitieren erfahrungsgemäß deutlich mehr von einer guten wirtschaftlichen Entwicklung. So sank die Arbeitslosenquote im SGB III von 1,8 % im VJ auf 1,5 während sich die SGB II – Quote auf Vorjahresniveau einpendelte. In Folge stieg der Anteil der arbeitslosen Menschen, die in der Grundsicherung betreut werden. Im Schnitt wurden 2015 ca. 67 % (VJ 65 %) der Arbeitslosen im Landkreis vom Jobcenter betreut. Im Dezember 2015 waren es 68,7 %. Insbesondere die komplexeren Kundengruppen sind mit höheren Anteilen in der Grundsicherung vertreten (Langzeitarbeitslose 90,6 %, Ausländer 81,3 %, Ältere ab 50 60,6 % - siehe hierzu nachstehende Tabelle zur Struktur der Arbeitslosen).

Entwicklung der Langzeitarbeitslosigkeit

Ein Indikator für individuell verfestigte Arbeitslosigkeit, ist die Zahl der Langzeitarbeitslosen. Insgesamt konnte die Zahl der Langzeitarbeitslosen in der langfristigen Betrachtung deutlich reduziert werden (Jahresdurchschnitt 2007: 2.524, 2014: 1510, 2015: 1490). Allerdings stagniert der Abbau zunehmend.

Entwicklung der Jugendarbeitslosigkeit

Die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit ist seit 2005 ein besonderer geschäftspolitischer Schwerpunkt in den Arbeitsmarktprogrammen des Jobcenters. Die erzielten Erfolge spiegeln sich in den Daten der arbeitslosen Jugendlichen wieder. Die Zahl konnte in den letzten Jahren deutlich reduziert werden (Dezember 2009: 306,

Dezember 2014: 249, Dezember 2015: 217 arbeitslose Jugendliche in der Grundsi-
cherung).

Kostenentwicklungen in den Bedarfsgemeinschaften

Der bereits beschriebene Anstieg der eLB blieb nicht ohne Auswirkungen auf die Ausgaben für Leistungen zum Lebensunterhalt. Auch die Erhöhung der Regelbe-
darfssätze hat sich ausgewirkt. Im ersten Ladestand Dezember 2015 wurde das Vor-
jahresergebnis um plus 4,2 % überschritten (Ausgaben 25,8 Mio. €). Bei den Lei-
stungen für Unterkunft und Heizung fiel die Entwicklung moderater aus (Ausgaben
21,2 Mio. € - 1,1 % zum VJ). Die Daten werden sich allerdings mit den nächsten La-
deständen noch verändern.

Zielerreichung 2015

Der Bewertung der Zielerreichung erfolgt auf Grundlage der Controllingdaten des
Berichtsmonats Dezember im ersten Ladestand (Daten ohne Wartezeit).

Integrationsquote

Vereinbarter Zielwert war eine Integrationsquote von 26,0% (das entspricht 1.970
Integrationen). Erreicht hat das Jobcenter mit 2.126 Integrationen eine Integrations-
quote von 28,1%. Damit steht das Jobcenter im Vergleichstyp IIC auf Rang 7 von 23
der gemeinsamen Einrichtungen (gE). Von den hessischen gE haben nur die Job-
center Waldeck-Frankenberg (29,9%) und Schwalm-Eder (31,1%) und Werra-
Meißner (28,3%) bessere Integrationsquoten erzielt.

Bis zum Berichtsmonat Juli 2015 lagen die Integrationsergebnisse deutlich über dem
unterjährigen Soll. Im Sommer konnten allerdings die guten Ergebnisse aus dem
Vorjahr nicht mehr wiederholt werden. Bereits bei der Planung hatte das Jobcenter
darauf hingewiesen, dass Kapazitätsverluste in Folge von Personalentzügen durch
die BeKo-Schulungen und anschließende Vertiefungsphasen nur zum Teil durch
neue unterstützende Aktivierungsangebote (Jobakademien, Vermittlungszentren)
kompensiert werden können. Erschwerend hinzu kamen die nachlassende Dynamik
am Arbeitsmarkt, die rückläufige Nachfrage an Helfern, die Situation am Ausbil-
dungsmarkt und der zunehmend komplexere Kundenbestand. Der Anstieg der eLB
in der ersten Jahreshälfte wirkte sich nachhaltig auf den Jahresdurchschnittswert der
eLB aus und belastet somit bei der Berechnung den Nenner zur Ermittlung der In-
tegrationsquote.

7 Mittelbare Beteiligungen

7.1 Bildungs- und Beschäftigungsgesellschaft mbH

Unternehmensportrait

Adresse:	Im Schlenkert 14, 65549 Limburg	
Homepage:	www.gab-limburg.de	
Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung	
Gesellschafter:	Gesellschaft für Ausbildung und Beschäftigung mbH, Limburg	100 %
Stammkapital:	25.564,59 Euro	
Gründungsjahr:	9. Oktober 1998	
Gesell.-vertrag:	9. Oktober 1998, zuletzt geändert am 24. Oktober 2011	

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Der öffentliche Zweck des Unternehmens wird insbesondere durch die Trägerschaft von Einrichtungen zur Förderung der beruflichen Bildung von Jugendlichen, die Beratung und Förderung von Einrichtungen, Trägern und Initiativen bei der Schaffung von geeigneten Ausbildungs-, Qualifizierungs- und Arbeitsmöglichkeiten erfüllt. Darüber hinaus zeichnet sich die BBG für die Konzipierung, Finanzierung, Organisation und Umsetzung der genannten Initiativen verantwortlich.

Gegenstand des Unternehmens:

Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung von Arbeit und Beschäftigung, der Erziehung und Bildung, der Forschung und der Entwicklungshilfe

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung Stephan H. Zimmermann, Limburg

Bezüge

Der Geschäftsführer erhält keine Bezüge.

Kuratorium

In dieses Gremium können die nachstehenden Institutionen und Körperschaften Vertreter entsenden:

- Agentur für Arbeit, Limburg
- Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtsverbände
- Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)
- Kreishandwerkerschaft Limburg-Weilburg

Industrie- und Handelskammer Limburg
Bildungswerk der Hessischen Wirtschaft
Adolf-Reichwein-Schule, Limburg
Friedrich-Dessauer-Schule, Limburg
Wilhelm-Knapp-Schule, Weilburg
Peter-Paul-Cahensly-Schule, Limburg
Arbeitskreis Integration ausländischer Kinder und Jugendlicher
Frauenbeauftragte des Landkreises Limburg-Weilburg
Kreisvolkshochschule Limburg-Weilburg
Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände e.V.
Wirtschaftsförderungsgesellschaft Limburg-Weilburg-Diez mbH

Unternehmensdaten

Bilanz				
Aktiva		2015 in €	2014 in €	2013 in €
Sachanlagen		0,51	0,51	0,51
Sonstige Vermögensgegenstände		26.256,55	7.035,74	8.063,76
Kassenbestand/Guthaben bei Kreditinstituten		5.653,56	41.184,83	20.289,91
Rechnungsabgrenzungsposten		0,00	0,00	0,00
Summe Aktiva		31.910,62	48.221,08	28.354,18
Passiva		2015 in €	2014 in €	2013 in €
Gezeichnetes Kapital		25.564,59	25.564,59	25.564,59
Verlustvortrag		-12.874,41	-14.517,27	-14.037,51
Jahresüberschuss		-2.661,58	1.642,86	-479,76
		10.028,60	12.690,18	11.047,32
Rückstellungen		2.000,00	6.205,41	4.480,00
Verbindlichkeiten aus Lieferungen & Leistungen		0,00	2.518,46	900,00
Verbindlichkeiten gegenüber der Gesellschafterin		0,00	10.700,75	10.754,71
Sonstige Verbindlichkeiten		1.482,02	1.106,28	1.172,15
Rechnungsabgrenzungsposten		18.400,00	15.000,00	0,00
Summe Passiva		31.910,62	48.221,08	28.354,18
Gewinn und Verlustrechnung		2015 in €	2014 in €	2013 in €
1. Umsatzerlöse		219.586,03	203.175,02	145.369,19
2. sonstige betriebliche Erträge		0,00	0,00	0,00
3. Gesamterträge		219.586,03	203.175,02	145.369,19
4. Personalaufwand		209.281,61	190.100,55	135.436,11
5. sonstige betriebliche Aufwendungen		12.966,00	11.431,61	10.027,17
6. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		0,00	0,00	385,67
Jahresergebnis		-2.661,58	1.642,86	-479,76

Lagebericht

Geschäftsverlauf

In 2015 wurden 11 Integrationshelfer (Vorjahr 7) zur Begleitung und Betreuung von behinderten Kindern in der Astrid-Lindgren-Schule, Limburg und eine Integrationshelferin für den Rhein-Lahn-Kreis beschäftigt. Weiterhin wurden 12 Personen (im Jahresdurchschnitt 6) im Rahmen des Freiwilligen sozialen Jahres eingesetzt.

In 2011 hat das Hessische Kultusministerium das Projekt zur Umsetzung der Behindertenrechtskonvention, genannt Inklusion umgesetzt. In diesem Rahmen hat der Landkreis Limburg-Weilburg das Förderprogramm Betreuung und Begleitung 2011 aufgelegt und die BBG mit der Übernahme von Integrationshelferstellen beauftragt. Nach einem Jahresüberschuss von € 1.642,86 in 2014 ist in 2015 ein Jahresfehlbetrag in Höhe von € 2.661,58 entstanden.

Auf der Grundlage der beschriebenen Entwicklung haben wir in 2015 auch die Gemeinnützigkeit der Betätigung der BBG beim Finanzamt wieder beantragt. Der Bescheid ist im September 2016 positiv erteilt worden.

Vermögens- und Ertragslage

Von den Aktiva in Höhe von T€31,9 entfallen T€5,7 (17,9 %) auf liquide Mittel. Das Eigenkapital beträgt nach Ergebnisverrechnung T€ 10,0 oder 31,3 % der Bilanzsumme. Investitionen waren in 2015 nicht notwendig und sind für 2016 auch nicht geplant.

Durch die ganzjährige Beschäftigung von 11 Integrationshelfern hat sich die Ertragslage stabilisiert. Die Umsatzerlöse konnten von T€203,2 in 2014 auf T€219,6 in 2015 gesteigert werden. Bei um T€19,2 höheren Personalaufwendungen ist bei weiteren Aufwendungen (T€ 13) u.a. für Abschlussprüfung und laufende Buchhaltung ein Jahresverlust in Höhe von T€2,7 entstanden.

Risiken, Chancen der künftigen Entwicklung und Vorgänge von besonderer Bedeutung

Nachdem in 2014 ein leichter Überschuss erzielt wurde, ist in 2015 ein Verlust in Höhe von T€2,7 realisiert worden. Aufgrund der geringen Spanne zwischen Umsatzerlösen und Personalaufwendungen führen weitere Aufwendungen zur Ergebnisbelastung. Die Geschäftsleitung versucht daher, diese auf ein notwendiges Maß zu vermindern. Es verbleiben allerdings notwendige Ausgaben für z.B. Jahresabschlussprüfung und die Erstellung der Jahresrechnung sowie die Personalverwaltung und -betreuung.

Die bisherigen Erfahrungen beim Einsatz der Integrationshelfer und auch der Kräfte im Rahmen des Freiwilligen sozialen Jahres sind positiv. Wir gehen davon aus, dass die bisherige Stellenzahl beibehalten wird und zukünftig weitere Stellen hinzukommen.

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind, liegen nicht vor.

Angaben zum Jahresabschluss 2015

I. Allgemein

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2014 wurde nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) sowie den ergänzenden Bestimmungen des Gesetzes betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbHG) erstellt. Die Gesellschaft stellt ihren Jahresabschluss gemäß § 52 Abs. 1 Hessische Landkreisordnung (HGO) i.V.m. § 122 Abs. 1 Nr. 4 Hessische Gemeindeordnung (HGO) entsprechend den für große Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften des HGB auf.

Soweit für Pflichtangaben ein Wahlrecht besteht, diese in der Bilanz bzw. Gewinn- und Verlustrechnung oder im Anhang darzustellen, sind diese aus Gründen der Übersichtlichkeit im Anhang aufgeführt.

Die Gewinn- und Verlustrechnung wird nach den Gesamtkostenverfahren gegliedert. Soweit erforderlich, wurden Posten nach § 265 Abs. 6 HGB angepasst oder nach § 265 Abs. 5 HGB eingefügt, um die Klarheit und Übersichtlichkeit des Jahresabschlusses zu gewährleisten.

II. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Bewertung der Vermögens- und Schuldposten trägt allen erkennbaren Risiken nach den Grundsätzen vorsichtiger kaufmännischer Beurteilung Rechnung.

Die Sachanlagen werden zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten bewertet. Der Umfang der Anschaffungs- und Herstellungskosten entspricht § 255 Abs. 1 und 2 HGB. Leistungsbedingter Werteverzehr wird durch planmäßige Abschreibungen erfasst, die auf der Grundlage anerkannter Sätze unter Zugrundelegung der linearen Methode ermittelt werden.

Geringwertige Wirtschaftsgüter mit Anschaffungskosten unter € 150,00 werden im Jahr ihres Zuganges voll abgeschrieben.

Forderungen und Sonstige Vermögensgegenstände sind zum Nennwert abzüglich einer angemessenen Wertberichtigung angesetzt.

Die flüssigen Mittel sind zu Nennwert angesetzt.

Der Wertansatz der Rückstellungen erfolgt mit den nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbeträgen.

Die Verbindlichkeiten sind mit ihrem Erfüllungsbetrag angesetzt.

B. Sonstige Angaben

I. Gesamtbetrag der sonstigen finanziellen Verpflichtungen

Sonstige finanzielle Verpflichtungen bestehen zum Abschlussstichtag nicht.

II. Honorar des Abschlussprüfers

Im Geschäftsjahr 2014 wurden folgende Honorare für den Abschlussprüfer i.S.d. § 319

Abs. 1 S. 1,2 HGB, die MNT Revision und Treuhand GmbH, als Aufwand erfasst:

- Abschlussprüfung (§ 285 Nr. 17a) HGB): T€ 3,0
- Steuerberatungsleistungen (§ 285 Nr. 17c) HGB): T€ 0,0
- Sonstige Leistungen (§ 285 Nr. 17d) HGB): T€ 0,0

7.2 clinicpartner eG



Unternehmensportrait

Adresse:	Am Wiesenbusch 2, 65966 Gladbeck
Homepage:	www.clinicpartner-eg.eu
Rechtsform:	eingetragene Genossenschaft
Träger:	48 Trägereinrichtungen u. a. Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH
Gründungsjahr:	1997

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung

Gegenstand des Unternehmens:

Ursprünglich entstanden aus der 1989 gegründeten Einkaufsgemeinschaft Niederrhein im Januar 1997 die Klinikeinkauf Niederrhein-Westfalen GbR mit 16 Häusern und ca. 4.800 Betten.

Im März 2006 wurde diese in clinicpartner eG umfirmiert und ist heute eine der leistungsfähigsten, bundesweit tätigen Einkaufs- und Dienstleistungsgemeinschaften für Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen.

clinicpartner eG ist ein verbindlich operierender Verbund von Krankenhäusern für Krankenhäuser. Unter enger Einbindung seiner Mitglieder und deren Kompetenz betreibt dieser den strategischen Einkauf und Dienstleistungen, um eine qualitativ hochwertige und ökonomische medizinische Versorgung seiner Mitglieder sicherzustellen. Dieses Selbstverständnis hat zu einer unerreicht hohen Bindung unserer Mitglieder geführt und ist Quelle stetigen Wachstums.

Organe des Unternehmens

Aufsichtsrat:	Dipl.- Kfm. Berthold Grunenberg Dipl.- Kfm. Burkhard Nolte plus 6 weitere Personen	Vorsitzender stellv. Vorsitzender
Vorstand:	Dipl.-Verwaltungswirt Wolfgang Appelstiel Betrw. staatl. gepr. Olaf Berse	

Unternehmensdaten

Bilanz			
Aktiva	2015 in €	2014 in €	2013 in €
Anlagevermögen			
Konzessionen, gewerbl. Schutzrechte u.ä., Lizenzen			3.527,00
Sachanlagen: andere Anlagen, BGA			87.758,00
Finanzanlagen: Anteile an verbundenen Unternehmen			0,00
Umlaufvermögen			
Vorräte: Fertige Erzeugnisse und Waren			0,00
Forderungen			387.393,63
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten			220.674,11
Summe Aktiva			769.713,97
Passiva			2013 in €
Eigenkapital			230.204,50
Gewinn- / Verlustvortrag			16.728,10
Jahresüberschuss /-fehlbetrag			1.263,23
Rückstellungen			81.080,00
Verbindlichkeiten aus Lieferungen & Leistungen			53.694,17
Sonstige Verbindlichkeiten			386.743,97
Summe Passiva			769.713,67

Gewinn und Verlustrechnung	2015 in €	2014 in €	2013 in €
Umsatzerlöse			1.558.187,90
fertige/unfertige Erzeugnisse			0,00
Personalaufwand			946.054,41
Abschreibungen			33.231,66
Sonstige betriebliche Aufwendungen			589.991,11
Sonstige Zinsen und ähnliche Aufwendungen			0,49
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit			22.142,87
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			6.556,00
Sonstige Steuern			1.232,64
Jahresüberschuss /-fehlbetrag			1.263,23

Der Jahresabschluss für die Jahre 2014 und 2015 lag zum Zeitpunkt der Erstellung des Beteiligungsberichts noch nicht vor. Es erfolgt immer eine Prüfung von zwei Jahren.

Zahlen - Daten - Fakten (Stand 2010)

- Mitgliederbestand von 112 Krankenhäusern mit ca. 32.000 Planbetten und 100 Altenpflegeheimen/Pflegeeinrichtungen mit ca. 7.500 Pflegeplätzen
- seit 2006 Beitritt von 42 neuen Mitgliedshäusern
- strategisches Einkaufsvolumen von über 850 Mill. Euro über alle Fachbereiche
- Jahresrückvergütung in 2009 von ca. 6,6 Mill. Euro, die direkt von den Vertragslieferanten an die Mitglieder ausgeschüttet werden

7.3 Hallenbad Diez-Limburg GmbH



Unternehmensportrait

Adresse:	Am Hallenbad 1, 65582 Diez		
Homepage:	www.oranienbad.de		
Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung		
Gesellschafter:	Stadt Diez	7.669,38 Euro	30 %
	Stadt Limburg	5.112,93 Euro	20 %
	Kreishallenbad Weilburg GmbH	6.391,14 Euro	25 %
	Rhein-Lahn-Kreis	6.391,14 Euro	25 %
Stammkapital:	25.564,59 Euro		
Gründungsjahr:	2. Juni 1966		
Gesell.-vertrag:	2. Juni 1966, letzte Fassung vom 12. März 2001		

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Die Gesellschaft dient dem Allgemeinwohl und verfolgt unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des § 3 des Gesellschaftsvertrages durch die Förderung der Gesundheit der Bevölkerung durch Lernen und Ausüben des Schwimmsportes verbunden mit der damit einhergehenden Jugendpflege und Pflege der Gemeinschaft.

Gegenstand des Unternehmens:

Die Gesellschaft wurde zur Errichtung und zum Betrieb eines Hallenbades im Raum Limburg-Weilburg und Rhein-Lahn sowie für die Städte Limburg und Diez als Gesellschaft mit beschränkter Haftung gegründet. Die Gesellschaft steht im Beziehungsfeld zur Gesamtwirtschaft. Sie nimmt bei optimal positiver Wirkung, aufgrund des präventiven Charakters für die Gesundheit der Menschen dieser Region, wirtschaftlich nicht an den positiven Folgen teil. Das Oranienbad dient der Leistungsfähigkeit der Kinder und Jugendlichen und wird daher auch im Rahmen des Schulsports genutzt.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung:	Bürgermeister Martin Richard, Limburg (bis 01.12.2015) Bürgermeister Dr. Marius Hahn , Limburg (ab 02.12.2015) 1. Stadtrat Michael Stanke, Limburg Bürgermeister Frank Dobra, Diez 1. Beigeordneter Edgar Groß, Diez	
Gesellschafter- versammlung:	Landrat Frank Puchtler Landrat Manfred Michel Axel Fickeis Dietmar Kramm	Vorsitzender stellv. Vorsitzender Vertreter der Stadt Diez Vertreter der Stadt Diez

Marco Rosso	Vertreter der Stadt Diez
Lothar Schmidt	Vertreter der Stadt Diez
Rolf Dettmann	Vertreter der Stadt Limburg (bis 04.03.2015)
Christopher Dietz	Vertreter der Stadt Limburg (ab 14.04.2015)
Martin Zimmer	Vertreter der Stadt Limburg
Werner Laux	Vertreter der Stadt Limburg
Dr. Marius Hahn	Vertreter der Stadt Limburg (bis 01.12.2015)
Helmut Jung	Vertreter Hallenbad Weilburg
Gerhard Bill	Vertreter Hallenbad Weilburg (bis 31.07.2015)
Thorsten Roth	Vertreter Hallenbad Weilburg (ab 01.08.2015)
Elke Fehr	Vertreter Hallenbad Weilburg
Karl-Heinz Stoll	Vertreter Hallenbad Weilburg
Michael Schnatz	Vertreter des Rhein-Lahn-Kreises
Matthias Lammert	Vertreter des Rhein-Lahn-Kreises
Ursula Ohl	Vertreter des Rhein-Lahn-Kreises
Emil Werner	Vertreter des Rhein-Lahn-Kreises

Bezüge

Die Geschäftsführung erhielt in 2015 mit Ausnahme von Sitzungsgeldern in Höhe von € 2.936,01 (Vorjahr € 1.585,65) keine Bezüge. Insgesamt wurden in 2015 Sitzungsgelder an die Geschäftsführung und Gesellschaftervertreter in Höhe von € 3.396,36 ausgezahlt.

Unternehmensdaten

Bilanz

Aktiva	2015 in €	2014 in €	2013 in €
Anlagevermögen	3.426.219,52	1.982.882,57	948.396,78
Vorräte	14.734,69	2.932,46	4.177,24
Forderungen u.sonst. Vermögensgegenstände	220.470,65	157.436,33	54.508,63
Guthaben bei Kreditinstituten	1.713.794,83	974.267,97	732.297,41
Rechnungsabgrenzungsposten	5.049,05	0,00	1.012,80
SUMME AKTIVA	5.380.268,74	3.117.519,33	1.740.392,86
Passiva	2015 in €	2014 in €	2013 in €
Gezeichnetes Kapital	25.564,59	25.564,59	25.564,59
Kapitalrücklagen	922.256,69	922.256,69	922.256,69
Jahresfehlbetrag	809.264,33	538.308,47	559.547,74
Landeszuschüsse	0,00	750.000,00	218.000,00
Rückstellungen	96.850,00	105.850,00	134.950,00
Verbindlichkeiten	3.960.506,10	1.128.492,36	256.286,20
Anzahlung der Gesellschafter auf Jahresfehlbetrag	1.184.273,50	723.581,97	741.929,71
Rechnungsabgrenzungsposten	82,19	82,19	953,41
SUMME PASSIVA	5.380.268,74	3.117.519,33	1.740.392,86

Gewinn- und Verlustrechnung	2015 in €	2014 in €	2013 in €
+ Umsatzerlöse	125.476,38	150.807,73	409.052,15
+ Sonstige betriebliche Erträge	79.584,94	63.831,71	19.340,17
- Materialaufwand	428.703,37	170.103,44	403.579,40
- Personalaufwand	382.227,85	347.646,63	445.792,66
- Abschreibungen auf Sachanlagen	46.931,20	32.478,21	42.942,49
- Sonstige betriebliche Aufwendungen	84.675,10	134.053,46	62.622,89
+ Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	382,49	549,47	1.398,22
- Zinsen und ähnliche Aufwendungen	72.170,62	69.215,64	34.400,84
Jahresfehlbetrag	809.264,33	538.308,47	559.547,74

Situationsbericht

A. Überblick über den Geschäftsverlauf

I. Beschreibung der Geschäftstätigkeit

Die Gesellschaft wurde zur Errichtung und zum Betrieb eines Hallenbades im Raum Limburg-Weilburg und Rhein-Lahn sowie für die Städte Limburg und Diez als Gesellschaft mit beschränkter Haftung gegründet.

Die Gesellschaft führt den Namen "Hallenbad Diez-Limburg GmbH".

Die Gesellschaft dient dem Allgemeinwohl und verfolgt unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des § 3 des Gesellschaftsvertrages durch die Förderung der Gesundheit der Bevölkerung durch Lernen und Ausüben des Schwimmsportes verbunden mit der damit einhergehenden Jugendpflege und Pflege der Gemeinschaft.

II. Gesamtwirtschaftliche und branchenspezifische Rahmenbedingungen

Die Gesellschaft steht im Beziehungsfeld zur Gesamtwirtschaft.

- Sie nimmt bei optimal positiver Wirkung, aufgrund des präventiven Charakters für die Gesundheit der Menschen dieser Region, wirtschaftlich nicht an den positiven Folgen teil.
- Das Oranienbad dient der Leistungsfähigkeit der Kinder und Jugendlichen und wird daher auch im Rahmen des Schulsports genutzt.
- Je nach finanzieller Leistungsfähigkeit der Gesellschafter sind Investitionen oder erwünschte Neuerungen zeitlich zu strecken, so dass manchmal Wünsche der Badegäste und Wirklichkeit des Badeangebotes auseinander fallen.

Alle Bäder sind in gewissem Maße abhängig von den Schwankungen in der Gesamtwirtschaft.

Das Oranienbad wird nach wie vor gut besucht, da durch Betriebs- und Geschäftsführung das Angebot ständig verbessert (Schwimm- und Aquafitnesskurse, Saunaaufgüsse, Klangschalensauna und Veranstaltungen o. ä.) sowie durch organisatorische und infrastrukturelle Maßnahmen (Verkauf von Badeartikeln) die Attraktivität des Bades gesteigert wird.

Wirtschaftliche Entwicklung der Gesellschaft

Da ab der Neueröffnung des sanierten Hallenbads im November 2015 eine vollständige neue Regelung zu den Eintrittspreisen in Kraft getreten ist, sind die Erlöse des Jahres 2014 nicht in gleicher Weise zu gruppieren wie im Jahr 2015. Deshalb entfällt eine Darstellung der Umsätze des Jahres 2014 nach Gruppen.

Darstellung der Ertragslage

In der Zeit vom 1. Januar 2015 bis 31. Dezember 2015 schloss die Gesellschaft insgesamt mit einem Jahresfehlbetrag von 809.264,33 Euro (Vorjahr Jahresfehlbetrag 503.308,47 Euro) ab.

Die Umsatzerlöse sind im Vergleich zum Vorjahr um T€ 25,3 niedriger ausgefallen. Da der Umsatz im Geschäftsjahr jedoch ausschließlich aus zwei Monaten resultiert (Vorjahr: 7 Monate), ist eine positive Entwicklung der Ertragslage zu erkennen.

Der deutliche Anstieg der Aufwendungen für bezogene Leistungen resultiert im Wesentlichen aus höheren Instandhaltungsaufwendungen.

Darstellung der Vermögenslage

Bei einer um T€ 2.262,7 erhöhten Bilanzsumme hat sich die Eigenkapitalquote von im Vorjahr 13,14 % auf nunmehr 2,58 % vermindert. Dies liegt im Wesentlichen an den Sanierungsmaßnahmen, die durch Fremdkapital und Zuschüsse finanziert wurden.

Der Anteil des Anlagevermögens an der Bilanzsumme beträgt rund 63,68 % (Vorjahr 63,68 %).

Die liquiden Mittel haben sich von T€ 974,3 um T€ 739,5 auf T€ 1.713,8 erhöht. Im Rahmen der Sanierungsarbeiten war stets darauf zu achten, dass der Gesellschaft ausreichende liquide Mittel zur Verfügung stehen.

Die Verbindlichkeiten haben sich von T€ 1.852,1 um T€ 3.292,7 auf T€ 5.144,8 erhöht.

Auch dies resultiert im Wesentlichen aus den getätigten Investitionen im Rahmen der Sanierung des Oranienbads.

Bei der Bewertung der Rückstellungen T€ 96,9 (Vorjahr T€ 105,8) und deren Bemessung.

wurden allen erkennbaren Risiken sowie ungewissen Verbindlichkeiten Rechnung getragen.

Darstellung der Finanzlage

Die anfallenden finanziellen Verpflichtungen wurden stets i. d. R. unter Erwirtschaftung von Skontoerträgen durch schnelle Zahlung erfüllt. Der Mittelzufluss aus der Finanzierungstätigkeit reichte aus, um die Investitionen des Geschäftsjahres vollständig zu finanzieren. Verträge mit Lieferanten wurden neu abgeschlossen, um den Materialaufwand zu senken.

Darstellung der voraussichtlichen Entwicklung

Die notwendigen Sanierungsmaßnahmen an der Betonkonstruktion des Bades und die damit verbundenen technischen Rückbau- und Sanierungsmaßnahmen wurden zwischenzeitlich fertiggestellt.

Dazu wurde in der Vergangenheit Folgendes fertiggestellt:

1. Baustoffuntersuchung für das Instandsetzungsgutachten

2010 durchgeführt

2. Prüfung des Leimbinderdaches mit den dazu notwendigen Gerüstarbeiten

2011 durchgeführt

3. Erstellung eines Sanierungskonzeptes mit Kostenschätzung für die Sanierung der Betonkonstruktion

Da die Betonsanierungsarbeiten im Wesentlichen im Untergeschoss (Technikgeschoss) durchgeführt werden, sind erhebliche Rückbau- und Wiederaufbauarbeiten in der gebäudetechnischen Ausrüstung notwendig.

4. Zustandsbeurteilung und Sanierungskonzept mit Kostensatzung für die gebäudetechnischen Anlagen

Wurde durch das Ingenieurbüro Balneatechnik in 2011 durchgeführt.

5. Fördermittelzusage der Länder (ca. 40 % der Investition)

Die Förderstelle Hessen sagt eine Förderung in Höhe von 700.000 € zu. Für die Maßnahme wurden bisher 630.000 € abgerufen. Die Förderstelle Rheinland-Pfalz hat eine Förderung in Höhe von 924.000 € fest zugesagt, hier wurden bisher 831.600 € abgerufen. Neben den Fördermittelzusagen der Länder ist die Finanzierung durch ein Darlehen bei der Volksbank Rhein-Lahn i. H. v. 3.400.000,00 €, welches mit einem Zinssatz von 2,2 % p.a. verzinst wird, gesichert. Das Darlehen wurde im Geschäftsjahr nunmehr vollumfänglich in Anspruch genommen.

6. Werkplanung und Vorbereitung der Vergabe

Werkplanung und Anfertigung der Ausschreibung ist abgeschlossen.

7. Vergabeverfahren und Beauftragung

Die Vergabe und Beauftragungen sind für alle Gewerke durchgeführt.

8. Umsetzung

Die Umsetzung der Maßnahme ist quasi abgeschlossen. Das Bad ist seit November 2015 wieder in Betrieb.

Es sind allerdings noch Mängel durch die Baufirmen zu beheben. Auch einzelne Schlussrechnungen fehlen bisher. Wenn die Schlussrechnungen vorliegen, wird der Verwendungsnachweis erstellt werden.

7.4 Klinikverbund Hessen e. V.



Unternehmensportrait

Adresse: Forsthausstraße 1-3 / Haus 3e, 35578 Wetzlar

Homepage: www.klinikverbund-hessen.de

Rechtsform: Verein

Mitglieder: **Hessische Spitzenverbände**

Hessischer Landkreistag

Hessischer Städtetag

Hessischer Städte- und Gemeindebund

**Krankenhausgesellschaften in
öffentlich-rechtlicher Trägerschaft**

Gesundheit Nordhessen Holding AG

Main-Kinzig-Kliniken gGmbH, Gelnhausen

Kreiskrankenhaus Vogelsbergkreis in Alsfeld GmbH

Klinikum Bad Hersfeld GmbH

Klinikum Darmstadt GmbH

Gesundheitszentrum Odenwaldkreis GmbH, Erbach

Kreisklinik Groß-Gerau GmbH, Groß-Gerau

Lahn-Dill-Kliniken GmbH, Wetzlar

Hochtaunus Kliniken gGmbH, Bad Homburg

Kliniken des Main-Taunus-Kreises GmbH, Hofheim

Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH, Weilburg

Stadtkrankenhaus Korbach gGmbH

GPR gesundheits- und Pflegezentrum gGmbH Rüsselsheim

Klinikum Frankfurt/Main-Höchst GmbH, Frankfurt

Klinikum Hanau GmbH

Kreiskrankenhaus Bergstrasse gGmbH, Heppenheim

Kreiskrankenhaus Frankenberg gGmbH, Frankenberg

Gesundheitszentrum Wetterau gGmbH, Friedberg

Stiftung Hospital zum Heiligen Geist, Frankfurt

Kerckhoff-Klinik GmbH, Bad Nauheim

Vitos GmbH

Universitätsklinikum Frankfurt am Main

Gesundheit Nordhessen Holding GmbH

Klinikum Hanau GmbH

Gründungsjahr: 5. Dezember 2013

Satzung: Letzte Fassung vom 24. Februar 2015

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Ziel und Aufgabe des Vereins ist es, die Interessen der öffentlich-rechtlichen Einrichtungen gegenüber den politisch Verantwortlichen und Entscheidungsträgern im Gesundheitswesen zu unterstützen und für deren Belange einzusetzen.

Gegenstand des Unternehmens:

Der Verein bezweckt die Interessenvereinigung und –vertretung von Einrichtungen des Gesundheitswesens in öffentlich-rechtlicher Trägerschaft in Hessen. Er unterstützt diese bei der Erfüllung ihrer Aufgaben und der Erhaltung und Verbesserung ihrer Leistungsfähigkeit.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung: Frau Brigitte Wagner, Frankfurt

Mitgliederversammlung

Vorstand

Unternehmensdaten

Bilanz (bis Ende 2013 Klinikverbund Hessen GmbH)

Aktiva	2015 in €	2014 in €	2013 in €
Immaterielle Vermögensgegenstände/Lizenzen	0,00	0,00	0,00
Betriebs- und Geschäftsausstattung	10.065,00	14.763,00	18.027,10
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	3.642,40	25.828,15	102.649,09
Kassenbestand	81.947,80	34.050,50	232.737,09
Rechnungsabgrenzungsposten	1745,30	400,00	1.588,44
SUMME AKTIVA	110.216,50	95.180,65	355.001,72
Passiva	2015 in €	2014 in €	2013 in €
Jahresüberschuss	30.532,51	55.489,05	105.000,00
Gewinnvortrag	55.489,05	-	111.160,31
Jahresüberschuss	-	-	16.594,61
Eigenkapital	86.021,56	55.489,05	232.754,92
Steuerrückstellung	-	-	0,00
Sonstige Rückstellungen	17.100,00	11.100,00	26.550,00
Verbindlichkeiten	7.094,94	28.594,60	95.696,80
SUMME PASSIVA	110.216,50	95.180,65	355.001,72

Gewinn- und Verlustrechnung	2015 in €	2014 in €
Mitgliedsbeiträge u. sonst. betrieblich Erträge	326.178,49	228.448,65
Aufwendungen für bezogene Leistungen	70.210,16	105.021,46
Personalaufwand	123.615,55	34.318,33
Abschreibungen auf Sachanlagen	8.800,00	1.987,20
- sonstige betriebliche Aufwendungen	92.969,27	31.659,75
+ sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00	27,14
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	30.532,51	55.489,05

Situationsbericht

Grundlagen des Vereins

Der Klinikverbund Hessen e. V. wurde am 5. Dezember 2013 aus dem Kreis der ehemaligen Gesellschafter der Klinikverbund Hessen GmbH gemeinsam mit den hessischen kommunalen Trägerorganisationen (Hessischer Landkreistag, Hessischer Städtetag und Hessischer Städte- und Gemeindebund) gegründet.

Der Verein bezweckt die Interessenvereinigung und –vertretung von Einrichtungen des Gesundheitswesens in öffentlich-rechtlicher Trägerschaft in Hessen. Der Zweck des Vereins ist nicht auf einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb gerichtet. Etwaige Jahresüberschüsse dürfen nur für satzungsgemäße Zwecke verwendet werden.

Mit Stand Ende 2015 umfasst der Verein insgesamt 25 Mitglieder. Im Jahr 2015 wurden folgende neuen Mitglieder aufgenommen:

- Klinikum Hanau GmbH
- Gesundheit Nordhessen Holding AG
- Universitätsklinikum Frankfurt am Main

Im September 2015 schied das Vorstandsmitglied Friedel Roosen aus Altersgründen aus dem Vorstand aus. Seither besteht das Vorstandsgremium aus:

- Vorsitzender: Richard Kreutzer, Geschäftsführer Lahn-Dill Kliniken GmbH
- Stellvertretender Vorsitzender: Clemens Maurer, Geschäftsführer Klinikum Darmstadt GmbH
- Vorstandsmitglied: Reinhard Belling, Geschäftsführer Vitos GmbH
- Vorstandsmitglied: Christian Jostes, Geschäftsführer Hessenklinik Stadtkrankenhaus Korbach gGmbH
- Vorstandsmitglied: PD Dr. Jan Hilligardt, Direktor Hessischer Landkreistag
- Vorstandsmitglied: Dr. Ben Michael Risch, Referatsleiter Hessischer Städtetag

Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

In Deutschland ist jedes sechste Krankenhaus von der Insolvenz bedroht, jedes dritte schreibt rote Zahlen und fast jedes zweite Krankenhaus kann nicht ausreichend investieren. Zu diesen Ergebnissen kommt der aktuellen Krankenhaus Rating Report 2015 des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI). Die Bundesregierung reagiert auf diesen Negativtrend mit einem neuen Gesetzesentwurf –

dem sogenannten „Krankenhausstrukturgesetz“, welches am 1. Januar 2016 in Kraft treten soll. Hauptziel ist es, die Kosten im Kliniksystem zu senken und eine verbesserte medizinische Versorgungsqualität zu erreichen.

Die Krankenhauslandschaft in Deutschland steht daher im Blick auf die aktuell geplanten gesetzlichen Veränderungen, dem demografischen Wandel, dem Fachkräftemangel, der strukturellen Unterfinanzierung und dem geplanten Umbau der Krankenhausstrukturen vor großen Herausforderungen. Vor dieser Herausforderung stehen insbesondere auch die öffentlich-rechtlichen Krankenhäuser, die unmittelbar über den Sicherstellungsauftrag ihrer Träger der Daseinsvorsorge verpflichtet sind.

Bericht zur Entwicklung und Handlungsfeldern des Vereins

Mit der Gründung des Klinikverbundes Hessen e. V. wurde bundesweit erstmalig eine Interessenvertretung öffentlich-rechtlicher Krankenhäuser etabliert, in der Geschäftsführungen und Träger öffentlich-rechtlicher Krankenhäuser gemeinsam für die politik- und öffentlichkeitswirksame Positionierung abstimmen und positionieren.

Die Anzahl der Vereinsmitglieder hat sich von der Gründungsversammlung am 5. Dezember 2013 mit zehn Gründungsmitgliedern auf 25 Mitglieder Ende 2015 erhöht.

Der Klinikverbund Hessen e. V. ist im Rahmen der Interessenvertretung und Interessenvereinigung im Wesentlichen auf drei Feldern aktiv:

- Bundespolitik: Kommunikation/Adressierung von Anliegen und Positionen im Entscheidungs-/Einflussbereich der Bundespolitik.
- Landes- und Kommunalpolitik: Kommunikation/Adressierung von Anliegen und Positionen im Entscheidungs-/Einflussbereich der Landes- und Kommunalpolitik.
- Vereinsarbeit: Gemeinschaftsbildung, Kommunikation von Interessen und Bedarfen, Identifikation von Gemeinsamkeiten, Fokussierung auf Anliegen und Positionen.

Lage

Die Sichtbarkeit und Wirksamkeit des Klinikverbundes Hessen hat sich durch kontinuierlichen Netzwerkauf- und ausbau, Öffentlichkeitsarbeit in Hessen und auf Bundesebene sowie eigene Veranstaltungen wie Zukunftskonferenz Kommunale Krankenhäuser und weiterem Ausbau der vereinsinternen Austauschformate und Arbeitskreise stetig verbessert.

Erlössituation

Die Erlöse des Vereins betragen 2015 EUR 326.178,49 und setzen sich aus EUR 241.273,33 Mitgliedsbeiträgen und EUR 84.905,16 sonstigen Erträgen zusammen.

Beschaffungs- und Investitionswesen

Das Vorgehen und die Entscheidungskompetenzen im Rahmen von Beschaffungen und Investitionen werden in der Satzung und in der Geschäftsordnung für die Geschäftsführung geregelt.

Personalbereich

Der Verein verfügt über eigenes Personal. Beschäftigt ist Frau Brigitte Wagner als Geschäftsführerin in Vollzeit.

Umweltschutz

Aspekte des Umweltschutzes kamen bei der Auswahl von Gütern und Waren (zertifizierte und umweltschonende Produkte) zum Tragen.

Ertragslage

Der Verein hat im Geschäftsjahr 2015 einen Jahresüberschuss aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit in Höhe EUR 30.583,51 erwirtschaftet.

Finanzlage

Im abgelaufenen Geschäftsjahr 2015 sind keine finanziellen Engpässe entstanden. Eine ausreichende Liquidität war jederzeit gegeben.

Vermögenslage

Der Verein hält im Anlagevermögen seine Betriebs- und Geschäftsausstattung vor. Weiteres Vermögen ist als Guthaben bei Kreditinstituten vorhanden.

Chancen und Risikobericht

Die Aktivitäten des Klinikverbund Hessen e. V. wurden in 2015 sukzessive ausgebaut. Gemäß Mitgliederbeschluss vom 2. Mai 2016 ist künftig der Aufbau einer Repräsentanz in Berlin geplant. Dazu wird ein Businessplan erstellt und auf der Mitgliederversammlung am 14. November 2016 vorgestellt und abgestimmt.

Erlörisiko

In Abhängigkeit der weiteren Beschlussfassungen zum Aufbau einer Repräsentanz des Klinikverbundes Hessen in Berlin kann es zu Erhöhungen der Mitgliedsbeiträge in 2017 kommen. Da die weiteren Entscheidungen jedoch von der Mitgliederversammlung zu treffen sind, ist im Falle der Beitragserhöhung von einer einvernehmlichen und gemeinschaftlichen Entscheidung auszugehen, so dass keine Erlörisiken zu verzeichnen sind.

Finanzwirtschaftliche Risiken

Aufgrund der stabilen Liquiditäts- und Eigenkapitalsituation des Vereins sind Liquiditätsrisiken derzeit nicht erkennbar.

Gesamtaussage

Die in 2015 erreichte und in 2016 erfolgte Ausweitung der Anzahl der Vereinsmitglieder wird sich in Zukunft nicht mehr fortsetzen lassen, da Mitte 2016 rund 100% der öffentlich-rechtlichen Krankenhäuser in Hessen und alle hessischen Trägerorganisationen Mitglieder im Verein sein werden.

7.5 KSB - Klinik-Service-Betriebe GmbH



Unternehmensportrait

Adresse:	Am Steinbühl 2, 35781 Weilburg	
Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung	
Gesellschafter:	Kreis Krankenhaus Weilburg gGmbH	100 %
Stammkapital:	25.000 Euro	
Gründungsjahr:	16.11.2005	
Gesell.-vertrag:	in der Fassung vom 9. Dezember 2011	

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus der Aufgabenstellung

Gegenstand des Unternehmens:

Das Unternehmen erbringt Dienstleistungen jeder Art, überwiegend für die Kreis-
krankenhaus Weilburg gGmbH. Die Dienstleistungen werden im Reinigungsdienst,
beim Menüservice, bei der Elektrowartung sowie im Nachtdienst der Pforte geleistet.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführung:	Peter Schermuly Stefan Eckert	Geschäftsführer Pflegedienstdirektor
Aufsichtsrat:	Manfred Michel, Landrat Helmut Jung, 1. Kreisbeigeordneter Dr. Dietrich Weiß Dr. Hans-Christoph Noack Robert Becker Dr. Frank Schmidt Joachim Veyhelmann Günter Henche Renate Michel Peter Hoffmann	Vorsitzender stv. Vorsitzender Betriebsrat Betriebsrat Betriebsrat

Gesellschafterversammlung

Bezüge

Die Angabe der Geschäftsführerbezüge unterbleibt gemäß § 286 Abs. 4 HGB.
Es wurden keine Bezüge für den Aufsichtsrat gezahlt.

Unternehmensdaten

Bilanz

Aktiva	2015 in €	2014 in €	2013 in €
Anlagevermögen: Sachanlagen	12.471,25	7.737,75	6.538,50
Umlaufvermögen: FO u. sonst. Vermögensgegenstände			
1. Forderungen gegen Gesellschafter	121.147,53	141.077,68	121.608,44
2. Sonstige Vermögensgegenstände	1.562,01	1.940,26	5.440,55
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	18.756,35	1.919,13	4.884,02
SUMME AKTIVA	153.937,14	152.674,82	138.471,51
Passiva	2015 in €	2014 in €	2013 in €
Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00	25.000,00	25.000,00
II. Gewinnvortrag	42.043,21	38.982,09	32.413,95
III. Jahresüberschuss	3.810,81	3.061,12	6.568,14
Rückstellungen	249,83	1.252,00	0,00
Sonstige Rückstellungen	10.833,17	18.924,28	13.569,24
Verbindlichkeiten	60.124,20	65.455,33	60.920,18
SUMME PASSIVA	153.937,14	152.674,82	138.471,51

Gewinn- und Verlustrechnung	2014 in €	2013 in €	2012 in €
1. Umsatzerlöse	1.044.855,58	975.993,24	936.329,01
2. Sonstige betriebliche Erträge	5.368,17	13.539,47	1.722,71
	1.050.223,75	989.532,71	938.051,72
3. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	38.156,66	33.201,41	32.313,24
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	42.661,80	41.752,33	40.568,13
	80.818,46	74.953,74	72.881,37
4. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	766.308,98	727.685,27	688.859,17
b) Soz. Abgaben & Aufwendungen f. Altersversorgung	154.873,20	146.065,14	137.267,79
	921.182,18	873.739,41	826.126,96
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	3.289,36	2.348,86	1.967,00
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	39.559,15	34.177,58	27.797,62
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00	0,00	0,00
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	11,79	0,00	23,63
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	5.362,81	4.313,12	9.255,14
10. Steuern von Einkommen und Ertrag	1.552,00	1.252,00	2.687,00
Jahresüberschuss	3.810,81	3.061,12	6.568,14

Situationsbericht

Geschäftsverlauf

Der Umsatz im Geschäftsjahr 2015 beträgt 1.044,9 TEUR (Vorjahr 976,0 TEUR). Insgesamt liegt der Umsatz 2015 um 32,4 TEUR über der für das Geschäftsjahr 2015 angesetzten Planung von 1.012,5 TEUR.

Die Dienstleistungen wurden geleistet im Reinigungsdienst, bei Stationshilfsdiensten, beim Menüservice, bei der Hauswirtschaft und im hauswirtschaftlichen Dienst sowie im Bereitschaftsdienst im Seniorenheim Fellersborn sowie in den in 2015 neu hinzugekommenen Leistungen in den Bereichen Archiv / Aufnahme und Ergotherapie in der Geriatrie.

Im Geschäftsjahr wurden Investitionen in Höhe von 8,0 TEUR getätigt.

Vermögens- und Finanzlage

Das Eigenkapital hat sich gegenüber dem Vorjahr um 4,0 TEUR erhöht, die Eigenkapitalquote beträgt 46,0 %. Das Anlagevermögen wird durch das Eigenkapital gedeckt.

Die Forderungen beinhalten Forderungen gegenüber der Gesellschafterin in Höhe von 121,1 TEUR sowie sonstige Vermögensgegenstände in Höhe von 1,6 TEUR. Diese resultieren aus Abrechnungen erbrachter Dienstleistungen aus dem Monat Dezember 2015 sowie Forderungen, Lohn und Gehalt.

Bei den Verbindlichkeiten handelt es sich um Löhne und Gehälter inkl. Arbeitgeberanteil 50 TEUR aus dem Monat Dezember 2015, deren Zahlung im Januar 2016 erfolgte, laufende Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 11,9 TEUR sowie Verbindlichkeiten aus Steuern in Höhe von 10 TEUR.

Die Personalkostenquote beträgt 88,1 % sowie die Materialaufwandsquote 7,8 % des Umsatzes.

Wesentliche Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Für das Jahr 2017 wird von einem ähnlichen positiven Ergebnis ausgegangen.

Die KSB Klinik-Service-Betriebe GmbH stellt eine wichtige Voraussetzung zur Verbesserung der Kostensituation in der Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH dar. Die hier kostengünstiger zu erbringenden Dienstleistungen für die Kreiskrankenhaus Weilburg gGmbH sind somit auch für die Zukunft ein wichtiger Garant zur wirtschaftlichen Stabilität. Somit ist eine Ausweitung der Aktivitäten der KSB Klinik-Service-Betriebe GmbH ein wichtiger Zukunftsfaktor. Weiterhin wurden Dienstleistungen (Hauswirtschaftliche Tätigkeiten) für das Seniorenzentrum Fellersborn in Löhnberg, einem weiteren Standbein des Kreiskrankenhauses Weilburg, übernommen. Ein mögliches Risiko besteht in der Abhängigkeit der wirtschaftlichen Entwicklung der Muttergesellschaft.

Weitere Risiken der künftigen Entwicklung – insbesondere bestandsgefährdende Risiken bestehen nach Einschätzung der Geschäftsführung nicht.

Nach dem Bilanzstichtag gab es keine wesentlichen Geschäftsvorfälle.

7.6 Profil Limburg-Weilburg Beschäftigungsförderungs GmbH



Unternehmensportrait

Adresse: Eschhöfer Weg 14, 65549 Limburg

Homepage: www.profil-limburg.de

Gesellschafter:	Lebenshilfe für geistig und mehrfach Behinderte Wetzlar-Weilburg e.V. Jugend- und Drogenberatung Limburg e.V.	6.500 Euro	25 %
	Bördner GmbH & Co. Besitz- und Verwaltungsgesellschaft, Limburg	6.500 Euro	25 %
	Gesellschaft für Ausbildung und Beschäftigung mbH, Limburg	6.500 Euro	25 %

Stammkapital: 26.000 Euro

Gründungsjahr: 25. Mai 1998

Gesell.-vertrag: 25. Mai 1998 mit der letzten Änderung vom 15. Juni 2007

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Zweck der Gesellschaft ist die Förderung der Ausbildung und Beschäftigung schwerbehinderter Personen und solcher, die von Behinderung bedroht sind.

Gegenstand des Unternehmens:

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar mildtätige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung. Gegenstand des Unternehmens ist die Bereitstellung und Unterhaltung von Integrationsprojekten im Sinne des § 132 Abs. 1 des IX. Buches Sozialgesetzbuch zur Beschäftigung schwerbehinderter Menschen, deren Teilhabe an einer sonstigen Beschäftigung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt aufgrund von Art oder Schwere der Behinderung oder wegen sonstiger Umstände voraussichtlich auf besondere Schwierigkeiten stößt und in denen schwer behinderte Menschen neben der Beschäftigung auch eine nach § 133 SGB IX erforderliche arbeitsbegleitende Betreuung gegeben wird. Diese Integrationsprojekte bieten den schwer behinderten Menschen Beschäftigung und arbeitsbegleitende Betreuung an, soweit erforderlich auch Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung oder Gelegenheit zur Teilnahme an entsprechenden außerbetrieblichen Maßnahmen und Unterstützung bei der Vermittlung in eine sonstige Beschäftigung in einem Betrieb oder einer Dienststelle auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt sowie geeignete Maßnahme zur Vorbereitung auf eine Beschäftigung in einem Integrationsprojekt.

Organe des Unternehmens

Gesellschafterversammlung

Geschäftsführung: Wolfgang Gröbler

Bezüge

Die Angabe der Geschäftsführerbezüge unterbleibt gemäß § 286 Abs. 4 HGB.

Unternehmensdaten

Bilanz

Aktiva	2015 in €	2014 in €	2013 in €
Anlagevermögen/Betriebs- und Geschäftsausstattung	58.157,86	74.038,68	85.281,15
Umlaufvermögen/fertige Erzeugnisse und Leistungen	13.797,00	14.096,28	25.905,72
Forderungen	17.609,44	3.995,61	33.188,19
Sonstige Vermögensgegenstände	38.230,82	76.482,40	136.146,62
Kassenbestand/Guthaben bei Kreditinstituten	27.749,31	38.183,56	36.752,41
Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00	468,61
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	334.778,29	206.226,15	108.050,88
Summe Aktiva	490.322,72	413.022,68	425.793,58
Passiva	2015 in €	2014 in €	2013 in €
Gezeichnetes Kapital	26.000,00	26.000,00	26.000,00
Kapitalrücklage	60.000,00	60.000,00	60.000,00
Verlustvortrag	-292.226,15	-194.050,88	-165.400,47
Jahresfehlbetrag	128.552,14	98.175,27	-28.650,41
nicht gedeckter Fehlbetrag	334.778,29	206.226,15	108.050,88
buchmäßiges Eigenkapital	0,00	0,00	0,00
Rückstellungen	44.899,00	30.278,00	37.785,00
Verbindlichkeiten	436.483,72	372.744,68	379.008,58
Rechnungsabgrenzungsposten	8.940,00	10.000,00	9.000,00
Summe Passiva	490.322,72	413.022,68	425.793,58

Gewinn und Verlustrechnung	2015 in €	2014 in €	2013 in €
+ Umsatzerlöse	798.081,02	953.102,92	1.106.251,35
+ Verminderung Bestandes an un-/fertigen Erzeugnissen	299,28	-11.809,44	4.601,02
+ sonstige betriebliche Erträge	12.125,68	29.763,09	60.204,92
- Materialaufwand/bezogene Leistungen /Waren	381.338,84	509.454,78	695.113,35
- Personalaufwand	328.024,99	341.356,78	321.844,16
- Abschreibungen	15.880,82	15.287,47	10.007,13
- sonstige betriebliche Aufwendungen	210.994,50	200.151,75	172.051,29
- Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.774,75	2.489,06	283,77
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	128.106,48	-97.683,27	-28.242,41
- sonstige Steuern	445,66	492,00	408,00
Jahresfehlbetrag	128.552,14	98.175,27	28.650,41

Situationsbericht

Die Eingangsmengen sind weiterhin stabil, der Mai fällt aufgrund der wenigen Arbeitstage etwas ab. Die Behandlungspreise für Bildschirmgeräte sollen im 3. Quartal 2016 leicht gesteigert werden, entsprechende Gespräche stehen in Kürze an. Die Preise für den Verkauf von Stahlschrott sind im März und April um ca. 50 €/t. gestiegen, im Juni allerdings schon wieder in ähnlicher Größenordnung gesunken. Auch andere Stoff Erlöse zeigen sich weiterhin schwankend.

Für den AWB Limburg läuft die Optierung von Bildschirmgeräten nun zum 30.06.2016 aus. Soweit diese Mengen erwartungsgemäß über das EAR-System wieder der Profil zufließen, wird von einem wirtschaftlichen Vorteil von rund 30 T€/a. ausgegangen.

Im Mai wurde plangemäß ein weiterer Mitarbeiter verrentet, die Schwerbehindertenquote beträgt aktuell 42,7 %.

Für die im Februar durchgeführte Schall-Immissionsmessung liegt seit kurzem der Bericht vor, dieser fällt positiv aus und wurde dem RP Gießen vereinbarungsgemäß übermittelt (Auflage aus IED-Inspektion Nov. 2015).

Mit dem AWB Limburg wurde über ein mögliches Vertragsende sowie Optionen für eine Neubeauftragung ohne Sammelgruppe 3 gesprochen, hier besteht weiterhin Kooperationsbereitschaft seitens des AWB.

Mit der GAB wurde eine Übereinkunft zur Reduzierung der angemieteten Flächen erzielt, um die Kosten des Betriebs ab Januar 2016 zu senken.

Soweit möglich, wurden auch weitere Preisanpassungen umgesetzt.

Für die Jahre 2016 und 2017 wurde eine Planung unter Berücksichtigung der o.g. Punkte, absehbarer Entwicklungen (u.a. Personal, Änderungen im ElektroG) sowie einer leicht erholten Marktlage erstellt.

Bei Eintreten der geplanten Annahmen kann ab Mitte 2016 mit einer Stabilisierung und positiven Monatsergebnissen gerechnet werden.

8 Mitgliedschaften, Verbände und Vereine

8.1 Übersicht der Mitgliedsbeiträge 2015

Bezeichnung	Beitrag 2015
Arbeitsgemeinschaft Deutscher Sportämter	55,00 €
Betriebssportverband Hessen e.V. Bezirk Frankfurt	172,00 €
Bildungsforum Mengerskirchen	12,00 €
Bundesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros, Bonn	100,00 €
Deutsche Burgervereinigung Braubach	52,00 €
Deutsche Olympische Gesellschaft e.V.	77,00 €
Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e.V.	423,00 €
Deutsche Verkehrswacht Limburg-Weilburg	250,00 €
Deutscher Kinderschutzbund -Kreisverband Limburg-Weilburg e.V.	50,00 €
Deutscher und Hessischer Landkreistag	83.508,00 €
Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge	744,65 €
Deutsches Institut für Jugendhilfe und Familienrecht	2.839,00 €
Dt. Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung e.V.	125,00 €
DJH Deutsche Jugendherberge Hauptverband e.V., Detmold	511,00 €
Europa-Union (Kreisverband Limburg-Weilburg)	154,00 €
Fachverband der Kommunalkassenverwalter e.V.	50,00 €
Förderkreis Naturschutz-Zentrum Hessen e.V.	300,00 €
Förderverein Tiergarten Weilburg	30,00 €
Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Limburg e.V.	102,00 €
Hessische Akademie für Forschung und Planung im ländlichen Raum	511,29 €
Hessischer Heimatbund e.V.	36,00 €
Höhlenverein Kubach e.V.	9,00 €
International Police Association	25,00 €
KAV - Kommunalen Arbeitgeberverband Hessen	4.137,76 €
Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung	4.427,51 €
Kriminalprävention Limburg-Weilburg e.V.	100,00 €
Lahn-Marmor-Museum e.V. Villmar	12,27 €
Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung Limburg e.V.	30,68 €
Mitgliedschaft "Weißer Ring" e.V.	102,26 €
Rat der Gemeinden Europas	1.026,00 €
Regionalversammlung Mittelhessen e.V.	10.195,92 €
RWP - Limburger Gesellschaft für Recht, Wirtschaft und Politik	50,00 €
Schutzgemeinschaft Deutscher Wald	25,00 €
Streuobstroute	250,00 €

THW Limburg	460,16 €
THW Weilburg	460,16 €
Tierschutzverein Limburg	102,26 €
Verbraucherberatung im DHB-Netzwerk Haushalt	2.295,00 €
Verein der Freunde der Limburger Domsingknaben e.V.	50,00 €
Verein für Nassauische Altertumskunde und Geschichtsforschung e.V.	25,00 €
Verein Lebenshilfe Wetzlar-Weilburg e.V.	102,26 €
Verein zur Förderung der Gedenkstätte Hadamar	52,00 €
Verein „Weltladen Regenbogen“ e.V. Weilburg	1.500,00 €
Verein „Eine-Welt-Laden“ Limburg	1.500,00 €
vhw - Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V.	300,00 €
Weilburger Bürgergarde	30,68 €
Weilburger Schlosskonzerte	1.000,00 €
Westerwaldverein	60,00 €
	<u>118.430,86 €</u>

Bei den nachstehend aufgeführten Gesellschaften, Verbänden und Vereinen wirken Landrat, Kreisbeigeordnete oder Mitarbeiter des Kreises in Gesellschafterversammlungen bzw. Vorständen mit:

Dt. Institut für Jugendhilfe und Familienrecht e. V.

Joachim Hebgen (Leiter Amt für Jugend, Schule und Familie)

Mitgliederversammlung

Dt. Kinderschutzbund Limburg-Weilburg e. V.

Joachim Hebgen (Leiter Amt für Jugend, Schule und Familie)

Mitgliederversammlung

Förderverein Bildungsforum Mengerskirchen e. V.

Joachim Hebgen (Leiter Amt für Jugend, Schule und Familie)

Mitgliederversammlung

Förderverein Tiergarten Weilburg

Karl-Heinz Stoll (Kreisbeigeordneter)

Mitglied im Vorstand

Jugendhilfe Limburg-Weilburg e. V.

Joachim Hebgen (Leiter Amt für Jugend, Schule und Familie)

Vereinsvorstand

Kindersozialstiftung des Landkreises Limburg-Weilburg e. V.

Manfred Michel (Landrat)

Vorstandsvorsitzender

Kreismusikschule Limburg e. V.

Karl Nießler/ Peter Rompf (Kreistagsmitglieder)

Mitglieder im Kuratorium

Jutta Lippe (Kreisbeigeordnete)

Vorstand Förderverein

Kreismusikschule Oberlahn e. V.

Karl-Heinz Stoll (Kreisbeigeordneter)

Mitglied im Vorstand

Lebenshilfe Limburg Diez e. V. (vormals: LH für Menschen mit geistiger Beh. Limburg e.V.)

Marianne Zimmermann (Sozialamtsleiterin)

Mitglied im Vorstand

Lebenshilfe Limburg gGmbH

Marianne Zimmermann (Sozialamtsleiterin)

Mitglied im Vorstand

Lebenshilfe Wohnen gGmbH

Marianne Zimmermann (Sozialamtsleiterin)

Mitglied in Gesellschafterversammlung

Präventionskommission Limburg-Weilburg

Uwe Hannappel (Amt für Jugend, Schule und Familie)

Schritfführer

Regionalentwicklung Limburg-Weilburg e. V.

Helmut Jung (Erster Kreisbeigeordneter)

Vorsitzender

Regionalversammlung Mittelhessen e. V.

Manfred Michel (Landrat)

Verbandsversammlung

Helmut Jung (Erster Kreisbeigeordneter)

Dr. Frank Schmidt (Kreistagsabgeordneter)

Christian Radkovsky als dessen Vertreter (Kreistagsabgeordneter)

Verein Komitee für Nothilfe

Marianne Zimmermann (Sozialamtsleiterin)

Vorstandsmitglied qua Amt

Verein Kriminalprävention Limburg-Weilburg e. V.

Joachim Hebgen (Leiter Amt für Jugend, Schule und Familie)

Mitgliederversammlung

Uwe Hannappel (Amt für Jugend, Schule und Familie)

Schritfführer

8.2 Ferienland Westerwald-Lahn-Taunus e.V.



Unternehmensportrait

Adresse:	Schiede 43, 65549 Limburg
Homepage:	www.wfg-limburg-weilburg-diez.de
Rechtsform:	eingetragener Verein
Mitglieder	Landkreis Limburg-Weilburg 19 Städte und Gemeinden des Landkreises Verkehrs- und Verschönerungsvereine Einrichtungen und Betriebe des Fremdenverkehrs
Gründungsjahr:	14.01.1980

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

Der Fremdenverkehrsverein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnittes „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.

Gegenstand des Unternehmens:

Der Fremdenverkehrsverein hat insbesondere die Aufgaben, den Fremdenverkehr im Vereinsgebiet zu fördern und zu koordinieren. Er allein ist befugt, die gemeinschaftlichen, den Fremdenverkehr im Kreis betreffenden Interessen seiner Mitglieder zu wahren und zu stärken.

Organe des Unternehmens

Geschäftsführer	Lars Wittmaack, Wirtschaftsförderung Limburg-Weilburg-Diez GmbH	
Vorstand	Manfred Michel, Landrat Dr. Frank Schmidt, Bürgermeister sowie weitere acht Beisitzer	Vorsitzender stellv. Vorsitzender

Bezüge

Von der Schutzklausel des § 286 Abs. 4 HGB wurde Gebrauch gemacht.

Unternehmensdaten

Jahresergebnis	Gesamteinnahmen	63.027,09 Euro
	<u>Gesamtausgaben</u>	<u>75.169,92 Euro</u>
	Mindereinnahmen	-12.142,83 Euro
	<u>Bestand aus 2014</u>	<u>50.229,29 Euro</u>
	Bestand am 31.12.2015	<u>38.086,46 Euro</u>

Beitrag des Landkreises	2010: 56.516 Euro
	2011: 56.601 Euro
	2012: 57.665 Euro
	2013: 57.665 Euro
	2014: 58.391 Euro
	2015: 59.187 Euro

Der Landkreis übernimmt die Beiträge der Städte und Gemeinden an das Ferienland.

8.3 Kreisvolkshochschule Limburg-Weilburg e.V.



Unternehmensportrait für das Jahr 2015

Adresse: Diezer Straße 35, 65549 Limburg

Homepage: www.vhs-limburg-weilburg.de

Rechtsform: eingetragener Verein

Gründungsjahr: Zusammenschluss 1974

Erfüllung des öffentlichen Zwecks:

In der KVHS treffen sich Bürger der Region, die ihre persönlichen Weltansichten, Interessen und Bedürfnisse mitbringen. Die KVHS steht für Demokratie, Gemeinwohlorientierung, Chancen- und Geschlechtergleichheit, Bürgernähe und weltanschauliche Neutralität.

Gegenstand des Unternehmens:

Grundlagen der KVHS sind das Hessische Weiterbildungsgesetz und die Satzung der Kreisvolkshochschule.

Durch den gesellschaftlichen Wandel ergeben sich für die Menschen des Landkreises immer wieder neue berufliche und persönliche Herausforderungen sowie neue Bildungsinteressen und Bildungsbedürfnisse. Der Auftrag der KVHS ist es, diese Veränderungen ständig zu analysieren, die entsprechenden Herausforderungen, Bildungsinteressen und Bildungsbedürfnisse aufzugreifen und in Lernangebote zur Erweiterung der Wahl- und Gestaltungsmöglichkeiten des Lebens umzusetzen.

Organe des Unternehmens

Vorstand	Günther Schmitt	1. Vorsitzender
	Silvia Scheu-Menzer	2. Vorsitzende
	Christine Bischof	Beisitzerin
	Landrat Manfred Michel	Beisitzer
	Heinz Pfeiffer	Beisitzer
	Dr. Frank Schmidt	Beisitzer
	Bruno Götz	Beisitzer
	Burkhard Seyffert	Beisitzer
	Heinz Valentin	Beisitzer
	Joachim Veyhelmann	Beisitzer
	Winfried Weißmüller	Beisitzer
	Michael Schneider	Direktor
	Axel Gebert	Leiter d. Hauptstelle Weilburg

Unternehmensdaten für das Jahr 2015

Einnahmen:	Euro
Teilnehmergebühren	1.470.045
Studienreisen	140.385
Vermischte Einnahmen	77.689
Kreiszuschuss	299.939
Personalkostenzuschuss Land Hessen	140.394
Mitgliedsbeiträge	44.311
Sonstige Zuschüsse	4.162
Einnahmen ESF u. Hessencampusprojekte	134.876
Überschuss aus dem Vorjahr	<u>8.480</u>
	<u>2.320.281</u>

Ausgaben:	Euro
Honorare und sonstige personelle Ausgaben	774.220
Dienstbezüge	714.944
Werbung	61.348
Reisekosten	77.353
Sonderveranstaltungen	11.340
Studienreisen	132.345
Lehr- und Lernmittel	12.937
Ausgaben ESF und Hessencampusprojekte	147.803
Geschäftsbedarf/Erwerb von Geräten	169.557
Anbau und Unterhaltung der Gebäude	109.529
Mieten	72.311
Rücklage Personalkosten	<u>24.000</u>
	<u>2.307.687</u>

Kennzahlen:	2015	2014	2013	2012
Kurse	1.772	1.874	1.695	1.657
Teilnehmer	22.459	22.856	21.596	20.693
Unterrichtseinheiten	43.108	40.412	40.099	38.070

Impressum

Herausgeber: Kreisausschuss des Landkreises Limburg-Weilburg
Schiede 43
65549 Limburg
Telefon 06431/296-0
06431/296-235

Ansprechpartner: Landrat Manfred Michel
Amt für Finanzen und Organisation
- FD Grundsatzangelegenheiten, Haushalt und Finanzen -

Redaktion: Amt für Finanzen und Organisation
-FD Grundsatzangelegenheiten, Haushalt und Finanzen-

Druck: Landkreis Limburg-Weilburg, Hausdruckerei

Stand: 31.12.2015